

# Saar-Freund

Nachrichten aus dem  
abgetrennten  
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt  
des  
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 16 • 7. Jahrgang

Berlin, 15. August 1926

## Rheinprovinz und Saargebiet

von

Dr. Dr. h. c. Dr. h. c. Horion,  
Landeshauptmann der Rheinprovinz  
Ehrenvorsitzender des Ehrenausschusses für die Deutsche  
Kundgebung für Rhein, Pfalz und Saar in Köln a. Rh.

In selten glücklicher Weise ist in der Rheinprovinz ein Verwaltungsgebiet geschaffen worden, das durch reiche Mannigfaltigkeit in Wirtschaft und Kultur nicht Verschiedenheit und Gegensatz, sondern in harmonischer Ergänzung eine höhere Einheit zu höchstmöglicher Entfaltung brachte. Ein Aufschwung wirtschaftlichen und kulturellen Lebens hat sich daraus in den hundert Jahren „Preußischer Rheinprovinz“ ergeben, wie er wohl in Deutschland beispiellos da steht.

Mitten durch dieses Gebiet versuchte der Versailler Vertrag eine Grenzscheide zu ziehen, ohne völkische, ohne geographische, ohne wirtschaftliche Grundlage. Auch wenn diese Grenze nicht schon im Vertrage selbst als eine vorläufige gekennzeichnet worden wäre, würden

doch die Ereignisse der Geschichte sicherlich über sie hinweggehen.

Aber bei der Häufigkeit, mit der äußere Gewalt über innere Gerechtigkeit im letzten Jahrzehnt den Sieg davongetragen hat, ist es doch zu verstehen, daß diesseits und jenseits der Grenzpfähle mit Sorge und banger Erwartung der Stunde der Wiedervereinigung entgegengesehen wird. Daß „diesseits“ die Erwartung am größten und ungeduldigsten ist bei den rheinischen Stammesbrüdern wird man verstehen.

In der Zwischenzeit reichen wir uns über alle Grenzen hinweg die treudeutsche Hand und geloben in gegenseitiger wirtschaftlicher und moralischer Unterstützung zusammenzustehen, auf daß bald wieder werde, in alter Größe und Blüte, eine Rheinprovinz, ein preußisches Land, ein Deutsches Reich.



# Willkommen am heiligen deutschen Rhein!

Die 5. Tagung des Bundes der Saar-Bereine in Hannover hatte, einem aus dem Saar-gebiet mehrfach geäußerten Wunsch entsprechend, beschlossen, den 6. Bundestag nach Frankfurt a. M. einzuberufen. Dadurch sollte die Möglichkeit gegeben werden, daß möglichst viele Teilnehmer aus dem Saargebiet der Tagung beiwohnen konnten. Der Beschluß war mit dem Zusatz gefaßt worden, daß Köln aus dem gleichen Grunde in Frage käme, falls inzwischen die Räumung der ersten Zone endlich durchgeführt sein sollte.

Wenige Monate nach der Hannoverischen Bundestagung fand die große Locarno-Konferenz statt, die soviel an neuem Geist der Verständigung und der Versöhnung versprochen,

deutscher Zukunft, deutscher Einheit und deutscher Kulturmission gedenken.

Bei allem aber die Gegenwart nicht vergessen. Nicht vergessen, daß die Locarnomächte noch den größten Teil ihrer gegebenen Zusagen für Rhein, Mosel, Saar unerfüllt ließen. Wir wollen unsere Gewissen und die Gewissen unserer übrigen Volksgenossen schärfen, von deutschem Recht nichts verkümmern zu lassen, Locarnogeist nicht nur im Munde zu führen, sondern zu verlangen, daß man auch danach handelt.

Wir wollen uns besonders mit der Not an der Saar, mit der politischen, der nationalen, der bitteren

Köln, im August 1926.

**E**s ist eine große Freude und Genugtuung für die ganze deutsche Nation, daß die Bevölkerung des Saargebiets unerschütterlichen Sinnes und ungebeugten Mutes immer wieder mit allem Nachdruck einhellig ihr Deutschtum bekennt. Ganz Deutschland und insbesondere wir Rheinländer fühlen uns eins mit den Saarländern, die in ihrer unverbrüchlichen Treue trotz aller politischen Knechtung und Bedrückung, trotz aller Lockungen und wirtschaftlichen Schädigungen nicht wankelmütig wurden noch werden.

Dies heroische Beispiel eines Volkes, das um seine heiligsten Güter ringt, dessen Leib und Seele ein Teilstück deutschen Seins und Wollens bilden, mußte längst schon die Sachwalter des Völkerbundes zur Einsicht gebracht haben, daß das künstliche Gebilde des Saarstaates ein offener Mißgriff ihrer Politik ist. Ihn zu verbessern sind sie nicht nur ihrem eigenen Ansehen in der Welt und dem Gedanken eines wahren Völkerbundes schuldig, sondern auch dem schuldlos gepeinigten Volke.

Vergegenwärtigt man sich die überaus traurige Lage unserer deutschen Stammesbrüder an der Saar, so muß in jedem Deutschen, insbesondere aber im Herzen eines jeden Rheinländers, der die Faust des Siegers am eigenen Leibe verspürt oder verspürt hat, der heiße Wunsch aufsteigen, daß diesem Zustande möglichst bald ein Ende bereitet werde.

Gott schütze das deutsche Land und Volk an der Saar!

Adenauer  
Oberbürgermeister.

aber leider nur zu wenig davon gehalten hat. Sie hat aber die Räumung der ersten Zone Anfang des Jahres zur Folge gehabt.

Köln ist frei! Ein Stück heiligen deutschen Bodens am Rhein ist der solange vermischten und so heiß ersehnten deutschen Freiheit wieder gegeben. Das ganze deutsche Volk hat diesen Tag der Freiheit deutscher Stammesbrüder am Rhein begeistert begrüßt. Besonders herzlich war die Freude an der Saar, wo man in dieser Befreiung den Hoffnungsstrahl baldiger eigener Freiheit begrüßte.

Und so hat die Bundesleitung in Gemeinschaft mit anderen landsmannschaftlichen Organisationen beschlossen, den 6. Bundestag in Verbindung mit einer großen rheinischen Befreiungsfeier im endlich befreiten Köln zu halten. Dort wollen wir mit den befreiten Brüdern und mit unsern noch um ihre Freiheit ringenden Volksgenossen von der Saar Weihestunden deutscher Freiheit und deutschen Freiheitshoffens halten, wollen

wirtschaftlichen Not befallen. Mit unseren Freunden aus dem Saargebiet beraten, was geschehen muß, damit die Saarregierung ihre Pflicht gegenüber der ihr anvertrauten Bevölkerung, ihre Pflicht dem Vertrag, dem Völkerbund und Deutschland gegenüber erfüllt. Sie hat neutral zu sein, sie hat alle französischen Bestrebungen an der Saar zurückzudrängen, hat sich jeder Beeinflussung der Meinung der Bevölkerung zu enthalten, hat sich der großen wirtschaftlichen Not der Saargebietsbewohner anzunehmen und hat zu verhindern, daß Frankreich das Saargebiet aussaugt und an den Bettelstab bringt.

Wir wollen in Köln erneut und mit besonderer Betonung der nicht erfüllten Locarnoversprechungen unsere Stimme gegen das Unrecht an der Saar erheben, es vernehmlich in alle Welt schreien, wie der Völkerbund nun schon Jahre und Jahre dieses Regime an der Saar unterstützt, das Frankreich im Saargebiet zur nachträglichen Annexion



des Saargebiets aufgerichtet hat, aufgerichtet unter dem Namen einer „neutralen“ Verwaltungskommission, die doch nichts anderes ist als eine verkappte französische Interessenvertretung.

Das sollen die Aufgaben unserer Kölner Bundestagung sein.

Zur tatenfrohen Mitarbeit rufen wir alle unsere Mitglieder und Freunde in Stadt und Land auf. Jeder muß sich als Senfkorn unserer Deutschtumsarbeit fühlen und dafür sorgen, daß aus je einem Senfkorn ein Baum wird,

unter dem sich alle sammeln können, die mit uns für Einheit und Recht und Freiheit kämpfen und arbeiten wollen.

In diesem Sinne begrüßen wir alle Freunde und Mitarbeiter von fern und nah, besonders unsere Heimatgenossen von der Saar. Es sollen uns Weihestunden deutschen Freiheitsdranges im befreiten heiligen Köln vereinen, Stunden deutscher Zukunftsarbeit und deutscher Zukunftshoffnung.

Daß diese Arbeit einen bleibenden Erfolg haben möge, daß sie gesegnet werde durch wohlüberlegte Beschlüsse und durch Erweckung neuer Arbeitsfreude und Gewinnung neuer Helfer, dazu ein

**herzliches Glückauf!**

## **Zum 15. August.**

### **Dem Saargebiet und der Pfalz zum Gruß!**

Ein freies Köln sieht heute im Schatten seines deutschen Domes zahlreiche Bewohner der Saarbrücker Gaue, herbeigeeilt zur Tagung des Bundes der Saarvereine.

Welch deutsches Herz schlägt dabei nicht höher. Wer knüpft nicht an diesen Tag die sichere Gewißheit, daß in nicht zu langer Zeit das schöne Saarbrücker Land mit den lieblichen Tälern und waldumstandenen Höhen, das Land mit seiner hochentwickelten Industrie und einer tausendjährigen deutschen Vergangenheit gleichfalls befreit wird von fremder Hand und abermals, wie vor 100 Jahren, in den Schoß des Vaterlandes zurückkehrt.

Freudig begrüße auch ich die Vertreter der Saarbevölkerung, die so mannhaft und unbeugsam sich die deutsche Zukunft zu sichern weiß, und rufe ihnen ein herzliches Glück auf zu.

Dröge,  
Vorsitzender des Beratungs- und Aufsichtsausschusses der Geschäftsstelle Saarverein.

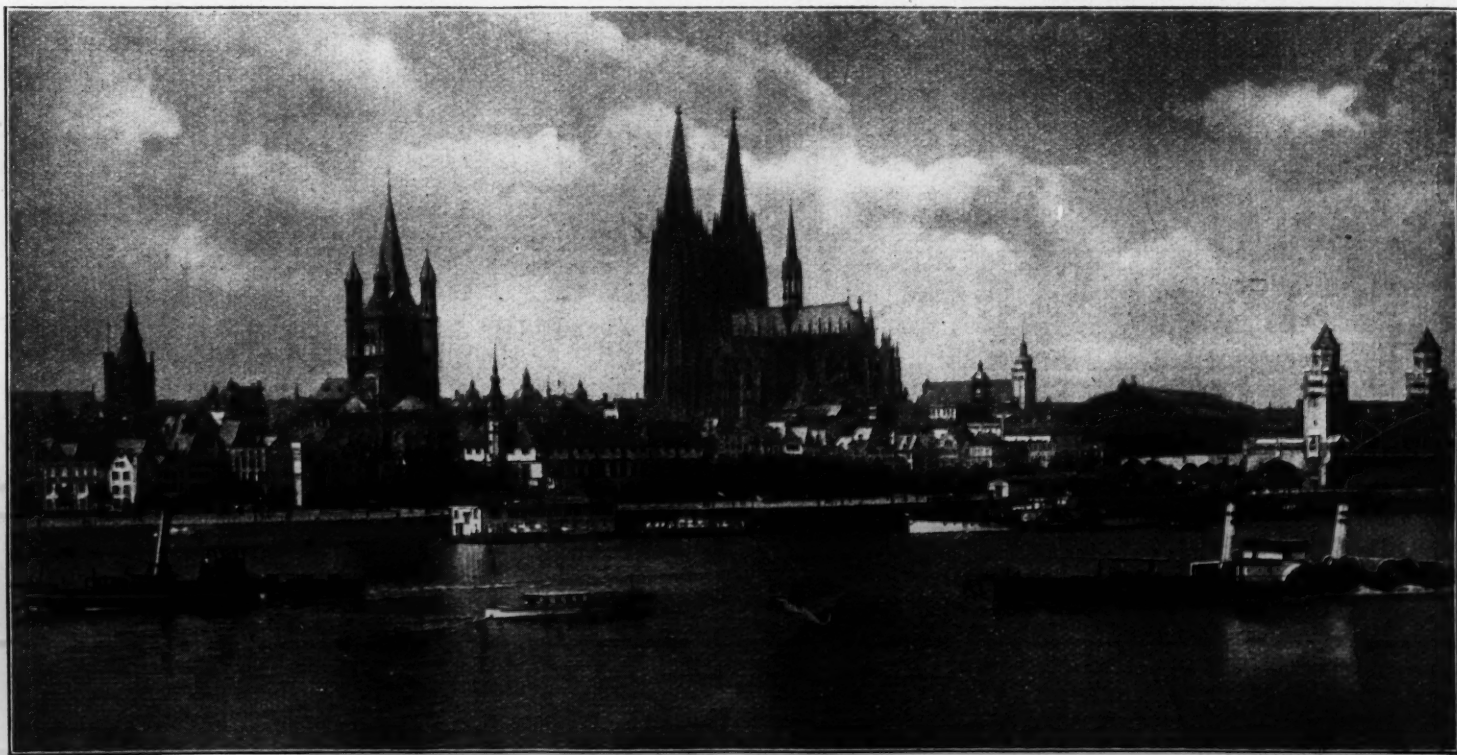
★

Wir alle sind Schicksalsträger des vor fast 8 Jahren beendeten Krieges. Unser Los ist aber nicht vergleichbar mit dem der Saarbürger. Diese werden von Gewalten

regiert, die nicht von ihnen hierzu berufen wurden. Sie haben eine Volksvertretung, Landesrat genannt, die nichts zu bestimmen hat, die nationale Freiheit hat man ihnen zu nehmen versucht. All das klingt wie Hohn auf die Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dennoch: die Menschen an der Saar und in der Pfalz sind geblieben was sie waren: Kinder der deutschen Nation.

Zur seelischen Not ist die materielle gekommen. Man zwang dem Saargebiet die französische Währung auf. Zuerst schien das ein Vorteil zu sein. Der Rausch ist aber längst verflogen. Auch von dieser Seite aus betrachtet, haben die Bewohner des Saargebiets und der Pfalz nur einen Wunsch: Sie wollen, je eher je lieber, in Freiheit heimkehren unter das Banner der deutschen Einheit, in den Schoß der deutschen Republik. Wir haben den gleichen Willen und geloben darum unseren Stammesgenossen an der Saar und in der Pfalz, zu ihnen zu stehen in alter Treue.

Heinr. Löffler,  
Direktor im Reichskohlenverband.



Köln am Rhein mit dem Kölner Dom.



Die Vertreter des Bundes der Saarvereine versammeln sich in Köln am Rhein zu ihrer 6. Bundestagung. Schon die Wahl dieser Stadt, die ihre unerschütterliche Treue zum deutschen Gedanken durch die Tausendjahrfeier in machtvoller Rundgebung zum Ausdruck gebracht hat, ist ein lautes Bekenntnis der hohen Ziele des Bundes der Saarvereine. Schwer lastet fremder Druck auf der Saarbevölkerung. In stillem Kampfe ringt sie um die Erhaltung ihres Deutschtums, das ihr Gewalt und Arglist aus dem Herzen reißen wollen. So sehr auch der Feind sich müht, Volk und Land zu gewinnen: an der Treue der Saarländer wird sein Wirken zerschellen. Seit Jahren unterstützt der Bund der Saarvereine das jähe Ringen. In unermüdlicher Arbeit klärt er auf über die Verhältnisse im Saargebiet und über die der Saarbevölkerung drohenden Gefahren. Überall sucht er das Gefühl der Zusammengehörigkeit von Saargebiet und Rheinland zu wecken und zu fördern und wirbt um Streiter für deutschen Gedanken an der Saar. Ein Erfolg ist auch nicht ausgeblieben. Eine große Zahl deutscher Frauen und Männer kämpft innerlich den Kampf der Saarländer mit. Und wenn sich auf der Tagung in Köln viele deutsche Bruderr Hände den Saarländern entgegenstrecken, so sollen diese fühlen, daß noch das alte Wort gilt: Treue um Treue. Das Wiedersehen wird zeigen, daß die Saarländer nicht allein stehen in ihrer Abwehr. Das ganze deutsche Volk fühlt ihre Leiden mit und sehnt den Tag herbei, wo auch an der Saar die Befreiungsglocken klingen wie jüngst in Köln. Aus dieser Tagung aber soll den Saarländern ein starker Hoffnungsstrahl entgegenleuchten und sie bestärken im Kampfe um ihr Recht.

Würzburg, im August 1926.

Dr. von Henle,  
Regierungspräsident von Unterfranken  
und Aschaffenburg.

\*

Der 6. Tagung des Bundes der Saarvereine, an der ich zu meinem lebhaften Bedauern persönlich nicht teilnehmen kann, meinen herzlichsten Gruß! Wer in dem Kampf der letzten Jahre gestanden hat und heute zurückblickt auf die Sorgen und Nöte dieser Kampfsjahre, in denen es sich um das politische und wirtschaftliche Verbleiben des Rheingebiets bei Reich und Staat handelte, der atmet heute leichter, da er diesen Schicksals-

kampf im deutschen Sinne für entschieden betrachten kann. Der wird aber auch immer mit größter Hochachtung von den deutschen Volksgenossen im Saargebiet sprechen, die an entscheidender Stelle im Kampfe standen, und auf die sich das Vaterland auch in schwersten Stunden stets hat verlassen können. Noch ist die deutsche Sache dort nicht endgültig entschieden. Aber jeder, der sich auf Volksseelen und Volkskraft versteht, zweifelt nicht mehr an dem glücklichen Ausgang des Ringens, welches der Saarbevölkerung für ihr Recht und ihre

Freiheit noch für Jahre obliegt. Die Kölner Tagung der Saarvereine soll und wird dazu beitragen, die Entschlossenheit und die Einigkeit der Saarländer und aller Deutschen in diesem heiligen Kampfe um deutsches Recht zu beleben und zu stärken. Möge der Tagung dieser schöne Verlauf beschieden sein! Mit deutschem Saargruß

Dr. Jarres,  
Oberbürgermeister  
in Duisburg.

\*

Seit fast 8 Jahren schmachtet nun die Saar unter fremdem Joch. Im Gegensatz zu dem so oft proklamierten Recht von der Selbstbestimmung der Völker, hat man sie gewaltsam vom deutschen Mutterland getrennt und unter eine Verwaltung gestellt, die zwar der Form nach eine solche des Völkerbunds sein soll, tatsächlich aber in allen ernstesten Fragen völlig anti-

deutsch eingestellt ist und ihre Absicht, die für das Jahr 1935 vorgezeichnete Volksabstimmung in fran-

zösischem Sinne zu beeinflussen, kaum zu verhüllen versucht. Schwere politische, aber auch ebenso schwere wirtschaftliche Not ist damit über die treue Saarbevölkerung hereingebrochen, ihre deutsche Gesinnung aber hat man damit nicht zu brechen vermocht. Jeder Hammerschlag der Gewalt hat die deutsche Treue nur noch mehr verstärkt, jede neue Unterdrückungsmaßnahme hat das Feuer geschürt, in dem die Widerstandskraft gestählt wurde. Und so wirds auch in Zukunft bleiben. Muß die Saar auch zunächst die fremde Herrschaft weitertragen, um so leuchtender wird die Sonne deutscher Freiheit über der treuen Saarbevölkerung spätestens im Jahre 1935 aufgehen. In dieser Ueberzeugung grüßen wir heute die deutsche Saar!

Darmstadt, im August 1926.

Dr. Beder,  
Reichswirtschaftsminister a. D., M. d. R.

## Kölner Dom



Innenansicht des Kölner Domes.



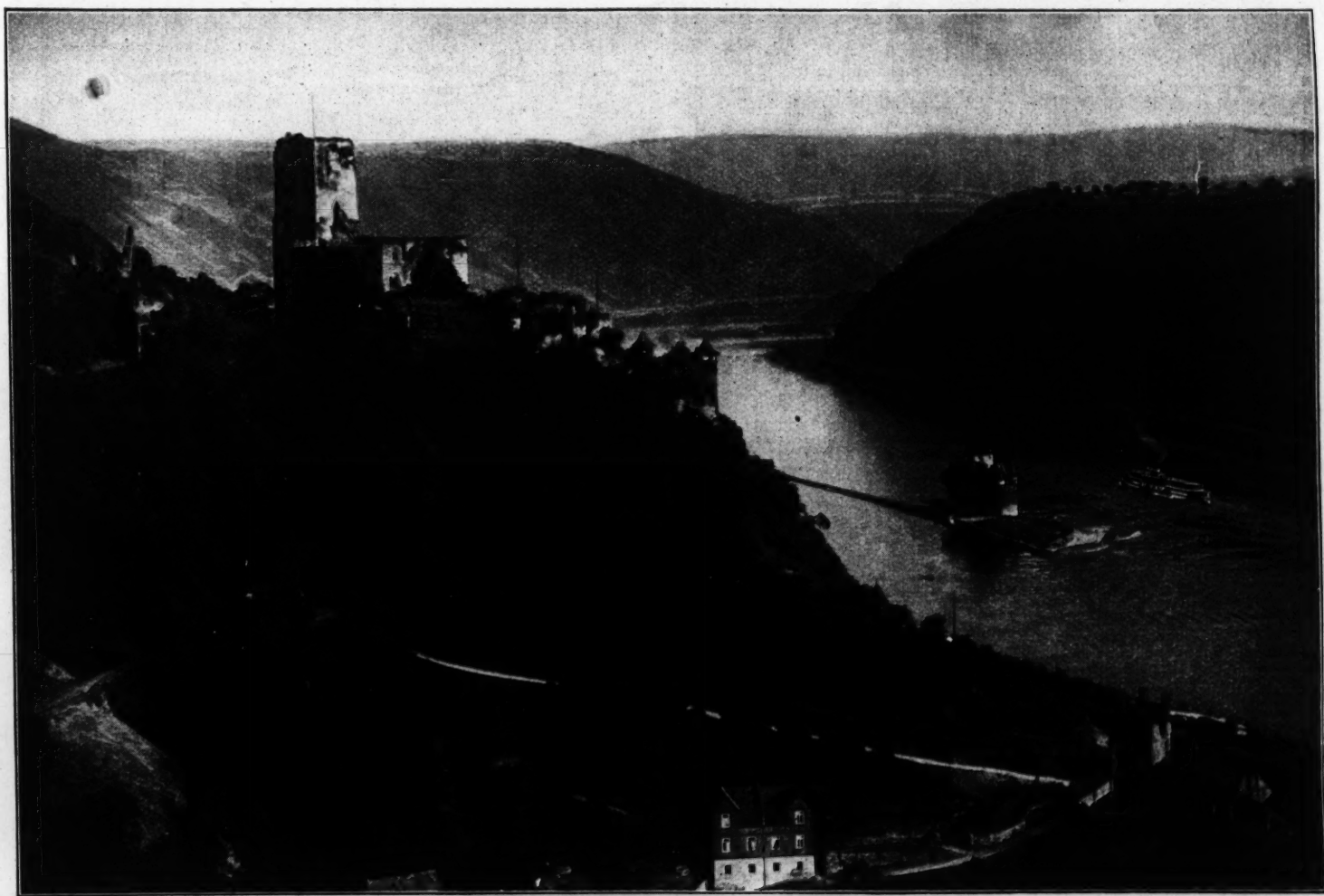
# Am Rhein und Saar

## Rheinisches Schicksal.

Von Staatsminister Max Baer, M. d. R., Berlin.

Daß Blitz und Sturm die höchsten Bäume lieben, wissen wir alle. Nicht nach geringem Besitz greift gern die Habgucht, sondern nach Gold und Geschmeide. Und ein Edelstein unter den deutschen Gauen ist das rheinische Land und eben darum umkämpft und umstritten, so lange es eine deutsche Geschichte gibt. Wie oft ward fremder Eroberungslust die alte deutsche Zwietracht ein willkommenes Bundesgenosse. Und wie blühte diese Zwietracht gerade am Rhein! Wer den geschichtlichen Atlas zur Hand nimmt, staunt immer wieder über die Buntstüchtigkeit, die die rheinische Landkarte seit Jahrhunderten wies. Wenn der Herrscher am Königstuhl zu Rhens in die Dromete stieß, dann hallte sein Ruf in vier kurfürstlichen Landen wider.

zollpolitische Abschnürung vom Mutterland und alle die Gewaltakte Frankreichs, die der Völkerbund mit seinem Namen zu decken für möglich fand — selbst diese Maschen waren nicht eng, diese Fäden nicht stark genug, um den Fischfang glücken zu lassen. Frankreich hat auch an der Saar versungen und vertan! Auch die Separatisten, die nach dem Fehlschlag ihrer Expeditionen in die übrigen rheinischen Gauen, dank der allzeit schützenden Hand Frankreichs im Saargebiet eine Zufluchtsstätte fanden, werden an dieser Tatsache nichts mehr ändern. Freilich die Stunde, in der die Saarländer in freier Abstimmung die fremde Willkürherrschaft beenden, hat noch nicht geschlagen. Aber wie sie schlagen wird, weiß Stadt und



Ruine Gutenfels und die Rheinpfalz.

Aber manchmal hat der Druck von außen die auseinanderstrebenden Teile zusammengeführt und im Feuer des Leids die deutsche Treue gehärtet. Was die Staatskunst Bismarcks im Jahre 1871 erreicht, das haben die Nachjahre des Weltkrieges besiegelt. Preußen, Bayern, Badener und Hessen stehen treulich zusammen in der Verteidigung ihres Deutschtums. Selbst der unselige Hader der Parteien ist auf diesem Gebiet verstummt. Das gilt auch von dem bedrängtesten Vorposten des Deutschtums, dem Saargebiet. Wie kunstvoll war das Netz gewebt, das der Frieden von Versailles gerade über dies Gebiet geworfen. Der Uebergang seiner Kohlenerschätze in französische Hand, die Einführung einer, wie man wähnte, besseren Währung, die

Land. Und darum gebührt schon heute der Dank aller Vaterlandsfreunde den tapferen Männern und Frauen, die weder Drohungen noch Lockungen vom geraden deutschen Weg zu drängen vermochten. Die deutsche Presse des Saarlandes war ihnen dabei Wegweiser und Kampfgenoss. In ihrer Phalanx hat sich der „Saarfreund“ als wahrer Freund der Saar erwiesen; denn nicht weiche Nachgiebigkeit und Liebäugeln mit fremden Gewalten, sondern nur ruhige und feste Abwehr weltlicher Bestrebungen wird die Stunde der Freiheit beschleunigen und die deutsche Zukunft und damit auch die Blüte des schönen Saarlandes verbürgen.



## Freiheit für die Saar!

Von Wilhelm Sollmann, M. d. R., Köln a. Rh.

Nach vier Jahren sah ich jüngst das Saargebiet — im Wahlkampf! — wieder. Man braucht nicht zu verhehlen, daß vor vier Jahren, wenn auch keine Aussicht auf einen französischen Endsieg, so doch die Gefahr dauernder nationaler Beunruhigung im Saargebiet bestand. Denn die französische Republik schob einen wichtigen Helfer ihrer damaligen Politik über die Grenze vor: den zahlungskräftigen Franken, der die hilflose

wollen wir etwas hören, von euren Zuständen, von euren Sorgen, von euren Zielen“. Trotz Völkerbundregiment und Zollgrenze gehen die Gedanken und sehnt sich die Wirtschaft nach Deutschland.

Ob das Saargebiet deutsch bleibt? Wenn je irgendwo diese Frage aufgeworfen worden sein sollte, so ist sie längst beantwortet. Die Saar-Forderung deutscher und europäischer Politik kann nur dieselbe sein wie



Burg Rheinstein bei Bingen.

deutsche Papiermark von der Saar verdrängte. Die „Frankenwährung“ war einer der größten französischen Trümpfe. Er wurde ausgespielt und ist verspielt. Die Frankeninflation quält das Land. Der solide Geschäftsmann, der Arbeiter, der Angestellte, der Beamte sehnt sich nach fester Währung, und deren Inbegriff ist ihm die deutsche Reichsmark. Die Frankenschlacht ist verloren, wie der Separatistenkampf verloren ging.

Der Wahlkampf um die Herrschaft in den Gemeinden und Kreistagen des Saargebiets war heftig. Tief wurden die Klassengegensätze und die Gegnerschaft der Weltanschauungen aufgerissen. Und dennoch war das unausgesprochene Thema aller Versammlungen: deutsche Politik. Jeder der Parlamentarier, die an die Saar geeilt waren, wurde gebeten: „Aus der Reichspolitik

gegenüber der fremden Besatzung am Rhein: Kürzt die Fristen ab! Die Rheinlande wollen es, das Saargebiet will es, Europa braucht es. Die vielen Friedensfreunde hüben und drüben ersehnen es, und die zerrüttete Wirtschaft des europäischen Kontinents verlangt, daß mit allen politischen Hemmungen und unproduktiven Verwaltungen aufgeräumt werde. Wenn weitblickende Wirtschaftler und Politiker zur Rettung der Wirtschaft Europas nach einer „Europäischen Zollunion“ rufen, ist es hohe Zeit, daß künstliche Grenzen innerhalb des deutschen Nationalstaates verschwinden. Jede deutsche Regierung, die mit friedlichen Mitteln — und andere haben wir nicht — den Abbau des fremden Regiments an Rhein und Saar betreibt, hat bei diesem Bemühen das ganze Volk an ihrer Seite, so sehr sie innerpolitisch umstritten sein mag.



# Recht und Rechtbeugungen

## Die Staatsgewalt im Saargebiet.

Von Oberlandesgerichtsrat Otto Andres, Raumburg a. S., Vorsitzender des Bundes der Saarvereine.

Hat es einen Sinn, darüber zu streiten, wer die „Souveränität“ über das Saargebiet besitzt und welchen Inhalt sie hat? — Ja, das hat einen Sinn; wir müssen mit aller Zähigkeit die Rechtsstellung, die uns geblieben ist, verteidigen, und wenn sie nur zu einem nackten Recht zusammengeschrumpft wäre und keine Machtbefugnisse mehr von ihr ausstrahlten.

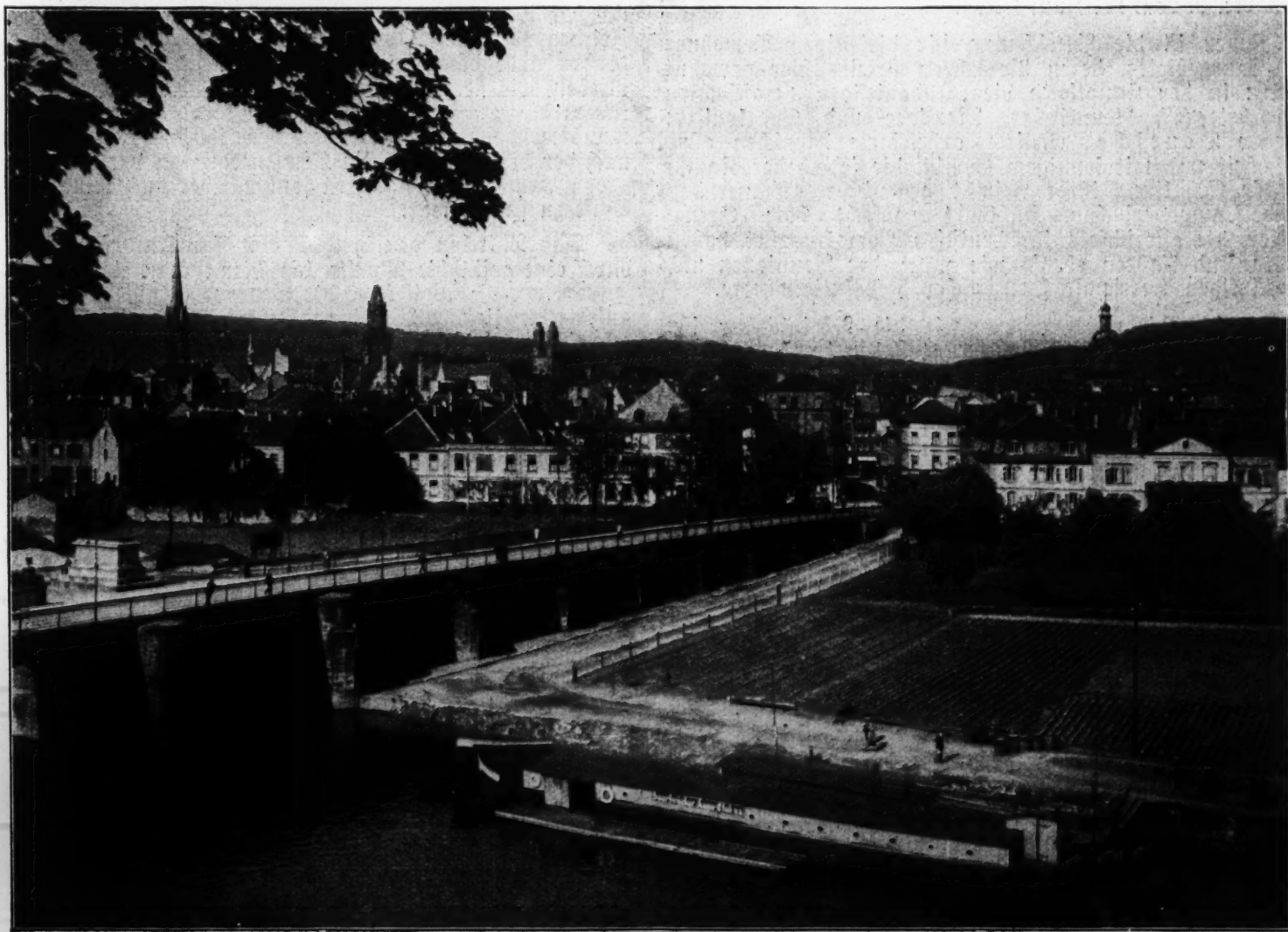
Der Oberste Gerichtshof in Saarlouis meint (Urteil vom 17. 11. 25 i. U. 404.23 Entscheidungen S. 2), es sei niemals bestritten worden, daß Deutschland nicht auf die Souveränität verzichtet habe. Das ist nicht ganz genau. Allot (Le Bassin de la Sarre 1924 S. 64 ff.), der allerdings nicht behaupten kann, daß Deutschland ausdrücklich mit dürren Worten auf die Souveränität verzichtet habe, kommt bei seinen Untersuchungen zu dem Schluß, daß die Souveränität Deutschlands durch den Versailler Vertrag rechtlich und tatsächlich gefallen sei und daß wir im Saargebiet ein vorübergehendes staatsrechtliches Gebilde vor uns hätten, bei dem überhaupt keine Souveränität vorhanden sei. Aber Allot hat unrecht. Wenn Deutschland nicht ausdrücklich auf die Souveränität verzichtet hat, dann ist sie ihm eben geblieben: darüber sollte man weitere Worte nicht verlieren.

Es fragt sich nur, welchen Inhalt hat die Souveränität? — Allot bestimmt sie in Übereinstimmung mit der herrschenden französischen Staatsrechtslehre als die Gewalt, die einer Gesellschaft von Menschen innewohnt, sich

die Bedingungen ihres Daseins zu setzen und eine Regierung zu errichten. Das ist das, was die deutsche Staatsrechtslehre unter „Staatsgewalt“ versteht: das farblose Fremdwort „Souveränität“ brauchen wir nicht.

Der Oberste Gerichtshof in Saarlouis versteht unter Souveränität weniger als Allot und meint, „Staatsgewalt“ und „Souveränität“ seien verschiedene Begriffe: der Begriff Souveränität sei rein formaler Natur und ohne bestimmten Inhalt. Er beruft sich dafür auf die deutsche Staatsrechtslehre und insbesondere auf Jellinek. Er hat aber weder die deutsche Staatsrechtslehre richtig durchdacht, noch Jellinek richtig gelesen. Es ist richtig, daß in der deutschen Staatsrechtslehre Staatsgewalt und Souveränität begrifflich getrennt und der letztere Begriff zu einer Eigenschaft der Staatsgewalt, vermöge deren sie unabhängig von jeder anderen Macht ist, verflüchtigt wird. Das ist aber nur geschehen und Jellinek sagt das ausdrücklich, weil wir Deutsche das nichtsagende Wort „Souveränität“ eigentlich nicht nötig haben, da wir mit dem vielsagenden Wort „Staatsgewalt“ alles ausdrücken können, was Franzosen und Engländer unter „Souveränität“ begreifen.

Aber wenn man selbst den begrifflichen Unterschied machen will zwischen „Souveränität“ und „Staatsgewalt“, ja wie steht es denn dann mit der „Staatsgewalt“ im Saargebiet? — Hat denn Deutschland, das sie doch gewiß besessen hat, auf sie verzichtet im Versailler



Ausblick vom Schlossgarten auf Saarbrücken

Phot. Wenig-Saarbrücken.



Vertrag? Wo steht denn das? — Deutschland hat auf die Regierung dieses Teiles seines Staatsgebietes für eine gewisse Zeit verzichtet. Ist denn „Regierung“ dasselbe wie „Staatsgewalt“? — Der Oberste Gerichtshof in Saarlouis meint das wohl, denn er sagt, daß die Staatsgewalt sich in der Hand des Völkerbundes bzw. der Regierungskommission befinde, könne gar nicht bezweifelt werden. Ich erlaube mir das zu bezweifeln. Wenn sich die Staatsgewalt in der Hand des Völkerbundes oder der Regierungskommission befände, dann dürften sie doch wohl verfügen über das Saargebiet oder Teile des Saargebiets, dann könnten sie nicht beschränkt sein durch eine Treuhandverpflichtung bei der Verwaltung des Saargebiets, dann könnten sie sich ein anderes Recht setzen für die Regierung, als es ihnen gesetzt ist. Alles das können sie nicht. Sie haben eben keine „Staatsgewalt“, sondern ein inhaltlich beschränktes Amt, das ihnen von einem Machtgeber anvertraut ist. Und wer ist der anvertrauende Machtgeber? — Die alliierten und assoziierten Mächte? — Sie hatten keine Befugnis, über das Saargebiet zu verfügen. Der Machtgeber ist allein Deutschland, das sich den alliierten und assoziierten Mächten gegenüber vertraglich verpflichtet hat, so zu handeln, wie es gehandelt hat: nämlich darauf zu verzichten, das Saargebiet während 15 Jahren zu regieren mit der Maßgabe, daß

die Regierung während dieser Zeit vom Völkerbund als einem Treuhänder durch eine ihn vertretende Kommission nach bestimmten im Saarstatut festgelegten Vorschriften ausgeübt wird.

Wie wäre es denn, wenn der Völkerbund vor dem Ablauf der 15 Jahre im zarten Kindesalter verschiede? Wenn derjenige, zu dessen Gunsten der Inhaber der Staatsgewalt auf die Regierung für eine Zeitspanne verzichtet hat, wegfällt, dann fällt die Regierung doch ohne weiteres an den Verzichtenden zurück: also die Regierung fiele dann an Deutschland zurück. Wohl hat Deutschland sich vertraglich verpflichtet, die Regierung im Saargebiet während 15 Jahren nicht auszuüben: aber das dieser vertraglichen Verpflichtung entsprechende Gesetz hat es sich selbst gegeben, und es kann es rechtlich aus dem Inhalt seiner Staatsgewalt wieder aufheben. Es würde sich dadurch in Widerspruch setzen mit seinen vertraglichen Verpflichtungen, und es wird es darum nicht tun: aber de jure ist Deutschland kraft der ihm innewohnenden Staatsgewalt befugt, an die Stelle des Gesetzes vom 16. 7. 1919 eine andere Regelung seiner Lebensbedingungen und seiner Regierung zu setzen. Die Staatsgewalt im Saargebiet ist bei Deutschland geblieben trotz des zeitlich begrenzten Verzichtes auf die Regierung.

## „Saarländer“ und „Saareinwohner“.

Dr. G. Um es gleich zu sagen, der erste Begriff ist natürlich — der andere ist künstlich geschaffen; Saarländer gibt es, seitdem germanische Stämme sich an den Ufern der Saar ebenso wie am Rhein festgesetzt haben, — Saareinwohner dagegen kennt die Geschichte erst seit jener im wahren Sinne akrobatischen Verordnung der Regierungskommission des Saargebietes vom 15. Juni 1921 (Amtsblatt Nr. 9. vom 25. Juni 1921).

Jener ist die Bezeichnung für diejenigen Bewohner des Saargebietes, deren Vorfahren bereits hier gewohnt haben: in der Hauptsache die „Alldahiesigen“, wasschechten „Saarbrücker“, Reunfircher, Merziger und Saarlouiser: treue Deutsche, ehrliche, arbeitshame Menschen ohne Faltscheit und mit sonnigem Gemüt, die jedoch der Kampf um die Erhaltung ihrer Heimat gegenüber andauernden Verwelschungsversuchen, stahlhart gemacht hat; Grenzmarker, die eifersüchtig ihr deutsches Herz bewahrt haben vor tausend Jahren ebenso wie z. Bt. der Reunionen und der blutigen Herrschaft französischer Revolutionsheere.

Deutsche, die nicht anders wie die Rheinländer ihr fränkisch-deutsches Volkstum bewahrt haben durch 15 Jahrhunderte hindurch; die sich nicht nur auf Grund politisch-historischer Zugehörigkeit mit dem großen Deutschland verbunden fühlen: nein, wir Saarländer sind eins mit unseren Brüdern und Schwestern durch unsere Sprache, unsere Sitten und unsere Kultur, eins sind wir mit ihnen durch die starken Bande gleichen Blutes, die fester sind und mächtiger als alle diplomatischen Ränkespiele und jegliche Gewalt der Erde.

Doch zum dritten Male sind die Saarländer in dem Kampfe der großen Nationen unter Fremdherrschaft geraten: wieder mal ist dem Saarland seine geographische Lage und der Reichtum seiner Bodenschätze zum Verhängnis geworden.

Gott sei Dank, hat man sich gehütet, seine Bewohner ohne weiteres zu Franzosen zu machen, sondern ihnen eine Frist von 15 Jahren gegeben, daß sie sich besinnen können, welchen Glückes man sie für würdig erachtet, Kinder der Grande Nation genannt zu werden.

Daß die bösen verblendeten Saarländer dies aber nicht einsehen wollen!

Vorläufig sind sie noch „Protegés de la France“, Schutzbefohlene Frankreichs, wovon sie aber erst recht nichts wissen wollen. Doch damit kommen wir bereits zu dem Begriff: „Saareinwohner“, denn nur diejenigen Saar-

länder genießen den Schutz Frankreichs, die die „Eigenschaft als Saareinwohner“ besitzen; nur die „Saareinwohner“ erfreuen sich des Genusses der künftigen politischen Rechte im Lande des Völkerbundes an der Saar.

Man mag das Gebilde des Saargebietes nach dem Saarstatut nennen wie man will, das eine ist sicher und auch im Friedensvertrag ausdrücklich festgestellt: es wurde an der Saar kein neuer Staat gebildet, und der Friedensvertrag hat an der Staatszugehörigkeit der Saarländer nicht das geringste geändert: sie sind Deutsche geblieben, wie sie es auch vorher waren. Aus diesem Grunde kamen die Franzosen 1918 auch in ferndeutsches Land und wunderten sich sehr, daß von den 150 000 Franzosen, die nach der berühmten Lüge Clemenceaus an der Saar unter preußischem Joche schmachten sollten, aber auch keine einzige Spur zu finden war.

Das Märchen von den 150 000 Saarfranzosen entstand durch eine gefälschte Adresse, die Clemenceau eigens zu dem Zwecke, um die Welt über die Saarverhältnisse zu täuschen, anfertigen ließ. Wie die „Zukunft“, eine in Straßburg erscheinende Wochenschrift, enthüllt, stammen diese Unterschriften aus den Kreisen Saargemünd, Saarburg (Lothr.) und dem Kanton Saarunion, wo sie auf höheren Befehl von den Bürgermeister und Polizeidienern gesammelt wurden. Diese Gegenden haben aber mit dem „Saargebiet“ nicht das geringste zu tun. „Es hat sich was gesaart — und das war genug.“ („Zukunft“).

Erst nach Einführung der neuen Rechtsordnung haben sich eine große Zahl französischer Staatsangehöriger im Saargebiet niedergelassen, die Franzosen geblieben sind und darum von Rechtswegen als Ausländer zu gelten haben.

Doch ist diese Frage im Friedensvertrag nicht positiv geregelt. Offenbar in der Meinung, es handele sich um ein Gebiet mit gemischter Bevölkerung, haben die Schöpfer des Saarstatuts es ängstlich vermieden, das Wort „Deutsche“ zu gebrauchen. Wenn der Friedensvertrag von den Rechten und Pflichten der Saarbewohner handelt, benutzt er stets den Ausdruck „Einwohner“ (cf. §§ 23 II, 26 II, 27, 28 II, 29).

Dieser Tendenz entsprechend hat die Regierungskommission in den deutschen Justizgesetzen das Wort „Deutsche“ in „Saareinwohner“ geändert.

Da die Bewohner des Saargebietes zugleich verhindert sind, entsprechend ihrer Nationalität politische Rechte auszuüben, gibt es im Saargebiet in bezug auf politische Rechte nur noch „Saareinwohner“. Freilich leben außerhalb des



Saargebietes die ursprünglichen staatsbürgerlichen Rechte automatisch wieder auf. Um aber im Saargebiet als Inländer behandelt zu werden und politische Rechte zu genießen, vor allem ein Wahlrecht zu den öffentlichen Körperschaften des Saargebiets zu besitzen, genügt es, die Eigenschaft als „Saareinwohner“ zu haben.

Da aber der Friedensvertrag keine Aufklärung darüber gibt, wer als „Saareinwohner“ anzusehen sei, ergaben sich Schwierigkeiten, oder vielmehr schuf die Regierungs-Kommission solche, indem sie verfügte, daß den Landfremden Franzosen dieselben politischen Rechte zuständen, wie den eingewohnten Saarbewohnern.

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß das Saargebiet ein Teil von Deutschland — auch nach dem Versailler Diktat geblieben ist! — und die Saareinwohner Deutsche geblieben sind; und darum sind ihre örtlichen Vertretungen, besonders der Landesrat, deutsche Körperschaften, zu denen Ausländer nicht wählen dürfen.

Doch man wollte dem Saargebiet seine nationale Eigenheit nehmen, das Gebiet entnationalisieren; zu diesem Zwecke schuf die Regierungs-Kommission den Begriff „Saareinwohner“, der den Franzosen mehr Rechte zuspricht, als ihnen nach dem Vertrag zustehen, andererseits aber die deutsche Staatsangehörigkeit praktisch zur Bedeutungslosigkeit herabdrückt, während sie nach dem Vertrag in vollem Umfange aufrechterhalten werden soll. (Note der deutschen Regierung an die Regierungs-Kommission vom 28. August 1921).

Nach der Verordnung der Regierungs-Kommission vom 15. Juni 1921 ist es also gleichgültig, welche Staatsangehörigkeit die Saareinwohner besitzen (Art. 1), maßgebend ist allein die „Eigenschaft als Saareinwohner“, die folgenden Personen zukommt:

1. von Rechtswegen, ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit und Geschlecht, vorausgesetzt, daß sie einen mindestens sechsmonatigen Aufenthalt im Saargebiet haben;
  - a) wer im Saargebiet geboren ist und dessen Vater (bei unehelicher Geburt: dessen Mutter) zur Zeit dieser Geburt sein (ihr) gesetzliches Domizil im Saargebiet hatte.
  - b) Wessen Vater (bei unehelicher Geburt: wessen Mutter) im Saargebiet geboren ist und vor der Geburt des Betreffenden mindestens 10 Jahre lang in diesem Gebiet sein (ihr) gesetzliches Domizil gehabt hat.
  - c) Wer am 11. November 1918 seinen gesetzl. Domizil im Saargebiet hatte.
2. Erworben werden kann die Eigenschaft als Saareinwohner
  - a) durch jeden ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit und Geschlecht, der mindestens drei Jahre lang sein gesetzliches Domizil im Saargebiet gehabt hat und während dieses Zeitraumes zu den direkten Steuern veranlagt worden ist.

Der Zeitraum von drei Jahren ermäßigt sich auf ein Jahr zugunsten derjenigen Personen, die auf Grund einer Ernennungsurkunde im Saar-

gebiet ein öffentliches Amt bekleiden, oder durch Vorlage eines Anstellungsvertrages den Nachweis erbringen, daß sie ihre Hauptniederlassung im Saargebiet haben müssen. Den letzteren kann die Eigenschaft bei Vorliegen eines wichtigen Grundes wieder entzogen werden.

Der Erwerb oder Verlust der Eigenschaft als Saareinwohner zieht von Rechts wegen den Erwerb oder Verlust der gleichen Eigenschaft für die Ehefrau und die minderjährigen Kinder nach sich.

- b) durch Verheiratung mit einem Saareinwohner erwirbt die Frau die gleiche Eigenschaft.
- c) Ein Kind, dessen Vater oder dessen Mutter zur Zeit der Geburt die Eigenschaft als Saareinwohner besitzt, ist ebenfalls Saareinwohner.
- d) Wer sein gesetzliches Domizil im Saargebiet hat, erwirbt durch Verheiratung mit einer Frau, die die Eigenschaft als Saareinwohner hat, diese Eigenschaft.

Zuständig für die Verleihung der Eigenschaft ist der Landrat, für Saarbrücken der Polizeidirektor.

Der Verlust der Eigenschaft als Saareinwohner tritt ein:

1. für denjenigen, der seinen Aufenthalt außerhalb des Saargebiets verlegt, nach Ablauf eines Jahres, mit dem Vorbehalt, daß die oben unter Ziffer 1 Genannten die Eigenschaft nach sechsmonatigem Aufenthalt im Saargebiet ohne weiteres wieder erlangen;
2. für eine Frau durch die Verheiratung mit einem Manne, der die Eigenschaft als Saareinwohner nicht hat.

Immer ist also die Eigenschaft als Saareinwohner abhängig vom gesetzlichen Domizil im Saargebiet.

Wer diese Eigenschaft besitzt, gilt im Saargebiet als Inländer, alle anderen Personen, also auch Deutsche, gelten als Ausländer!

Letztere dürfen also auch ausgewiesen werden. „Saareinwohner“ auf keinen Fall.

Doch haben die Erfinder der „Saareinwohner“ offenbar nicht mit dem Kampfesmut der „Saarländer“ gerechnet. Ihr mutiges Eintreten Mann für Mann für ihre bedrohte Scholle und ihr deutsches Volkstum hat die Pläne, die die Regierungs-Kommission an die Schaffung der „Saareinwohner“ knüpfte, elend zerschellen lassen. Die Stimmen der Franzosen und der französischen Söldlinge, zu deren Gunsten der neue Begriff „Saareinwohner“ geschaffen wurde, zerrannen gegenüber der geschlossenen Masse der treuen „Saarländer“, die stolz sind wohl auf ihr Saarland, von Saareinwohnern jedoch nichts wissen wollen.

Und den Franzosen und ihren Dienern in der Regierungs-Kommission rufen wir mit den Worten des Ministers Giesberts in der „Saarbrücker Landeszeitung“ (Festnummer vom 28. Juni 1926) zu:

„Hände weg vom Saarland!“

Die treudeutschen Saarländer gehören zu uns. Sie sind mit uns, besonders dem Rheinland, in unentwegter Schicksalsgemeinschaft verbunden; darum Treue um Treue bis zur restlosen Wiedervereinigung mit unserem herrlichen deutschen Vaterlande.“

## Meiner Heimat!

Heimat, dich will ich lieben!  
Heimat, dich will ich schirmen!  
In allen Nöten,  
In allen Stürmen —  
So lang noch schaffen kann die Hand,  
Schütz' ich mein schönes Heimatland!

Heimat, dir will ich helfen!  
Heimat, mit Tat und Worten!  
Wo ich auch weile  
In allen Orten!  
Weil hier das Glück ich einstens fand,  
Lieb' ich mein schönes Heimatland!

Heimat, nur nicht verzweifeln!  
Heimat, nur nicht verzagen!  
Einst kommt das Glück  
In schönen Tagen, —  
Dann schlingt ein neues festes Band  
Das alte Reich ums Heimatland!

Dr. F. Hilgers, Saarbrücken.



# Um deutsche Kultur

## Die deutsche Kultur im Saargebiet.

Von Professor Dr. Paul Moldenhauer = Köln, M. d. R.

Der Vertrag von Versailles ließ das Saargebiet zwar völkerrechtlich beim Deutschen Reich, unterstellte es aber vollkommen der Verwaltung Frankreichs, dem die staatlichen Gruben überantwortet wurden. Selbst der wirtschaftliche Zusammenhang mit Deutschland wurde nach einigen Uebergangsjahren zerrissen und das Saargebiet in die französische Zollgrenze eingeschlossen. Allerdings regiert Frankreich nicht unmittelbar. Der Völkerbund hat nach dem Vertrage von Versailles das Mandat, aber die ausübende Ge-

Weshalb ist Gallien, weshalb ist Spanien romanisiert worden? Weil die Völker ihre eigenen Sprachen vergessen und die lateinische angenommen haben. So bilden sie, die ursprünglich völlig anders geartet waren, mit Italien zusammen die romanische Einheit. Die Franken gaben ihre Sprache auf, sie tauchten unter im romanischen Gallien. Aber die deutschen Stämme an beiden Ufern des Rheins haben trotz aller Romanisierungsversuche, trotz aller Unterdrückungen, denen sie immer wieder zeitweise ausgesetzt



An der alten Brücke in Saarbrücken.

Phot. Wenz-Saarbrücken.

walt liegt ausschließlich bei Frankreich, nach dessen Weisungen das Direktorium arbeitet. Frankreichs Soldaten und Gendarmen sichern gegen die Bestimmungen des Vertrages von Versailles, der keine fremden Besatzungen im Saargebiet duldet, Frankreich die Macht. So sind alle politischen Zusammenhänge mit Deutschland vollkommen gelöst, die wirtschaftlichen durch die Zollgrenzen und die andere Währung aufs schwerste unterbrochen. Wenn trotzdem alle französischen Bemühungen, die Bevölkerung für sich zu gewinnen, um bei der endgültigen Abstimmung ein für Frankreich günstiges Votum zu erzielen, gescheitert sind, so hängt das im wesentlichen daran, daß Frankreich eins nicht vermochte, den kulturellen Zusammenhang mit Deutschland, die enge innere Verbundenheit, die in der völkischen Einheit wurzelt, zu lösen. Hier half keine Gewaltmaßnahme, hier verlagten die Bajonette. Auch hier hat Frankreich versucht, Boden zu gewinnen. Es hat da eingesetzt, wo der stärkste Widerstand geleistet wird, bei der Sprache. Die Sprache ist der Ausdruck des Wesens eines Volkes. Verliert es seine Sprache, so verliert es auch sein ursprüngliches Wesen, mindestens geht eine Veränderung vor. Daher der Versuch aller Eroberer, wenn sie ein Land endgültig gewinnen wollen, auch die Sprache zu ändern.

waren, ihre deutsche Sprache bewahrt und sich damit vor der Romanisierung geschützt. Sie sind deutsch geblieben, wie sie schon zu Cäsars Zeiten es waren. Verliert ein Volk seine Sprache, so verliert es den Zusammenhang mit seiner Geschichte, aber auch den Zusammenhang mit seiner Kultur. In seiner Sprache haben seine Dichter geschrieben, seine Philosophen ihre Werke verfaßt. Uebersetzt man sie, so verlieren sie die Eigenart ihres Wesens. Solange die deutschen Stämme, die vom deutschen Vaterlande getrennt sind, sich ihre Sprache bewahren, bewahren sie sich den engen geistigen Zusammenhang mit der deutschen Kultur, bewahren sie sich ihr Deutschtum. Wenn uns Holland mehr und mehr entfremdet wird, so doch letzten Endes deshalb, weil das Niederländische allzuweit von der deutschen Schriftsprache sich entfernt, soweit, daß der eine den anderen nicht mehr versteht. All das erkannte Frankreich und versuchte, im Elsaß gewaltsam die deutsche Sprache zu unterdrücken, versuchte, im Saargebiet französische Schulen einzuführen, um auf diese Weise die heranwachsende Generation nicht nur die deutsche Sprache, sondern auch den geistigen Zusammenhang mit Deutschland vergessen zu lehren. Alle diese Versuche sind gescheitert und werden scheitern. Der zähe Widerstand, der von der Saarbevölkerung hier geleistet wird, geschieht in der



sicheren Erkenntnis, daß der Kampf um die Sprache der allerwichtigste ist. Mögen Mode und Kunst, mögen Tanz und andere äußere Formen des Lebens durch das Ausland beeinflusst werden und sich mehr und mehr nach internationalen Anschauungen richten, in der Sprache bewahrt sich das Volk schließlich seine Eigen-

art. Wer sich dieser Tatsache einmal bewußt ist, wird keine Besorgnis haben, daß politische Bedrückung oder wirtschaftliche Not die treudeutsche Bevölkerung des Saargebietes dazu bringen wird, ihr Deutschtum jemals zu vergessen. Auch für sie gilt das schöne Wort des Dichters von der Rheintreue: Ein Gott, ein Volk, ein Vaterland!

## Frankreichs Schulpolitik an der Saar.

Von Pjarrer Becker, Neunkirchen-Saar.

Man könnte Bücher darüber schreiben, sie sind auch geschrieben worden. Hier soll es sich nur um eine ganz kurze Beurteilung handeln. „Frankreichs Schulpolitik!“ Darin liegt: Frankreich will durch die Schule politische Wirkungen erzielen, materielle Vorteile auf dem Weg über den Geist. Man weiß: Blut kettet besser als Wasser, aber mehr als Blut ist Geist, also: den Geist her, daß er helfe.

Nicht nur wirtschaftspolitische Angliederung, nein kulturpolitische Eingliederung des Saarvolkes in das französische, das ist der Zweck der französischen Schulpolitik. Die wird verfolgt in den Fortbildungsschulen für die Bergbeamten, in den bergmännischen Kleinkinderschulen und durch den Unterricht der französischen Sprache, der in den deutschen Volksschulen mit List und Tücke erst fakultativ eingeführt werden soll, um dann als obligatorisch zu gelten. Von all dem sei hier nicht die Rede, nur von den eigentlichen französischen Schulen im Saargebiet.

Wie? Französische Schulen in deutschem Gebiet? Ist das möglich? Allerdings. Was ist nicht möglich nach dem Friedensvertrag und seinem trefflichen Saarstatut: Frankreich hat das Recht der Ausbeutung der früher preussischen Saarkohlengruben. Also: französische Bergbeamte ins Saargebiet! Verheiratete, mit Familien; die Folge: Schulen für die Kinder dieser französischen Beamten. Verständlich, aber nun kommt die Politik: wie fein, wenn auch deutsche Kinder diese besuchen könnten: Freundschaft mit französischen Kameraden, Erlernung des französischen Parlierens, Einwirkung auf die Eltern, Heranziehung eines Geschlechtes, das 1935 wahlfähig ist und stimmen soll für den wohlwollenden französischen Freund! „Ihr Kinderlein kommet, o kommet doch all!“ Weit öffneten sich daher die Tore dieser Domatialschulen (französische Staatschulen) den deutschen Kindern. Und sie kamen, langsam, allmählich, scheu, gedrückt, aber sie kamen. Der Vater brachte sie. Er möchte gerne eine der begehrten Grubenwohnungen mit Gärtchen haben. „Haben Sie Kinder?“ fragt ihn der Direktor. „In welche Schule gehen die?“ Der Bergmann weiß Bescheid. — Oder eine arme Bergmannswitwe bekommt plötzlich Besuch vom Schulbureau, dann eine Unterstützung, am anderen Tag ist ein Kind mehr in der französischen Schule. Die Wohnungsnot ist furchtbar. „Nicht wahr, Sie haben eine Grubenwohnung?“ wird ein Bergmann mit fünf Kindern gefragt. „Welche Schule besuchen die?“ Der Mann weiß, was er zu tun hat: fünf Kinder auf einmal kommen am andern Tage in die Franzosenschule. Das sind natürlich keine Lock-, Druck- oder Drohmittel, auch nicht, wenn einer anfahren möchte, oder verlegt werden soll, oder befördert werden will, und man erkundigt sich teilnehmend, in welche Schule seine Kinder gehen!

Bitterste Not, bange Angst und frohe Hoffnung taten viel mehr diese Schulen zu füllen als schlaue Berechnung oder nationale Anzuverlässigkeit unserer wackeren Saarbergleute, einschließlich der Beamten.

Die Wirkung war verheerend, äußerlich: sprunghaft stieg die Zahl auf fast 5000 bei etwa 140 000 deutschen Volksschulkindern, innerlich: die Seelen von Tausenden unserer Kinder wurden zerrissen und zerspalten — ein Hohn auf das tiefste Geheimnis und das höchste Ziel aller Pädagogik.

Sin und hergerissen zwischen entgegengesetzten Gefühlen und Anschauungen wissen die Kinder nicht, was Recht und

Unrecht ist, und eine innere Haltlosigkeit und Zwierspältigkeit ist die Folge solcher Erziehungsweisheit, gegen die selbst französische ernsthafteste Pädagogen sich gestellt haben. Aber was half es, der Politiker siegte über den Pädagogen und die armen Kinder sind die unglückseligen Opfer auf dem Altar der französischen Machtpolitik. Darum auch werden sie wahllos zusammengepfercht, lasterhafte und schwachsinnige mit tüchtigen und braven; politische Beeinflussung bedeutet ja mehr als geistige und sittliche Erziehung. Darum hören und lesen die Kinder nichts vom deutschen Vaterland, nur von der engeren Saarheimat. Langsam soll die Verbindung mit der großen Heimat gelockert werden. Darum macht man es ihnen leicht und bequem in der Schule: das Schwänzen war lange erlaubt —, Freistunden gab es in Menge, ganze Vormittage sogar, mit Geschenken köderte man Eltern und Kinder, schmeichelte ihrer Eitelkeit, indem man auf Festen mit französischen Broden paradieren ließ — und über alledem schwebte wie ein Damoklesschwert das Drohmittel, dem der Leiter einer solchen Franzosenschule die typische Fassung gab: „Ich halte das Brot eurer Väter in der Hand.“

Schamlos! Raffinement und Brutalität in erfolgreichster Paarung. Ich bin kein nationalistischer Chauvinist, war Pazifist, organisierter Pazifist, lange, ehe manche etwas von der Bewegung wußten, die heute laut darüber reden, hüben und drüben. Wir haben manches gelesen von dem Edelmut der französischen Nation, wissen, daß es dort Leute gibt, die nicht mit diesen Dingen einverstanden sind, aber wo sind sie? Wo ist der Mut, laut zu widersprechen, wenn der Abgeordnete Désiré Ferry am 22. Febr. 1923 offen die Kinder als Objekte zum Stimmenfang für 1935 bezeichnete?

Wer gibt euch das Recht, mit der Ausbeutung der Saargruben auch die Seelen unserer Kinder auszubeuten, zu vergiften und zu verderben? Ist das Kulturpropaganda?

Was sagt die Regierungskommission dazu, welcher der Völkerbund das Saarvolk zu treuen Händen übergeben hat, mit dem höchsten Ziel, sein Wohl zu fördern? Sie hat nicht nur nichts dagegen getan, macht sich vielmehr zum Handlanger der französischen Propagandapolitik, wie auf anderen Gebieten, so auch besonders auf dem der Schule.

Dazu mißbraucht sie preussische Regierungsverfügungen, lehnt es ab, in die Schulpolemik einzugreifen, verweist die Eltern bei Beschwerden auf den gerichtlichen Alageweg,

erleichtert und befördert den Uebergang in die Franzosenschulen dadurch, daß sie ihn jederzeit gestattet, erschwert den Austritt, den sie nur Ostern, Weihnachten und Herbst erlaubt,

antwortet auf Beschwerden der Bevölkerung über Drohungen, daß sie nie etwas davon gehört habe, gibt günstig gefärbte Berichte an den Völkerbund, weiß von einer allgemein bekannten Minderwertigkeit dieser Schulen nichts, gar nichts,

bezeugt ihnen ihre völlige politische Neutralität usw. usw.

Zwischen den zermalmenden Mühlsteinen der französischen Grubenverwaltung als Schulbehörde und der Regierungskommission als geheimem, wohlwollendem Förderer französischer Schulpolitik steht das arme geplagte



Opfer, das zerrieben werden soll, Eltern, Kinder, das ganze Saarpolk.

Was hat das arme Saarpolk zu alldem getan? Ach, daß man schweigen könnte von der Not, die es durchzumachen hatte und hat. Wie müssen die Kinder leiden in ihrer Seele, wenn sie sehen, wie sie von den Kameraden verachtet werden, wenn sie des Zwiespaltes sich bewußt werden, in dem sie leben müssen, daheim bei Vater und Mutter und draußen in der Franzosenschule, wenn sie in ihrer Not nicht aus und ein wissen und sich der Mutter weinend an die Brust werfen: „Mamme, ich will nit mehr in die Franzoseschul gehn!“ „Du gescht hin, wohin der Wadder dich bringt.“ „Der Willy hat gesad, ich wär e Franzosekopp, deutsche Kinner gehöre in

nach Genf und Rom zum Völkerbund, um unsere Schmach und Not in alle Welt hinauszuschreien, gingen harte Wege und nahmen schwere Opfer auf uns, aber — Gott sei Dank, wir können auch von Sieg und Erfolg künden: Der Ban n ist gebrochen!

Wie der „Saarbund“, die stolze Hoffnung der Franzosen auf antideutsche Beeinflussung, zusammengebrochen ist, so bröckeln die Franzosenschulen immer mehr und mehr, von Tag zu Tag ab. Früher eingegangene deutsche Volksschulklassen können wieder eingerichtet werden, die Zahl der deutschen Kinder auf den Franzosenschulen ist auf ein kleines Häuflein zusammen- geschmolzen. Die Klassen und Schulen gehen eine nach der



Blick vom Winterberg auf das Ostviertel Saarbrücken.

Phot. Benß-Saarbrücken.

die deutsche Schul.“ „Loß de Willy, ich schlan em uff de Kopp, wann ich en treff.“ — Jammervoll! —

Was leiden die Eltern, wenn sie mit anhören und ansehen müssen, was mit ihren Kindern geschieht, wenn sie fühlen, daß sich etwas Fremdes zwischen sie und ihre Lieblinge geschoben hat, was die Herzen voneinander trennen will.

Ein trauriges Kapitel von Seelennot und Gewissensnot, voll Kampf zwischen der Liebe der Eltern zu ihrem Kind und Volk und der Angst um Brot und Wohnung.

So kam es zu dem stillen, zähen, täglichen Heldenkampf des Saarpolkes um seine deutsche Schule, von dem die Welt da draußen — auch die deutsche — oft ebensowenig wußte wie von der anderen Not, in der wir leben. Aber im Kampf wuchsen die Kräfte: Wir begnügten uns nicht mit Protesten, Beschwerden, Bitten und Forderungen bei der Regierungskommission, wir fuhren

andern ein und die betäubten Lohgerber sehen ihre Zelle wegschwimmen, die Saar hinunter in die Mosel, in den Rhein, in deutsches Volk und Land, auf Nimmerwiedersehen.

Das alles hat das Saarpolk erreicht durch eigene Kraft im stillen zähen leidvollen Kampf um die deutsche Seele; oft unter dem Eindruck, daß unsere deutschen Brüder und Schwestern zu wenig von seinen Nöten wissen, um so mit ihm fühlen zu können, wie es gut und not wäre.

Um so dankbarer sind wir allen Freunden, besonders aber dem Saarverein mit seinem „Saarfreund“, der unseren Ruf: „Komm herüber und hilf uns!“ hörte und seine Stimme immer wieder erhebt, um daheim die Herzen zu erwärmen, die Gewissen zu schärfen und Kräfte zu sammeln, die uns eine wirksame Hilfe bedeuten in unserem Kampf und Sieg und eine Stärkung unseres Willens und Wissens, daß Saarpolk Deutschvolk ist und bleibt.





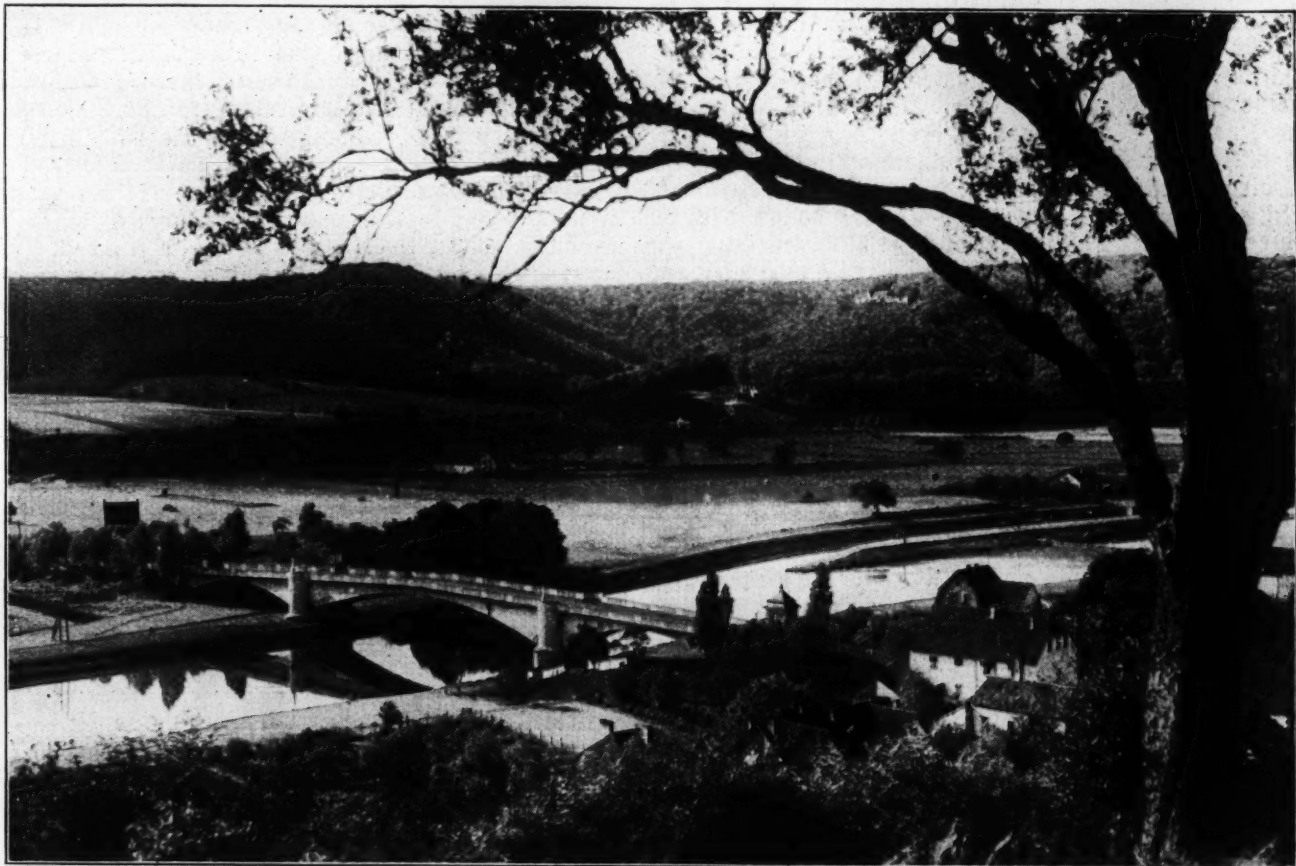
## Die Kirche und der Freiheitskampf an der Saar.

Von Prälat Dr. Ludwig Kaas, M. d. R.

Als Frankreich in den Versailler Friedensverhandlungen um das Saargebiet kämpfte, benutzte es als Hauptargument zur Geltendmachung seiner Ansprüche und zu ihrer Verteidigung gegenüber den Gegenvorschlägen der deutschen Friedensdelegation den Hinweis auf die durch die deutschen Truppen verursachten Zerstörungen in dem nordfranzösischen Grubengebiet und auf die Notwendigkeit, Frankreich für diese Schädigungen eine wirksame, ja drastische Wiedergutmachung zu sichern. Eine kritische Rückschau auf die vergangenen sieben Jahre und auf die Rolle, welche die französische Politik an der Saar zu spielen für richtig fand, zeigt, wie berechtigt das Mißtrauen gegen die Aufrichtigkeit dieser von Frankreich beliebten Argumentation gewesen ist. Das

bietet nicht zuletzt die saarländische Kultur- und Kirchenpolitik. Es soll nicht geleugnet werden, daß auf ihren Blättern auch erfreuliche und aner kennenswerte Seiten stehen. Sie können aber die bedauerliche Tatsache einer in wesentlichen Fragen abwegigen Einstellung nicht verdecken.

In dem Gesamtplane einer langsamen und stufenweisen Entfremdung und Loslösung des Saargebietes von seinem Mutterlande nahm das Projekt einer Lockerung bzw. Lösung der bisherigen kirchlichen und hierarchischen Verbundenheiten schon früh einen ganz besonderen Platz ein. Die Loslösung der Saarpfalz von dem Bistum Speyer und vor allem die Abgliederung des an



Das Saartal bei Gündingen.

Phot. Wenz-Saarbrücken.

Völkerbünderegime, welches an der Saar errichtet wurde, hat eines nicht zu hindern vermocht — ob gewollt oder aus Schwäche, bleibe dahingestellt: an Stelle der Treuhänderschaft, die dem Auftrage und dem Geiste des Völkerbundes alleinentsprochen haben würde, traten von Anfang an eigensüchtige, französierende Tendenzen, welche die Uebergangszeit von 15 Jahren lediglich als eine Gelegenheit betrachteten, das, was man am Verhandlungstisch in Versailles nicht erreichen konnte, auf dem Wege nachträglicher Korrekturen durchzusetzen. Diese grundsätzlich verkehrte Einstellung zu dem vom Völkerbund erhaltenen Mandat hat von Anfang an die Ziele und Methoden der maßgebenden Faktoren der Saarregierung beeinflusst und ihrem Regime einen Charakter verliehen, der von der Linie der Wilsongrundsätze nur zu sehr abführte. Wenn heute zwischen dieser Regierung und der von ihr betreuten Bevölkerung Mißtrauen und Entfremdung gähnt, so liegt die Wurzel dieses für die Saarmachthaber beschämenden Resultates für jeden Einsichtigen klar.

Ein aufschlußreiches Spiegelbild dieser mandatswidrigen Einstellung maßgebender Kreise der Saarregierung

Bevölkerungszahl bedeutend umfangreicheren Trierer Diözesanenanteils von seiner Mutterdiözese wurde schon bald innerhalb und außerhalb der Saarregierung mit ebensoviel Energie als Heimlichkeit in die Wege geleitet. Schon frühzeitig setzten an der höchsten kirchlichen Stelle französische Sondierungsversuche wegen Bildung einer besonderen Saardiözese ein. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß die dahingehenden Pläne an der korrekten und entschiedenen Haltung des Hl. Stuhles a limine abprallten. Vom staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Gesichtspunkt aus bemerkenswert ist die Tatsache, daß hierbei die Geltendmachung derartiger Wünsche auch durch die offizielle französische Vertretung beim Vatikan erfolgte.

Der Mißerfolg dieses weitausholenden Planes der Bildung einer saarländischen Diözese ließ die Befürworter des kirchlichen Trennungsgedankens es augenscheinlich für rätlich halten, ein etwas weniger alarmierendes Projekt zu vertreten. An die Stelle der Diözese trat das Projekt einer apostolischen Administration. Die nach dieser Richtung strebende, durch den damaligen Kultusminister der Saarregierung, Graf Moltke-Huitfeldt dem Hl. Stuhl eingereichte Denkschrift ist niemals bekannt geworden. Es scheint jedoch, daß sie den Versuch machte, die Errichtung einer kirchlichen Sonderverwaltung



aus sozialen, seelsorgerlichen (!) und gesamtpolitischen Gründen darzutun. Auch diesem abgeschwächten Vorschlag gegenüber hielt der Hl. Stuhl an seiner Reserve fest. Augenscheinlich betrachtete er die in Versailles für das Saargebiet getroffene Regelung als ein staats- und völkerrechtliches Provisorium, dem zirkumskriptionspolitisch Rechnung zu tragen, als eine Verletzung der Bulle de salute animarum hätte gedeutet werden können, jedenfalls aber als eine wenn auch nicht beabsichtigte so doch tatsächliche Parteinahme zu Ungunsten Deutschlands und Preußens.

Mit dieser festen und korrekten Haltung des Hl. Stuhles ging einträchtig Hand in Hand die Stellungnahme der an dieser Frage beteiligten Bischöfe von Speyer und Trier. Vor allem war es der vereinigten Bischof Dr. Michael Felix Korum von Trier, der mit Festigkeit und Würde den Standpunkt untrennbarer Zusammengehörigkeit des saarländischen Bistumsanteils mit der Mutterdiözese vertrat. Nur für den Eventualfall, daß, um größeres Übel zu vermeiden, eine entgegenkommende Geste unvermeidlich sei, hat Bischof Korum vorübergehend den Gedanken erwogen, eine bischöfliche Delegatur für das Saargebiet zuzugeben. Sie sollte jedoch mit so beschränkten Rechten ausgestattet sein, daß diese Einrichtung eine reine Form dargestellt hätte und in keiner Weise als Zurückweichen gegenüber den Aspirationen der Gegenseite hätte betrachtet werden können. Ein Bonmot, in dem der Delegat als „qualifizierter Briefträger“ bezeichnet wurde, läßt erkennen, wie wenig der Bischof daran dachte, an dem hierarchischen Zusammenhang sachlich rütteln zu lassen. Alle Darstellungen, die eine andere Auffassung ausgesprochen haben, beruhen auf Entstellungen oder Mißverständnissen. In demselben Augenblick jedoch, wo Bischof Korum die greifbare Gewißheit hatte, in Rom für seinen ablehnenden Standpunkt Verständnis und Unterstützung zu finden, war für ihn auch der Gedanke dieser rein formalen Konzession endgültig erledigt und vertrat er tatkräftig den auch von anderer Seite als einzig richtig betrachteten Weg restloser Aufrechterhaltung des bisherigen status quo.

So ist Bischof Korum am Abend eines tatenreichen Lebens in Wahrheit zum getreuen Eckhart des Deutschtums an der Saar geworden. Sein Grab, an dem so viele Kränze reicher Verdienste um Volk und Kirche niedergelegt wurden, ist für immer umstrahlt von dem in schwerer Zeit erworbenen Ruhmestitel, ein Hüter und Wahrer des deutschen Gedankens an der Saar gewesen zu sein. In dieser Haltung fühlte sich der Bischof eins mit der einmütigen Stimmung seines Klerus. Ein Blick in die Eingaben und Adressen aus den Kreisen des Klerus und des Volkes der Saar zeigt, wie der Plan der Auseinandersetzung dessen, was geschichtlich- und seelisch zusammengehörte, die Gemüter damals erregt und zur Abwehr bereit gemacht hat.

Im Rahmen dieses kurzen Gedankwortes ist es nicht angängig, der Haltung des Saardeutschtums auf kultur- und kirchenpolitischen Gebieten in anderen Details noch näher nachzugehen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die von Beginn der Fremdherrschaft an gewählte Linie: restlose Verteidigung des status quo vom Jahre 1918 auch weiterhin mit Zähigkeit und erfreulichem Erfolg beibehalten worden ist.

Der ehrwürdigen Gestalt des Bischofs Michael Felix Korum erstand in Franz Rudolf Bornewasser ein Nachfolger, den deutsche Gesinnung und inniges Verbundensein mit seinen Saardiözesanen dieselben Wege führten. Hatte unter Korum vor allem die Frage der kirchlichen Abtrennung die Gemüter beschäftigt, so wuchs unter Bischof Bornewasser die Frage der französischen Schulen in eine Bedeutung hinein, die allein schon aus seelsorgerlichen Gründen zur Abwehr zwang. Einen Höhepunkt stellte der bekannte freimütige Hirtenbrief des Bischofs dar. Sein Erlaß war zugleich die Einleitung zu der fortschreitenden Zurückdrängung der Dominikanischulen. Wenn heute diese weit über den Versailler Vertragsrahmen hinaus gewucherte Propagandainstitution einer aggressiven fremdländischen Kulturpolitik längst wieder eine steil abfallende Kurve zeigt, so ist dieses erfreuliche Ergebnis vorab der Haltung zuzuschreiben, mit der die Vertreter der Kirche einmütig die Rechte der deutschen und konfessionellen Volksschule zu verteidigen wußten.

Heute, wo diese Zeilen geschrieben werden, steht das Schicksal des Saargebiets in einer besonders akuten Phase. Seit Locarno sind Hoffnungen aufgekeimt, die vor kurzem vielen noch absurd erschienen: Hoffnungen, die die Saar lange vor dem Abstimmungsjahr 1935 wieder dahin zurückkehren sehen, wovon sie niemals hätte getrennt werden dürfen. Wenn heute, nicht nur auf deutscher, sondern auch auf französischer Seite sich mutige Stimmen mehren, die dieses bis vor kurzem noch undisputable Problem offenerzig anpacken, dann liegt der Grund für diesen Umschwung nicht zuletzt in dem eindeutigen Fiasco, welches die französische Kulturpropaganda an der Saar erlebt hat. Daß diese heilsame Enttäuschung in so unwiderlegbarer Form zur Tatsache wurde, ist ein geschichtliches Mitverdienst der aufrechten und zähen Arbeit, mit der die Diener der Kirche an der Saar die Liebe zum deutschen Volk und deutschen Vaterland gehütet, in schwerer Stunde angefaßt und belebt haben.

Vor allem haben die Dome und Bischofsstühle von Trier und Speyer sich als seelische Bastionen bewährt, unter deren hütenden Schatten das Gefühl innerer Zusammengehörigkeit so stark und innig erwuchs, daß es den Riß überrante, den ein sinn- und seelenloser Vertrag geschaffen.

In dem beglückenden Gefühl seelischer und völkischer Zusammengehörigkeit schauen wir, zusammen mit allen Saarländern auch anderer Konfessionen und Weltanschauungen in die Zukunft, und wir wissen: sie wird, wie immer, den Gläubigen und Hoffenden gehören.

Erst über einem freien Saarland kann sich der Regenbogen friedensbereiter Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich wölben. Solange dieses Ziel noch nicht erreicht ist, können auch die Vertreter der Kirche nicht vergessen, daß ihnen auf umkämpftem Boden gesteigerte Pflichten gegen Volk und Land obliegen.

Wenn in hoffentlich nicht allzu ferner Stunde die Glocken an der Saar die Rückkehr zur alten Heimat einläuten, dann wird dieser Tag auch für die Kirchen des Saargebiets ein Erntedankfest sein, das die mühevollen Leidenssaat von einst lohnt durch eine glücklichere und freie Zukunft.

## Dem Saartal zum Gruß.

„Ist es gleich Nacht, so leuchtet unser Recht!“  
Schiller („Tell“).

Der Heimat Blüh'n,  
Ein Klang von deutschem Geist,  
Der Heimat Segen deutsche Arbeit heißt! —  
Wie scharf und schrill es durcheinander tönt;  
Die Hütten loh'n, der Eisenhammer dröhnt!  
Ein tausendfältig rauschendes Geklirr  
Durch unsrer Großstadt Lärmgewirr;  
Ohn' Rast und Ruh der Handel und Verkehr,  
Im wirren Lebenskampf ein brausend Meer.  
Und ernst von Winterberges Höh'n zu Tal,  
Da grüßt und mahnt ein deutsches Heldenmal.

Solch' strebend Volk, das bietet wohl Gewähr  
Für guten Kampf um deutsche Art und Ehr! —  
Soviel es ist, was uns den Mut verzehrt,  
Es ist das Recht, das inn're Kraft gewährt.  
So manche Sorge gräbt an uns'rer Ruh',  
Und doch, mein Vaterland, der Trost bist du!  
Dein Geist die müde Seele hebt und hält  
Trotz allem Leid und wildem Sturm der Welt;  
Laßt seiner Freiheit uns're Herzen weih'n  
Und Saarlands Dant die deutsche Treue sein!

A. J.  
(Saarkalender 1924.)



# Am Volkstum und Heimat

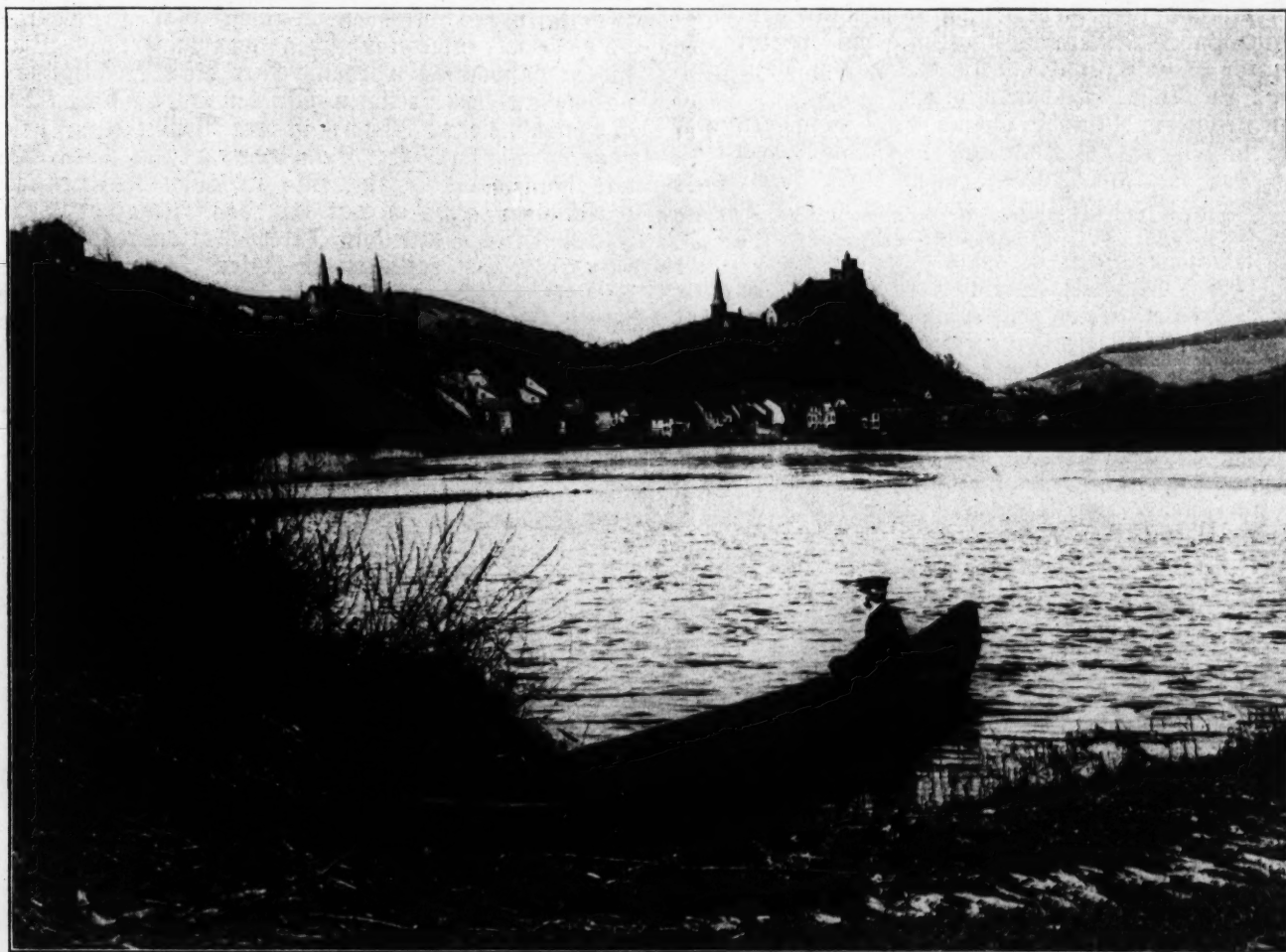
## Der heldenmütige Abwehrkampf unserer Volksgenossen an der Saar

Von Karl Ollmert, Frankfurt a. M.

In den Tagen vom 14. bis 16. August hält der Bund der Saar-Vereine in Köln a. Rhein seine diesjährige Bundestagung ab. Es ist die sechste. Wie viele noch folgen werden, wer weiß es. Sehr viele der bisherigen Art werden es aber wahrscheinlich nicht mehr sein; denn es darf wohl angenommen werden, daß allerungünstigstenfalls 1934 die letzte Bundestagung, die sich mit der „Saarfrage“, die übrigens eine überaus wich-

Lage der Bevölkerung eine verzweifelte zu sein schien, so daß es nicht wenige gab, die glaubten, es sei das beste, sich den welschen Wünschen zu fügen, wenigstens einstweilen, da ja doch nichts zu ändern sei.

Gewiß, die Lage war zeitweise fast trostlos — kaum ein Lichtpunkt war zu sehen. Wer sich irgendwie für die Deutscherhaltung des Saargebietes einsetzte oder auch nur in dem Verdacht stand, im



Saarburg.

Phot. Wenß-Saarbrücken.

tige deutsche Frage ist, beschäftigen muß, abgehalten wird. Wahrscheinlich ist die Saarfrage aber schon früher gelöst. An dem jetzigen Schwebestand kann m. E. eigentlich niemand Freude haben, auch Frankreich nicht mehr; denn es muß inzwischen doch eingesehen haben, daß es seine politischen Ziele im Saargebiet niemals verwirklichen kann. Und wenn es tatsächlich erst 1935 zur Abstimmung über die drei berühmten Fragen — ob die Bevölkerung weiter vom Völkerbund regiert oder zu Frankreich, oder zu Deutschland gehören will — kommen sollte, dann wird sich zeigen, was heute schon mit größter Bestimmtheit vorausgesagt werden kann, daß sich unsere Brüder und Schwestern an der Saar geschlossen für Deutschland entscheiden werden. Für mich ist das eine Selbstverständlichkeit, an der ich nie gezweifelt habe, auch nicht in den Tagen, als die Franzosen sich schon als die Besitzer des Saargebietes aufspielten und in ihrem Siegesbewußtsein jede deutsche Regung mit Gewalt unterdrückten, die Saarregierung ein willfähriges Werkzeug der französischen Militärs und der Pariser Regierung war und die

deutschen Sinne zu wirken, mußte stets damit rechnen, aus-  
gewiesen oder verhaftet zu werden, namentlich wenn er irgendwie als Führer galt. Alle Fäden kultureller, politischer und wirtschaftlicher Art, die zwischen dem Heimatlande und der Saar bestanden, suchten die Machthaber zu zerschneiden und gewaltsam zu beseitigen. In wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht ist ihnen dies auch gelungen. Aber je rauber sie dabei vorgingen, um so mehr festigte sich der Wille des Saarvolkes, sich nie und nimmer von Deutschland trennen zu lassen. Er wurde schließlich stahlhart und Gemeingut aller Deutschen an der Saar.

Kulturell bedrängt, politisch entrechtet und wirtschaftlich versklavt kämpfen unsere Landsleute an der Saar nun schon fast acht Jahre gegen Verwelschungsbestrebungen und französische Machtgelüste.

Kulturell bedrängt! Alles wurde von den Franzosen versucht, um die deutsche Kultur zurückzudrängen und für die ihrige Anhänger zu gewinnen. Kirche und Schule, Theater und Musik, Zeitungen und Literatur aller Art, Spiel und Sport usw., kurz



alles was es an Kulturfragen gibt, suchten sie in ihre Gewalt zu bekommen, oder doch in ihrem Sinne zu beeinflussen. Macht und Geld standen ihnen hierfür bis vor kurzer Zeit in großem Umfange zur Verfügung.

Was haben sie erreicht? Fast nichts! Einmütig wehrte sich die deutsche Geistlichkeit gegen jede kirchliche Aenderung. Die eingerichteten französischen Schulen können trotz Bevorzugung der Väter, die ihre Kinder in die französischen Schulen schickten, im Arbeits- oder Beamtenverhältnis und Begünstigungen sonstiger Art keinen festen Fuß fassen. Die Zahl der deutschen Kinder, die französischen Schulen besuchen, blieb immer außerordentlich gering und hat in der letzten Zeit auch noch erheblich abgenommen. Das Theater in Saarbrücken betont bewußter als früher das Deutsche; Musik und Gesang, Zeitungs- und sonstiges Literaturwesen werden mehr als je im deutschen Sinne gepflegt und im Spiel und Sport lehnt man sich fast nur an die heimatischen deutschen Organisationen an. Allenthalben wird in klarer Erkenntnis der Verhältnisse das deutsche Kulturleben planmäßig gefördert. Man will an der Saar von der französischen Kultur ebensowenig wissen wie von der sogenannten „Civilisation française“ und was damit zusammenhängt an Mode, Benehmen usw.

Es kann in diesem Zusammenhange nicht meine Aufgabe sein, eine grundsätzliche Betrachtung über die Charaktereigenschaften der Saarbevölkerung anzustellen, namentlich nicht über etwaige Eigentümlichkeiten. Nur das sei gesagt, daß der uns Deutschen vielfach eigene Hang zur Romantik im Durchschnitt an der Saar eher schwächer als stärker anzutreffen ist. Ganz besonders gilt dies für Fragen, die die Nationalität betreffen. Hier zeigte sich namentlich bei der breiten Masse von Anfang an, als sie sehr stark umworben wurde, als man die französische Zivilisation als der deutschen Lebensart weit überlegen in allen Tonarten und Schausstellungen pries, eine auf gesunde, nüchterne Abwägung beruhende Ablehnung. Auch bei den Frauen. Die weltliche Lebensart, wie sie vornehmlich in Saarbrücken femininhaft auftretende Offiziere und französische Zivilisten, vielfach geschminkt und gepudert, zeigten, fand wirklich nur ganz vereinzelt Anklang. Und auch nur bei unreifen jungen Leuten, die durchweg auch sonst zu dieser Lebensart neigten. Das Volk, die breiten Schichten aller Stände, lehnten diese Art vielfach mit Entrüstung ab. Und die Pariser Modedämonen werden von ihrer Aufnahme im Saargebiet sicherlich wenig erbaut gewesen sein. Eroberungen haben sie an der Saar trotz aller Anstrengungen nicht machen können, weder persönliche noch politische. Die „totgeschiden“ Pariserinnen waren ebenso wenig nach dem Geschmack der mit gesundem und natürlichem Empfinden versehenen Saarbevölkerung, wie die sich schauspielhaft gebenden Offiziere. Diese „Pioniere“ französischer „culture“ waren ihr durchweg geradezu zuwider. Die deutsche Seele wehrte sich instinktiv dagegen. Scheute die Berührung mit diesen „Kulturträgern“. Nie werde ich z. B. vergessen, wie eine deutsche Arbeiterfrau einen französischen Offizier dieser Art, dessen Anbiederungsabsicht deutlich erkennbar war, mit einem kräftigen Ausdruck entrüstet zurückwies, als dieser ihr beim Einsteigen in die Straßenbahn behilflich sein und ihr etwa dreijähriges Kind anfassen und in den Wagen heben wollte und wie einer sogenannten höheren Tochter, einem 17—18jährigen Backfisch, der in Begleitung eines französischen Offiziers auf der Bahnhofstraße einherging, von gleichaltrigen, ihr bekannten deutschen Mädchen zugerufen wurde: „Psui, deutsches Mädchen, schäme dich!“

Das geschah in der ersten Zeit der Besetzung, als mehr mit dem Zuckerbrot als mit der Peitsche gearbeitet wurde, alles noch ungeheuer knapp war, Schokolade, Pralinen und ähnliche schöne Sachen noch seltener waren als Ringeltauben und die Franzosen auch hiermit politische Eroberungen zu machen suchten. Gewiß, es gab auch Ausnahmen. Wer wenn je, dann bestätigten sie hier, daß die Regel anders war. Lieber verzichteten die deutschen Mädchen und Frauen auf diese Süßigkeiten und aßen sie trockenes Brot, als daß sie solche Geschenke annahmen, nicht nur, um sich von vornherein gegen unerwünschte Galanterien zu schützen, sondern um erkennen zu lassen, daß man jede Gemeinschaft mit Frankreich ablehnte, deutsch denke, fühle

und bleiben wolle. Wenn man die Anwesenheit der Franzosen auch nicht verhindern konnte, so gab man ihnen doch so deutlich wie dies unter den gegebenen Verhältnissen nur irgendwie möglich war, zu verstehen, daß man sie als ungerufene, lästige Eindringlinge betrachte, deren Verschwinden auf Nimmerwiedersehen man lieber heute als morgen sehe. Und je mehr die Franzosen bemüht waren, sich einzuschmeicheln — was selten geschah, oft recht plump und vielfach in widerlicher Weise geschah — desto offener war die Ablehnung, die hin und wieder sicher beleidigend wurde. So wuschte z. B. eine deutsche Frau mit entsprechendem Minenspiel sich ihren Blusenärmel ab, als ein französischer Offizier ihn scheinbar unabsichtlich beim Vorübergehen auf dem Bürgersteig berührt hatte. Ähnliche Beispiele ließen sich sehr viele anführen. Aber das hier Gesagte wird genügen, um zu zeigen, daß die Franzosen an der Saar mit ihrer Kultur und Zivilisation keine Eroberungen machen können.

Politisch entrechtet! Die Bevölkerung an der Saar hat keinerlei politische Rechte. Das Recht zur Teilnahme an den Wahlen zum deutschen Reichstage oder zum preussischen oder bayerischen Landtage ist ihr genommen worden. Nur die Berechtigung zur Teilnahme an den örtlichen Wahlen (Landesrats- und Gemeindevahlen) ist der Bevölkerung belassen bzw. gegeben worden. Der Landesrat hat jedoch keine Rechte, wie sie für die Parlamente in allen Kulturstaaten selbstverständlich sind; er hat nur das Recht der Begutachtung, kein Petitions- und kein Interpellationsrecht, kein Recht den Haushaltsplan gestalten zu helfen; seine Mitglieder besitzen keinerlei Immunität, haben nicht einmal das Recht, den Präsidenten des Landesrates zu wählen, dieser wird vielmehr von der Regierungskommission ernannt. Dabei hat das Saargebiet eine internationale, zu 1/2 landesfremde Regierung, in der die Franzosen bis auf den heutigen Tag die erste Geige spielten. Zu Mitgliedern des Saarlandesrates können auch nur im Saargebiet Geborene gewählt werden, dagegen haben auch Ausländer das Recht, sich an der Abstimmung bei den Wahlen zu beteiligen. Neben dem Landesrat hat die Saarregierung noch einen Studienausschuß, als sogenannte zweite Kammer geschaffen, der aus acht Mitgliedern besteht, die von ihr ohne jede Zühlungnahme mit der Bevölkerung ernannt werden, die aber ebenso wenig zu sagen haben wie der Landesrat.

Angeichts solcher Tatsachen ist sicherlich nicht zu viel behauptet, wenn man von einer politischen Entrechtung, wie sie selbst Kolonialvölker heute nicht mehr kennen, spricht. Aber all das genügte den Franzosen und ihren Freunden in der Regierungskommission noch nicht. Sie versuchten, immer wieder jede politische Betätigung im deutschen Sinne zu unterbinden. Zeitungs- und Versammlungsverbote, Ausweisungen und Verhaftungen von politischen Führern, Redakteuren und sonst politisch tätigen Leuten, Bestrebungen, die Verbindungen zwischen den deutschen Parteileitungen und Parteiorganisationen an der Saar, sowie den wirtschaftlichen und kulturellen Vereinigungen zu zerstören, kamen immer wieder vor. Auch in den kulturellen und gewerkschaftlichen Organisationen erblickten die Machthaber eine politische Stärkung der deutschen Parteien an der Saar. Daher wurden auch sie bekämpft.

Und der Erfolg? Gleich null! Der Wille der deutschen politischen Parteien und der übrigen in Frage kommenden Organisationen, nun erst recht fest zu halten an ihren deutschen Zentralorganisationen, wurde immer stärker. Alle Sonderbestrebungen wurden rundweg abgelehnt. Der von den Franzosen ins Leben gerufene „Saarbund“, der am 27. 1. 1924 bei den Landesratswahlen mit einer eigenen Liste austrat, erhielt trotz stärkster Unterstützung durch die Franzosen und ihre Freunde nicht einmal so viel Stimmen, daß er auch nur ein einziges Mandat bekam. Bei den kürzlich (am 11. Juli) getätigten Kreis- und Gemeindevahlen kam er nicht einmal zur Einreichung einer eigenen Liste. Alle Anstrengungen der Franzosen und der ihr stets zu Willen gewesenen Regierungskommission, politische Erfolge zu erzielen, sind bisher vergeblich gewesen. Sie haben vielmehr das Gegenteil von dem was sie wollten erreicht.



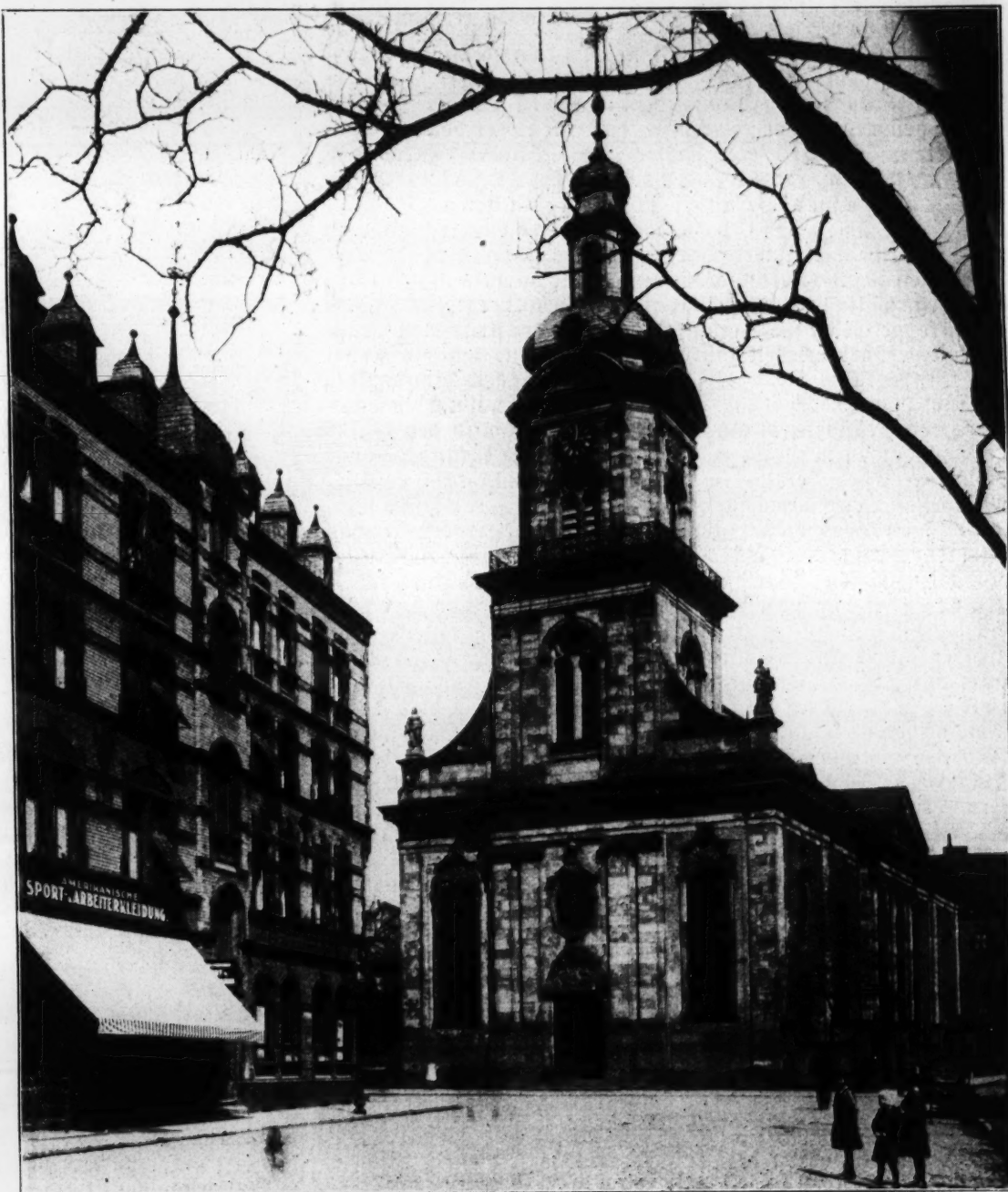
Vergeblich sind auch alle Bemühungen, das Saarvolk zu politischen Putschten aufzuwiegeln, geblieben. Ruhig und sachlich, aber mit aller Entschiedenheit und Zähigkeit, wurde der Abwehrkampf geführt. Die Saarbevölkerung verteidigt ihr angegriffenes Deutschtum, ihre Heimats- und Volksrechte in der vornehmsten Weise. Niemals hat sie sich zu gesetzwidrigen Handlungen gegen die Regierung oder die zu Unrecht sich im Saargebiet aufhaltenden französischen Truppen hinreißen lassen. Der sonst in Grenzgebieten nicht selten anzutreffende, zu Putschten und Sabotageakten neigende Radikalismus hat im Saargebiet keinen Anhang finden können.

Etwas, was besonders hoch zu bewerten ist, wenn man bedenkt, daß das Gebiet keinerlei politische Rechte und eine fast völlig landesfremde Regierung hat, die bisher nicht für das ihr anvertraute Volk und Land, auf deren Wohlfahrt sie bedacht sein soll, besorgt war, sondern — wie soeben dargelegt und allgemein bekannt — gegen die Bevölkerung regierte. Aber gerade die Tatsache, daß es an der Saar trotz all dieser Umstände nicht zu politischen Putschten gekommen ist, zeigt die hochentwickelte politische Reife der Bevölkerung, und hat dazu beigetragen, daß die Machtstellung der Franzosen — wenn auch nur allmählich — doch geschwächt werden konnte. Heute wagen sie z. B. längst nicht mehr das, was vor einigen Jahren noch an der Tagesordnung war.

Wirtschaftlich verflaut! Leider muß gesagt werden, daß die Franzosen auf das Wirtschaftsleben an der Saar den denkbar größten Einfluß gewonnen haben. Zunächst mußten ihnen auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages sämtliche Kohlengruben schulden- und lastenfrei ausgeliefert werden. Durch Anwendung von Druck- und Geldmitteln in der rücksichtslosesten Weise konnten sie auch in der Hüttenindustrie eine maßgebende Stellung erlangen, teilweise auch in der Mittelindustrie. Infolge der Verdrängung der Mark und der Einführung der Frankenwährung gelang es ihnen im Verein mit den Banken, die größtenteils auch westlich eingestellt werden konnten, schnell den Geldmarkt so gut wie restlos zu erobern. Hinzu kommt die Eingliederung des Saargebietes in das französische Zollsystem, so daß es heute für uns Zollausland ist. Wirtschaftlich ist das Saargebiet also so gut wie an Frankreich verflaut; denn alles in allem sind sicher auch noch gut  $\frac{1}{2}$  der Bevölkerung von Wirtschafts- und Regierungsbetrieben abhängig, die entweder ganz in französischem Besitz sind oder in denen Franzosen eine führende Rolle spielen. Und wenn der früher vielfach aufgestellte Grundsatz: „Wessen Brot ich eß, dessen Lied ich sing“, mit anderen Worten, der wirtschaftliche Machthaber in einem Gebiet bestimmt auch die politische Haltung der Bevölkerung und die nationale Zugehörigkeit, richtig wäre, dann müßte das Saargebiet

für Deutschland verloren sein. An der Saar zeigt sich aber mit aller Deutlichkeit, daß dieser Satz für ein Volk, das Freiheit und Demokratie kennt und politisches Selbstbewußtsein hat, keine Gültigkeit besitzt. Trotz der wirtschaftlichen Hörigkeit bekennt man sich an der Saar in aller Deffentlichkeit und aus innerster Ueberzeugung immer wieder zum Deutschtum. Und das wird so bleiben, auch wenn die wirtschaftliche Macht der Franzosen an der Saar noch viel stärker werden sollte, was aber nach Lage der Verhältnisse kaum zu befürchten ist.

Alles in allem kann mit Recht gesagt werden, daß



Kath. Kirche im Stadtteil St. Johann der Stadt Saarbrücken.

Phot. Wenß-Saarbrücken.

unsere Volksgenossen an der Saar den Abwehrkampf bisher glänzend geführt haben. Jetzt gilt es, darauf hinzuwirken, daß die Fremdherrschaft sobald als möglich von ihnen genommen wird und die heißersehnte Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterlande erfolgt. Für diese Arbeit, im Verein mit den berufenen Männern und Frauen des Saargebietes und den in Frage kommenden Stellen des Reiches und der Länder Möglichkeiten zu finden, gehört m. E. mit zu den dringlichsten Aufgaben der diesjährigen Tagung des Bundes der Saarvereine in Köln.

Unsere Brüder und Schwestern an der Saar machen eine harte Prüfungs- und Leidenszeit durch. Augenblicklich seuzen sie unter einer zweiten Inflation. Sie haben ge-



weihte, blutgetränkte, deutsche Erde heldenmütig verteidigt, heiligen, deutschen Boden, der seit Jahrhunderten von Frankreich begehrt wird, mit allen Fasern ihres Herzens fest-

gehalten. Jetzt ist es Pflicht aller Deutschen, alles daran zu setzen, um sie schnellstens aus der unwürdigen Knechtschaft zu befreien.

## Worin liegt die Bedeutung des Landesrates für den politischen Rechtskampf an der Saar?

Von Kommerzienrat Dr. h. c. Hermann Köhling-Böcklingen.

Wenn man die Bedeutung des Landesrates für den Kampf der Saarbevölkerung beurteilen will, so wird man zunächst davon ausgehen müssen, was er nicht ist. Der Landesrat ist kein Parlament, sondern lediglich eine beratende Körperschaft, deren staatsrechtlicher Einfluß gleich Null ist. Er kommt also ungefähr dem gleich an Einfluß, was eine gut geleitete Presse äußerstenfalls leisten kann. Nur insofern ist der Einfluß etwas größer wie der der Presse, da in letzterer der anonyme Redakteur hinter die Firma des Blattes zurücktritt, während im Landesrat jeder für seine Person und seine Partei spricht und handelt.

Die Tätigkeit des Landesrates ist zunächst eine kritische. Zwar war es von vornherein beabsichtigt von Seiten der Regierungskommission, die damals als einzigen Nichtfranzösling den Minister Baugh beherbergte, durch eine sehr strenge Geschäftsordnung, die von einem strammen Präsidenten geführt werden sollte, zu verhindern, daß die Kritik des Landesrates irgendwie über die Vorlagen hinausging, die ihm gemacht wurden. Die Tagesordnungen hatte der Herr Präsident Kault zu genehmigen und der traute sich schon zu, zu verhindern, daß irgend etwas Unangenehmes passierte. Aber bereits in der ersten Sitzung kam es zum Klappen. Der damalige Präsident, Herr Köhmann, sollte weisungsgemäß nicht zulassen, daß irgend etwas anderes verhandelt würde wie die Regierungserklärung, die mit schönen Worten wertlose Dinge versprach. Die Parteien ließen sich aber auf eine derartige Bevormundung nicht ein, sondern machten in stundenlanger Geschäftsordnungsdebatte ihrem Herzen Luft. Herr Köhmann mußte bei Herrn Kault anfragen, ob er die Sitzung schließen und damit es bereits am ersten Tage zu einem großen Skandal kommen lassen oder ob er nachgeben sollte. Auch Herr Kault konnte es nicht riskieren, es gleich zum Bruch kommen zu lassen und gab nach. Damit hatte sich die Bevölkerung im Landesrat die Plattform geschaffen, die sie zur Vertretung ihrer Interessen haben mußte. Wir haben uns über die Geschäftsordnung hinaus ein Gewohnheitsrecht geschaffen, das wir im Laufe der Zeit weiter ausgebaut haben.

Wir sind jetzt in der Lage, ohne daß eine Regierungskommission es zu verhindern vermag, bei jeder wichtigen Gelegenheit öffentlich Kritik an ihren Maßnahmen zu üben. Besonders war dies von Bedeutung in der Zeit des großen Bergarbeiterstreiks, in der die Zeitungen auf Grund der damals geltenden Notverordnung wegen irgendwelcher Kleinigkeiten verboten wurden. Zwar schwebte theoretisch über den Mitgliedern des Landesrates bei einem deutlichen Worte so ungefähr jede Strafe, die ein verstiegenes Gehirn

ersinnen konnte. Ja, Herr Kault war nach der Notverordnung sogar in der Lage, ein Mitglied des Landesrates im kleinen Saargebiet nach einem Deportationsörtchen zu verbannen. Aber das war Theorie. Wir wußten genau, daß er etwas derartiges nicht riskieren konnte, ohne daß sich der Völkerbundsrat, der seine Wiederernennung zu beschließen hatte, ihm die Quittung dafür gegeben hätte. Er wäre halt dann so viele Jahre früher ruhmlos nach Frankreich zurückgekehrt.

Nachdem der Einfluß des Landesrates, der in dieser Zeit ein außerordentlicher gewesen ist, nur auf der Kritik beruhte, gegen die das damals allmächtige Frankreich außerordentlich empfindlich war, so ist es natürlich, daß sie nur wirksam sein konnte, wenn sie von allen Parteien vollkommen einheitlich ausgeübt wurde. Diese Tatsache schloß die Notwendigkeit für die politischen Parteien in sich, für die Zeit des Abwehrkampfes gegen französische Annektionsgelüste Burgfriede zu halten. So lange sie dies taten, war der Erfolg da. Als die Einheitsfront der Parteien zerfiel und die Sozialdemokratie aus dem interparteilichen Ausschuss ausschied, mußte auch sofort der Einfluß des Landesrates Not leiden. Zu allen Zeiten hat der Landesrat in zähem Kampfe dann versucht, die Gesetzesvorlagen der Regierungskommission so weit zu verbessern, daß sie für die Saarbevölkerung wenigstens einigermaßen brauchbar würden. Denn die Arbeit, die aus der Gesetzgebungsfabrik der französischen Beamten der Regierungskommission herauskam, war vielfach derartig technisch unvollkommen, daß eine ordnungsmäßige Verwaltung mit diesem Handwerkszeug nicht möglich gewesen wäre.

Es waren kleine Erfolge, die auf solchem Wege erzielt werden konnten. Der Haupterfolg des Landesrates lag und wird immer liegen in der Vertretung der Interessen der Saarbevölkerung vor dem Völkerbundsrat. Mehr wie zwanzigmal sind die Delegationen in Genf, Paris und Rom gewesen, um dort bei den Tagungen des Völkerbundsrates die Forderungen der Saarbevölkerung zu stellen und zu verfechten.

Unzählige Denkschriften sind teils vom Landesrat, teils von den politischen Parteien an den Rat des Völkerbundes gerichtet worden. Ihr Erfolg wuchs, wenn dies auch nach außen hin nicht immer in Erscheinung trat, von Ratssitzung zu Ratssitzung. Wenn schließlich Herr Kault das Saargebiet hat verlassen müssen, so ist auch dies ein Erfolg der unermüdlichen und zielbewußten Arbeit des Landesrates, die erst eine spätere Zeit in vollem Umfange zu würdigen wissen wird.

### Die Saarbrücker Bürgerschaft an den Präsidenten Wilson:

#### Unser Wille zum Deutschen Reich.

Wir Einwohner des Stadt- und Landkreises Saarbrücken, eines rein deutschen Gebietes, erheben feierlichst Einspruch gegen das in verschiedenen französischen Zeitungen hervorgetretene Verlangen, uns von unserm Vaterlande zu trennen und uns Frankreich, einem uns innerlich völlig fremden Staate, einzuerleiben. Wir sind Deutsche nach Abstammung, Geschichte, Sprache und Gesinnung. Wir wollen auch jetzt in der Zeit des tiefsten Unglücks mit unseren deutschen Brüdern und Schwestern weitervereint bleiben. Neun Jahrhunderte hindurch war das Saarbrücker Land ein selbständiges, deutsches Fürstentum, es wurde 1801, zur Zeit der französischen Revolution, Frankreich einverleibt, kam aber durch den Pariser Kongreß 1815 wieder an Deutschland, und zwar an die preußische Rheinprovinz, entsprechend dem lebhaft und einmütig bekundeten Willen der Bürgerschaft von Saarbrücken

und St. Johann, der in dem anliegenden Beschlusse vom 11. Juli 1815 niedergelegt ist. Eine nochmalige Angliederung des Saarbrücker Gebietes an Frankreich würde unvereinbar sein mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson, die nicht nur von Deutschland, sondern auch von unseren Gegnern als Grundlage zu den Friedensverhandlungen angenommen worden sind. Wir bitten den Herrn Präsidenten und alle, die einen Frieden der Gerechtigkeit und der Versöhnung herbeiführen wollen, nicht zu dulden, daß wir von Deutschland losgerissen werden.

Saarbrücken, im Dezember 1918.

Im Auftrage von Tausenden wohlfähiger Einwohner des Stadt- und Landkreises Saarbrücken:  
(Es folgen die Unterschriften.)



## Saargebiet und Presse.

Von Richard Bojselt-Berlin (früher Saarbrücken).

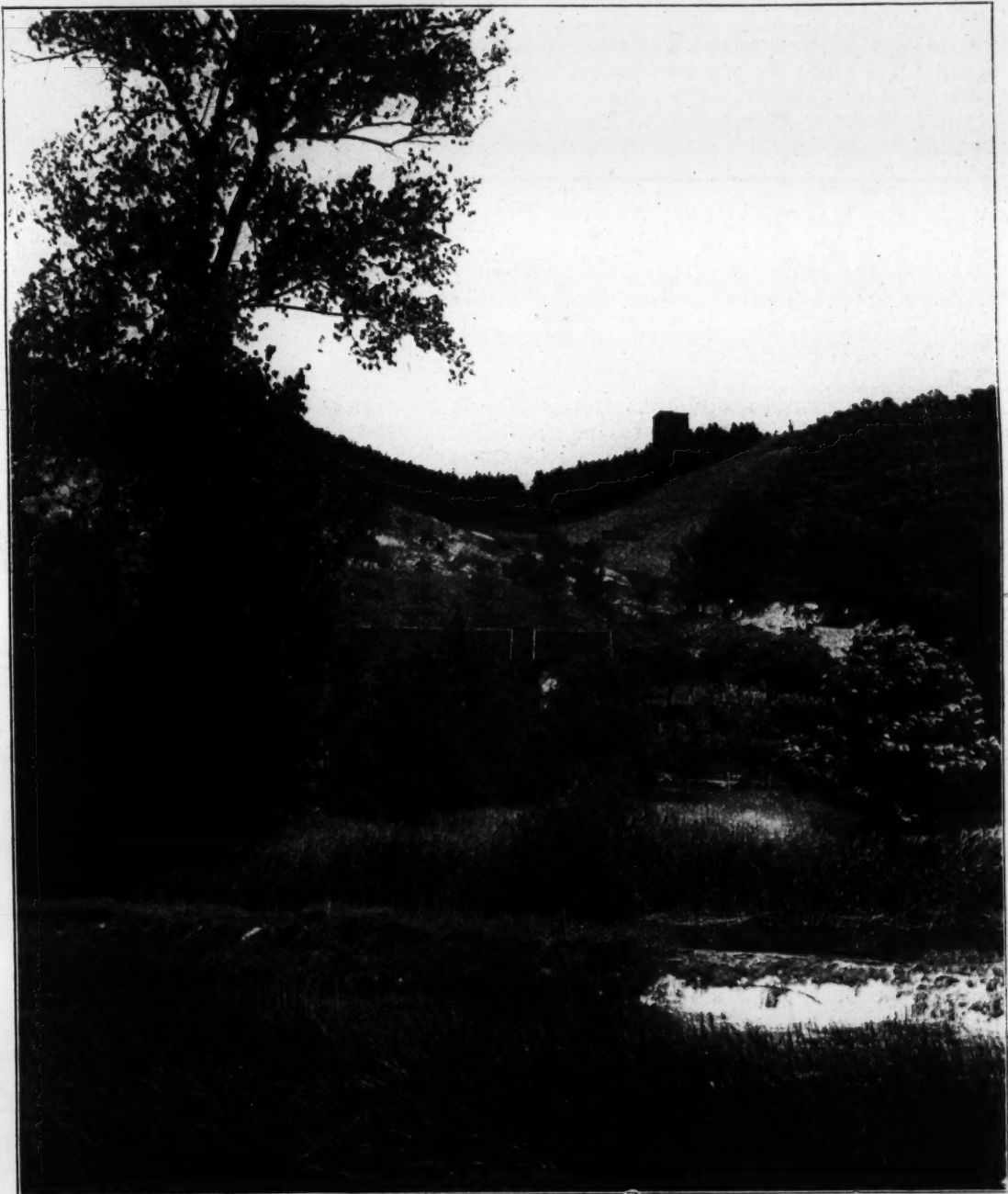
Ganz ehrlich gesprochen, es ist ein unerquickliches Thema, das hier behandelt werden soll. Soll ich ein hohes Lied der deutschen Presse singen, die unermüdlich den Kampf des deutschen Saarpvolkes immer wieder vorwärts getragen? Man weiß es schließlich auch in der deutschen Presse selbst, daß diese in der Saarfrage zumindest in den ersten Jahren nur zu sehr versagt hat, versagt hat in einer Weise, die viel böses Blut im Saargebiet weckte. Ich will aber nicht ungerecht sein; die Schuld liegt nicht allein bei der Presse des unbefetzten Gebietes. Es sprechen hier sehr viele Neben-umstände mit, die ihre Gründe teils in den gänzlich anormalen Verhältnissen nach dem Kriege, teils in bestimmten Mißverständnissen zwischen Saargebiet und unbefetztem Gebiet, teils in gewissen innerpolitischen Strömungen haben. Auch diplomatische, außenpolitische Gesichtspunkte und solche presse-politischer Art spielen hierbei eine Rolle.

Wie war die Lage? In Versailles stellte man ein Statut für das Saargebiet auf, wodurch das Saargebiet verwaltungspolitisch, zoll- und damit wirtschaftspolitisch vom übrigen Deutschland abgetrennt und einer landfremden Regierung unter französischer Vorherrschaft unterstellt wurde. Gleichwohl blieb aber das Saargebiet Bestandteil des Deutschen Reiches, seine Bevölkerung behielt die deutsche Staatsangehörigkeit und die deutschen Gesetze sollten im wesentlichen in Kraft bleiben. Diesem Regime, das mit Inkraftsetzung des Versailler Diktats auf das Saargebiet Anwendung fand, ging aber ein Militärregime mit dem ausgesprochenen Ziel der Annexion für Frankreich voraus. Durch den Ruhrkrieg erst hat die große deutsche Öffentlichkeit, hat das deutsche Volk überhaupt erst einen annähernden Begriff davon bekommen, was es mit einem solchen Annexionsregime auf sich hat.

Das Saargebiet war von Anfang der französischen Besatzung an in eine große Zahl französischer Spionagebezirke eingeteilt, innerhalb welchen jeder einzelne Bewohner, der nur in dem leisesten Verdacht der politischen Betätigung stand, ständig der Spitzelbewachung unterworfen war. Diese Persönlichkeiten — es waren ihrer viele tausend — konnten nicht einen Schritt über die Straße tun, ohne daß ein Agent ihnen unauffällig folgte, konnten keinen Brief der Post anvertrauen, der nicht durchschnüffelt wurde, kein Telefongespräch führen, das nicht belauscht wurde, keine Reise außerhalb des Saargebiets antreten — sofern sie überhaupt gestattet wurde —, ohne daß ihnen ein Spitzelschatten dahin folgte, usw.

Es leuchtet ein, daß unter solchen politischen Überwachungs- und Meinungsschnüffeleien die Presse des Saargebiets kaum noch Andeutungen von gewissen Vor-

gängen an der Saar veröffentlichen konnte, eine politische Meinungsäußerung über die Zustände im Saargebiet selbst war gänzlich ausgeschlossen. Ebenso erklärlich aber ist es, daß unter solchen Verhältnissen Nachrichten und Berichte, Stimmungsbilder usw. nicht in die deutsche Presse außerhalb des Saargebiets gelangen konnten, da diese die mehrfache Spitzel-Blockade um das Saargebiet hätten durchbrechen



Siersdorf mit der Siersburg.

Phot. Wenz-Saarbrücken.

müssen. Woher aber sollte die deutsche Presse ihre Informationen aus dem Saargebiet nehmen?

Zweifelloos erschienen auch damals Nachrichten über das Saargebiet in der deutschen und der ausländischen Presse. Sie waren fast ausschließlich französischen Ursprungs. Da die französische Politik schon immer auf dem Instrument der öffentlichen Meinung zu spielen, ihm ihre eigenen Noten unterzuschieben verstand, so ist es kaum überraschend, daß sie auch in der politischen Abteilung des Generalstabes der französischen Saararmee eine äußerst tätige Presseabteilung unterhielt, die regelmäßig der französischen Havasagentur in Mainz die Nachrichten und Informationen zustellte, die für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung in der Welt bestimmt waren.

Als dann aber allmählich doch vereinzelt Meldungen



über das Saargebiet in der deutschen Presse auftauchten, die offenbar aus dem Saargebiet selbst stammten und von den französischen Tendenzmeldungen erheblich abwichen, da wandte man auf französischer Seite ein geradezu teuflisches Verfahren an, um solche sachlichen deutschen Meldungen zu diskreditieren: man bediente sich gewisser Presseagenten, durch die man sensationelle Meldungen über das Saargebiet in die deutsche Presse lancierte. Es war dann natürlich den französischen amtlichen Stellen ein leichtes, solche absichtlichen Falschmeldungen zu dementieren. In Deutschland wie im Ausland hatte man damals keine Ahnung davon, daß diese bewußten Falschmeldungen aus genau derselben französischen Quelle stammten wie die darauf folgenden Dementis. Was beabsichtigte man mit dieser Methode? Man wollte auf diesem Wege alle deutschen Privatmeldungen über das Saargebiet als unzuverlässig, als unglaubwürdig kennzeichnen. Deutsche Nachrichtenbüros aber, soweit sie im Saargebiet oder im besetzten Gebiet vertreten waren, wagten die Verbreitung von politischen Nachrichten, sofern sie sich mit den Vorgängen im Saargebiet befaßten, nicht, da ihnen das bei Strafe sofortiger Schließung der Büros und Verhaftung bzw. Ausweisung der betr. Leiter verboten war. Ich sehe deutlich das mokante Lächeln gewisser „Politiker“, die solche Behauptung für nationalistische Macho erklären. Leider werden solche Tatsachen mit derart leichten Handbewegungen nicht aus der Welt geschafft.

Die deutsche und auch die Auslandspresse blieb somit auch bis auf weiteres auf die französischen Tendenznachrichten angewiesen. Da man natürlich auch in den deutschen Zeitungsredaktionen sehr wohl wußte, was mit diesen Nachrichten seitens Frankreichs beabsichtigt wurde, andererseits aber einwandfreies Material und Kontrollmöglichkeiten nicht vorhanden waren, so ließ man solche Nachrichten entweder ganz unberücksichtigt oder veröffentlichte sie unter Vorbehalt. Daraus erklärt sich die betrübliche und politisch beklagenswerte Tatsache, daß die deutsche Presse in den ersten Jahren nach dem Waffenstillstand nur mangelhaft und nicht immer mit der erwarteten Sachkenntnis über die Saarverhältnisse berichtet hat.

Es kommt weiter hinzu, daß das Saargebiet durch die Versailler Bestimmungen zu einer äußerst schwierigen und politisch wie staats- und völkerrechtlich durchaus ungeklärten Frage gestaltet wurde, — wohlgemerkt, absichtlich gestaltet wurde! —, das es nicht für jedermann ganz leicht war, zu den auftauchenden Nachrichten aus dem Saargebiet sachlich Stellung zu nehmen.

Man wird einwenden, daß mit Übernahme der Saarverwaltung durch die vom Völkerbund eingesetzte Regierungskommission doch alle die Meinungs- und Verkehrsfreiheit einengenden Maßnahmen gefallen seien, da es wohl selbstverständlich sei, daß im Völkerbundsland wirklich volle Freiheit sei. Wer so spricht, verschließt die Augen vor handgreiflichen Tatsachen. Selbst mit dem im April d. J. erfolgten Präsidentenwechsel an der Saar ist dort die volle Freiheit noch nicht eingeleitet. Die Maulkorbverordnung, die vor zwei Jahren im englischen Unterhaus Stürme der Entrüstung ausgelöst hat, wird auch heute noch aufrecht erhalten, obwohl an der Spitze der Saarregierung heute ein englischer Kanadier steht. Erst vor wenigen Wochen wurde von der Regierungskommission des Saargebiets wieder ein vierwöchiges Zeitungsverbot ausgesprochen und auch der „Saar-Freund“ bleibt nach wie vor im Lande des Völkerbundes verboten!

Damit kommen wir zu der Frage, ob die deutsche Presse in den späteren Jahren dem Saarproblem die Beachtung und die Sorgfalt gewidmet hat, die es aus nationalpolitischen und außenpolitischen Gründen erfordert. Wenn in den ersten Jahren die notwendigen Nachrichtenquellen für die deutsche Presse zweifellos gefehlt haben, so wurde das schon in dem Augenblick anders, als die ersten Massenausweisungen aus dem Saargebiet nicht nur im Saargebiet den trostigen Abwehrwillen stärkten, sondern als dann die Ausgewiesenen selbst im unbesetzten Deutschland für Aufklärung über das Saargebiet und für eine regelmäßige Nachrichtengebung aus dem Saargebiet sorgten. Der Saar-Verein trat ins Leben und bald mit ihm der „Saar-Freund“, deren erste Aufgabe es war, Wahrheit und Klarheit über das

Saargebiet zu verbreiten und auf die politischen Gefahren hinzuweisen, die aus der bisherigen systematischen politischen Abriegelung des Saargebietes von Deutschland entstehen mußten. Durch diese beiden Organe der Aufklärung wurde auch die deutsche Presse in Wort und Schrift über alles regelmäßig unterrichtet, was im Saargebiet vorging, welche Bestrebungen sich zeigten, welche Abwehrfront sich an der Saar aufgerichtet hatte usw. Von diesem Augenblick an gab es für die deutsche Presse keine Entschuldigung mehr, daß sie über die Saarverhältnisse nicht unterrichtet gewesen sei. An zuverlässigen Unterlagen, an gewissenhaften Berichterstattern und Mitarbeitern, an einwandfreien Nachrichtenquellen für die Saarfrage hat es der deutschen Presse seit reichlich vier Jahren nicht mehr gefehlt.

Dennoch ist die regelmäßige Behandlung der Saarfrage in der deutschen Presse nur ganz allmählich und auch nur unvollkommen, jedenfalls nicht immer sachgemäß und systematisch erfolgt. Während die führende deutsche Presse sonst in allen Winkeln der Erde „ständige eigene Korrespondenten“ unterhält und sich von diesen über die nebensächlichsten Begebenheiten und Verlautbarungen lange Telegramme, ausführliche Telephonate und kostspielige Kabelmeldungen übermitteln läßt — im Saargebiet ist diese selbe „führende“ deutsche Presse nur in ganz einzelnen Fällen und oft recht unzulänglich vertreten und bestimmte Korrespondenzmeldungen lehnt diese Presse mit der Begründung ab, daß sie nur „eigene“ Meldungen veröffentlicht. Hinzu kommen noch leidige parteipolitische Erwägungen, die es in vielen Fällen veranlassen, daß die Saarfrage in einer ganzen Reihe deutscher Parteiblätter nicht sachlich vom nationalpolitischen Gesichtspunkt, sondern eben nur von dem engherzigen parteidogmatischen Standpunkt aus beurteilt wird. Und mit Parteipolitik ist doch nun einmal die Saarfrage nicht zu lösen. Im Gegenteil, jedes Hineintragen von parteipolitischen Gesichtspunkten in die Saarpolemik muß dem Endziel des Saarkampfes, nämlich die hundertprozentige Deutschabstimmung des Saargebiets, schaden. Dieser Grundsatz kann durch keinen Einwand, von welcher Seite er auch gemacht werden mag, erschüttert werden. Er gilt für die Haltung der Parteien im Saargebiet genau so, wie für die Parteien im übrigen Deutschland, besonders auch für die Parteien in den deutschen Parlamenten. Wenn es aber in Deutschland einige Blätter gibt, die mit Fleiß der Saarfrage nur von dem kurzfristigen Parteistandpunkt nachzugehen suchen, dann muß man diesen jegliches Verständnis für die nationalpolitische Bedeutung der Saarfrage absprechen. Sie erfüllen dann aber auch ihre Mission als Träger und Verfechter der deutschen Gesamtinteressen nicht.

Bei dieser Gelegenheit soll auch ein Punkt erwähnt werden, der ohne Kenntnis des tieferen Grundes besonders in der saar-deutschen Öffentlichkeit verschiedentlich angeschnitten worden ist. Das ist die pressepolitische Behandlung der Saarfrage durch die zuständigen deutschen Stellen. Man vermißt von dieser Seite her die Anregung zu pressepolitischer Behandlung, wie man es sonst bei allen auftauchenden Fragen der Innen- und Außenpolitik gewöhnt ist. Gewiß sind einige frühere Versuche an der Verständnislosigkeit eines Teiles der Presse gescheitert; vielleicht hatte man damals der Presse auch auf einmal zuviel zugemutet. Das hätte trotzdem nicht an der Fortsetzung der Versuche hindern sollen. In andern Fällen hat man zweifellos den Fehler gemacht, daß man aus bestimmten außenpolitischen oder diplomatischen Gründen vor der Erörterung des einen oder anderen Punktes in der Saarfrage gewarnt und dann später vergessen hat, diese Warnung wieder aufzuheben.

Alle diese Einzelheiten zusammengetragen beantworten die Frage, weshalb auch heute noch das Saarproblem — das vom deutschen Standpunkt ein Problem gar nicht sein darf — in dem politischen Repertoire der deutschen Presse eine Wachenbrüdel-Stellung einnimmt. Dabei soll nicht vergessen werden, hervorzuheben, daß die deutsche Provinzpresse sich im allgemeinen mit der Saarfrage wesentlich vertrauter zeigt als die Berliner Presse im allgemeinen, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Wir wollen die Gründe für diese



auffallende Erscheinung hier nicht näher erörtern, für den Kenner der deutschen Presseverhältnisse sind sie naheliegend.

Zum Schluß noch ein Wort über den „Saar-Freund“. Seine Aufgabe wurde hier bereits angedeutet und im übrigen auch mehrfach dargelegt; sie ist im übrigen von selbst gegeben. Der „Saar-Freund“ will Helfer sein im Kampf um deutsches Land, deutsches Volk und deutsches Recht an der Saar. Er will Aufklärung bringen über das, was im Saargebiet vorgeht, was man von französischer Seite vor hat und über das, was sich an politischen, wirtschaftlichen und nationalen Veränderungen unter den Auswirkungen einer eigenartigen Anwendung des Völkerbündgedankens durch die Regierungskommission vollzieht. Für wen will und soll der „Saar-Freund“ diese Mitteilungen bringen? In erster Linie für die Mitglieder des Saar-Vereins in den einzelnen Ortsgruppen. Er will aber auch eine Materialquelle für die Presse und für interessierte Stellen sein. Im übrigen aber soll er das öffentliche Gewissen sein für alle, die sich in Fragen saardeutscher Politik betätigen. Als solches muß der „Saar-Freund“ unabhängig nach jeder Richtung und jeder Person gegenüber sein. Wo Fehler gemacht werden, müssen sie aufgezeigt werden, auch dort, wo sie von angeblich unfehlbaren Persönlichkeiten gemacht werden. Daß dies notwendig ist, hat der „Saar-Freund“ erst vor wenigen Wochen ohne Ansehen der Person gezeigt. Wir wissen es wohl, seine offene Sprache hat nicht immer und überall gefallen, das Recht der Kritik hat man ihm manchmal nicht zubilligen wollen, in anderen Fällen hat man versucht, ihm Form und Richtung der Kritik vorzuschreiben, wobei man sich nicht scheute, auf dem Wege über „obere Instanzen“ auf die Schriftleitung einzuwirken. Solche Mühe hätte man sich ersparen sollen und kann sie sich auch Zukunft schenken. Für die Haltung des „Saar-Freund“ sind rein sachliche, nationalpolitische Gesichtspunkte maßgebend, niemals aber persönliche oder einseitig wirtschaftliche. Daran wird sich nichts ändern, solange die bisher ausschlaggebenden Persönlichkeiten an der Spitze der Organisation und des Blattes stehen.

Auch im Saargebiet hat man lange Zeit dem Saarverein und dem „Saar-Freund“ ablehnend gegenüberstanden, in den wenigsten Fällen aus rein sachlichen Gründen. Persönliche und parteipolitische Gesichtspunkte waren hier ausschlaggebend. Man hat wohl auch gesagt, im Saargebiet wisse man am besten, was ihm ziemt, wo ihm der Schuh drückt. Die solche Ansichten äußerten, sind nicht immer konsequent geblieben. Einmal: wer leistet im unbefleckten Gebiet die Arbeit des Saarvereins und des „Saar-Freund“? Ausgewiesenen Saardeutsche! Warum wurden sie

ausgewiesen? Doch wohl nur deshalb, weil sie im Saargebiet zu einer Zeit, als es noch nicht ganz harmlos war, mannhaft den deutschen Standpunkt vertraten. Man hat sie ausgewiesen, weil sie der französischen Propaganda unbequem waren! Und diese Leute sollen nicht wissen, was dem Saargebiet frommt? Vielleicht wäre die Einheitsfront an der Saar niemals zerrissen worden, wenn sie nicht von französischer Seite durch die Ausweisungsvorbereitungen systematisch unterhöhlt worden wäre. Wenn nicht an die Stelle der Ausgewiesenen zum Teil Leute getreten wären, die weniger den Gedanken der Einheitsfront als den der parteipolitischen Zersplitterung vertraten. Will man denn ganz die ersten Monate und Jahre des Deutschtumskampfes an der Saar vergessen, wo man nicht so sehr die Person als die Sache in den Vordergrund stellte? Wenn es heute verschiedentlich in dieser Richtung anders geworden ist, so bedeutet das nicht, daß die Männer des ersten ernstesten Kampfes an der Saar nichts für deutsches Recht und deutsche Freiheit getan haben, wie es auch nicht bedeuten kann, daß sie falsche Wege gingen. Jedenfalls waren die Kritiker der Taten von damals und die kritischen Wortführer von heute in der damaligen Kampffront auf stark unterminiertem Kampffeld nur in den seltensten Fällen zu finden.

Aus diesen Darlegungen ergibt sich die Haltung des „Saar-Freund“, ergibt sich Aufgabe und Ziel: Unabhängig nach jeder Seite hin, uneinflussbar in seinem Urteil, ein uneigennütziger Mitkämpfer für die Deutscherhaltung, für die baldige Befreiung des allezeit deutschen Saargebiets! Wer will uns diesen Kampf wehren?

So sind diese Ausführungen teils Anklage, teils Kritik geworden. Wer sie nicht verträgt, beweist, daß er nicht in der Einheitsfront uneigennütziger Streiter um saardeutsche Freiheit, um deutsches Recht an der Saar steht. Wir ändern aber wollen unsern Weg weitergehen, uns nicht durch persönliche Verärgerungen die Mitarbeit verbittern lassen, aus berechtigter Kritik Nutzen ziehen zum besten unserer gemeinsamen Sache und uns geloben, dem Saarloch die Treue zu halten, worin es uns allen bisher ein so herrliches Vorbild gewesen ist.

Wenn wir unter solchen Erwägungen auch im neuen Bundesjahr an die Arbeit gehen, dann werden auch Saargebiet und Presse immer mehr in das gesunde Verhältnis kommen, das zum Besten des Saargebiets, zum Nutzen Deutschlands und zur Ehre der deutschen Presse erreicht werden muß!



## Saarländ.

Gedicht von Fr. Thamerus.

Gottes Erde weit und prächtig  
hat der schönen Stätten viel,  
aber keine, die so mächtig  
wie die Heimat mir gefiel.  
Wo ich auch mag gehn und wallen,  
immer wieder wird mir's klar:  
Nirgends kann's mir so gefallen  
wie daheim am Strand der Saar.

Nirgends rauscht der Wald so traulich  
wie daheim am Saaresstrand,  
Nirgends wallt der Fluß beschaulich,  
gern verweilend so durch's Land.  
Sanfte Höhen, lichte Weiten,  
Heldenmale in der Rund,  
und das Volk zu allen Zeiten  
treu und deutsch aus Herzensgrund!

Essen rauchen, Flammen streben  
auf zum Himmel Tag und Nacht.  
Wachte, stille Hände heben  
schwarze Schätze tief im Schacht.  
Wo das Auge hin mag schauen,  
grüßt die Arbeit schlicht und recht,  
denn in meiner Heimat Gauen  
wohnt ein fleißiges Geschlecht!

Gottes Erde weit und prächtig  
hat der schönen Stätten viel,  
aber eine nur bleibt mächtig  
ewig meiner Sehnsucht Ziel!  
Mag auch je das Schicksal treiben  
um die Welt mich wunderbar,  
immer wird mein Herz doch bleiben  
in der Heimat an der Saar!



# Wurzeln deutscher Kraft

## Saardeutsche Jugend.

Von Ludwig Bruch-Saarbrücken.

Als die überragende Rundgebung der Jahrtausendfeier die Saardeutschen zu einem Granitblock zusammenschloß und Stadt und Land in überwältigendem Schmucke prangten, da mag sich mancher angesichts dieser elementaren Volksregung unschlüssig gefragt haben, welche der Tausend und aber Tausend Einzelercheinungen wohl im Volksbewußtsein den tiefsten Eindruck hinterlassen möchten. Eine solche, alle

brüder Buben hatten sie in der Sonnenwendnacht auf dem Wipfel einer Pappel dort aufgepflanzt und stacheldrahtbewehrt. Und weiter im Land draußen, wo Schachtgerüst, Förderturm und Zechenhaus vom Fleiß saardeutscher Geschlechter künden, wo der Bergmann tagaus, tagein in die Tiefe der Erde steigt, da wallte der gleiche Schmuck vom höchsten Kamin im „Revier“ und frohlockte triumphierend



Mühle bei Bliessbolschen.

Phot. Wenz-Saarbrücken.

Schichten der Bevölkerung umfassende, gleich einer Naturgewalt aus dem Unwägbareren der Geschehnisse machtvoll hervorgetretene stählerne Willensregung, eine solche Einheit der Empfindungen mußte vorerst und vor allem das Gefühl einer imposanten Geschlossenheit erwecken, bei der auch der kleinste Teil für das Ganze seine volle Bedeutung habe. Ueber dem einzelnen stand die strahlende Klarheit des sittlichen Imperativs, der kein Wenn und Aber kennt, flutete der Lichtschein eines schicksalhaften Geschehens, das sich zum Guten vollendete. Und dann: für Einzelheit und Gesamtbild fehlt es an Maßstäben und Vergleichen.

War es aber nicht doch in uns so gewesen, als rege sich für ein Einzelbild in diesem farbigen nationalen Mosaik ein besonders beglückendes Gefühl der Befriedigung, als strömten die Tausende von Kräften mächtig und munter in jener zum Gipfel des Volkstums sprießenden wunderksamsten Kraft zusammen, die da heißt: d e u t s c h e J u g e n d?

Droben auf dem Reppersberg, dem höchsten Punkt Saarbrückens, an der Grenzscheide zwischen West und Ost, auf dem Eugensland inmitten der Hänge von Spichern und dem blühenden Bergkranz rechts der Saar wehte weithin sichtbar in den „verbotenen“ Farben eine Fahne. Saar-

ins Land hinaus. Ein Bergmannssohn, mit fargem Lohn gefettet an das Wohlwollen einer landfremden Bergherrschaft, hatte das Bauwerk buchstäblich als Bannerträger seiner Kameraden erstiegen! Waren das nicht mahnende Symbole, Zeugnisse und Zeichen? „Ueberjuchende Begeisterung“ sagten dazu die meisten; „Tollkühner Uebermut“ wenige; „Verhehlung“, „Dummejungen-Streiche“ schließlich jene, die in Verkennung der seelischen Werte eines Volkes doch ihre treibenden Kräfte waren.

Saardeutsche Jugend! Wer hat ihr seelisches Werden und Wachsen überhaupt erlebt? Wer hat es wissend und sehend miterlebt? Von den Schlachtfeldern des unseligen Krieges trug der Wind den Donner der Kanonen in ihr Ohr, die Geschwader feindlicher Flieger lehrten sie den Ernst des Kampfes. Dann sind die „Sieger“ an ihren Augen vorbei, Gegensätzlichkeit und Bitternis schaffend, mit schmetternden Clairons in ihre Heimat einmarschiert. Und nach all dem wühlte der Wehrtreue der Alten gegen ein fremdes Regententum naturgewollte Triebe auch in ihrer Seele auf. Der Streit um Freiheit, Vaterland und Recht. Was die Jugend in all diesen Jahren halb ahnend und im Bewußtsein wachsend mitbewegte und was sie mit inner-



licher und zwingender Notwendigkeit zu dem quellenden Born des Volkstums führte, das hat ihre Wesensart bestimmt und geformt, geglutet und geschweift und ihrem Tun und Lassen einen unverwischbaren Ausdruck verliehen. Und ehe man sich's versah, waren Buben und Mädchen zu Kämpfern und Streitern geworden.

Zu Kämpfern und Streitern? Niemand hat sie zu törichtem und sinnlosem Haß erzogen. Niemand hat ihre Seelen vergiftet und auf das Kampffeld der politischen Meinung gezeirt. Die Volkswiespalt und Weltwiespalt suchten, sind gottlob im Saartal ohne Gefolge, ohne Heerbann geblieben. Kämpfer wurden sie in höherem, edlerem und reinerem Sinne. Wie war es doch in ihrem Werden?

Ein Lesebuch, das das Wort „Deutschland“ nicht kennt, die lächerlich und schlecht erfundene „Lehre“, daß das Saarland in all seiner Begrenztheit ihr „Vaterland“ sei, der von „oben“ gewünschte naturwidrige Geist einer schulamtlichen Erziehung, darauf eingestellt, letzten Endes im Abstimmungsjahr einen politischen Effekt zu erzielen — in diesem Dunstkreis wuchs unsere Jugend heran, in Kampfstunden der Großen einem Spielball gleich hin- und hergeworfen. Es kam, wie es kommen mußte. Wägend und suchend zwischen Elterngelot und Elternlehre und dem Diktatwort „pädagogischer“ Verderber, die sich in tausendjährigem und tausendjähigem Kulturland vermaßen, die Jugend in einen seelischen Konflikt zu bringen, reifte in den Tagen, da in Stadt und Land die Fahnen des Vaterlandes flatterten, die vom fremden Spekulantentum zwar so nicht gewollte, aber verschuldete Entscheidung: „Wo stehst du, saardeutsche Jugend!“ — und sie fiel halb unbewußt, halb instinktiv nach der

Stimme des Herzens für das Erbgut der Väter gegen eine falsch verstandene und mißbrauchte Autorität, die kein Sittentum in sich trägt. Weil sich die Natur durch Berechnung und Spekulation nicht besiegen läßt, darum ist ihr Jugendgeist Kämpfergeist, Wahrgeist geworden!

Doch genug der seelischen Deutung. Schauen wir ringsum. Da spielt und springt und singt auf Saarlands Fluren unsere Jugend. Habt ihr sie, die Turn- und Sportvereine, Jugend- und Wanderbünde um ihre Banner scharen, schon einmal jubeln und singen gehört? Saht ihr sie auf den Berg Höhen in Ringeln und Reihen Volkstänze pflegen? Saht ihr sie, ein deutsches Lied auf den Lippen, mit Lauten und Klampfen den Wald durchziehen? Deutsch ist die Saar, deutsch immerdar! In diesem Zeichen wollen sie siegen! Sucht ihr Zeugnisse? Jugendtage der Turnerschaft, Sonnenwendfeiern, Wettkämpfe und Spiel sind flammende Äußerungen beginnender Erneuerung. Symbole für das neue Werden wie des Jungvolks „verbotene“ Aufmärsche an den Jahrtausendtagen. Und darum sagen wir hier an des Reiches Grenze: Wer das Große im Saarkolk erleben will, der erlebe seine Jugend. Eine Saat, reich und voll, ist aufgegangen. Blut drängt zum Blut, und wann und wo die Stunde kommt: wir können uns auf sie verlassen. Und wenn die Buben und Mädchen vielleicht einmal in einer neuen, besseren Zeit als gereifte Männer und Frauen einer versöhnten Welt aufrecht die Hände reichen, so wird es nur möglich gewesen sein, weil sie in schwerer Stunde das Vaterland und ihr eigenes Volk suchten und fanden.

## Das deutsche Lied an der Saar.

Von R. G.

Niemals sind sich die Saardeutschen ihrer deutschen Kultur inniger bewußt geworden als in dieser Zeit schwerer Gefährdung deutschen Volkstums in der äußersten Südwestmark unseres Reiches. Durch den Versailler Friedensvertrag der Herrschaft einer landfremden Völkerbundsregierung unterworfen, von den Volksgenossen durch eine künstlich geschaffene Grenze und beengende Zollschranken abgeschnürt, der bedrückenden Macht des heute im Saargebiet überwiegenden französischen Staats- und Privatkapitals ausgesetzt, haben die Saarländer nur aus der Tiefe ihres deutschen Kulturbewußtseins heraus jene starken geistigen und sittlichen Kräfte zu schöpfen vermocht, die sie befähigten, auch in den schwersten und stürmischsten Tagen der Nachkriegsjahre allen Lockungen und Drohungen welscher Verführungskunst zum Troß treu zu Volk und Reich zu stehen. Neben Schule und Kirche, neben Parteien und Gewerkschaften und der nicht geringen Widerstandskraft der deutschen kommunalen Selbstverwaltung haben vor allen Dingen die deutsche Turnerschaft und die deutsche Sängerschaft an der Saar sich unvergeßliche Verdienste im Kampfe um die Deutscherhaltung ihrer Heimat erworben.

Im Feuer der Not hat die übergroße Mehrzahl der musikalischen und liedpflegenden Vereine des Saargebietes den schon vor dem Kriege unter einem anderen Namen durch den Stadtverordneten Dr. Bretschneider gegründeten Saar-Sänger-Bund weiter ausgebaut als eine enge Kultur- und Volksgemeinschaft, die weit über den üblichen Aufgabenkreis unserer deutschen Sängerbünde hinausgreift. Hier gilt es nicht nur, das deutsche Lied, die deutsche Musik zu pflegen und zu fördern, sondern hier gilt es, die Volksgenossen ohne Unterschied der Konfession, der Partei und des Standes im Bannkreise edler Kunst und Geselligkeit zu brüderlicher Gemeinschaft zu vereinen und für den ermüdenden Kleinkampf des Tages zu erfrischen und zu stärken. Wie sehr diese Zielsetzung den Bedürfnissen des Saarlandes entgegenkam, und wie die verschiedenen Führer des Bundes ihre Aufgabe zu bewältigen verstanden, das beweist die schöne Entwicklung des Bundes, der heute in 21 Gauen rund 300 Vereine mit etwa 30 000 Mitgliedern umfaßt. Die geistigen,

politischen und wirtschaftlichen Führer des Saardeutstums, zum Teil Träger von Namen, die in der bewegten Geschichte des Saarlandes bereits früher ruhmvoll hervorgetreten sind, haben durch ihren Beitritt als Einzelmitglieder die nationale Bedeutung des Bundes öffentlich unterstrichen. „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern,“ ist das Leit- und Mahnwort, mit dem der Bund so an seine gewaltige Arbeit herantreten konnte.

Durch die entgegenkommende finanzielle Unterstützung eines hochherzigen Gönners und Förderers war es dem Bunde bald möglich, in Saarbrücken sein eigenes Sängereheim zu gründen, das nicht nur den Versammlungen des Bundesvorstandes und des dem Bunde angegliederten Musikausschusses den sehnlichst erwünschten Raum bot, sondern bald eine Sammelstätte der geselligen Veranstaltungen des gesamten Bundes wurde. Ueber das überaus rege Leben des Bundes, seiner Gauen und Vereine unterrichtet die Bundesmonatsschrift „Saar-Sängerbund“, die über die bloße Berichterstattung aus dem heimischen und deutschen Musikleben hinaus durch Beiträge namhafter Vertreter unserer musikalischen Kultur ihren großen Leserkreis mit dem Leben und den Werken der bedeutendsten deutschen Musiker der Gegenwart und der Vergangenheit vertraut macht und besonders auf wertvolle Männerchorliteratur hinweist. Dem Bestreben, nur wertvolle Choraliteratur den Vereinen zuzuführen und dadurch die früher besonders auf dem Lande vorherrschenden, minderwertigen, sentimentalen Chöre zu verdrängen, dienen die Liederblätter des Bundes, die heute bereits zu einer stattlichen Sammlung heranaewachsen sind und neben Saarliedern vor allem die besten Weisen unserer volkstümlichsten Tonseher zu billigem Preise den Bundesmitgliedern zur Verfügung stellen. Um diese Sammlung hat sich Otto Schrimpf besonders bemüht. Der Bund hat ihn seit mehreren Jahren mit dem Vorsitz im Musikausschuß beauftragt, einer durch Wahl auserlesenen Körperschaft von erfahrenen Chorleitern, welche die rein künstlerische Belange des Bundes mit seltener Umsicht und Tatkraft und einem feinen Verständnis zu wahren wissen. Durch Dirigentenkurse, von denen der Staatliche Deutsche Chormeisterkurs,



welcher Anfang Mai d. J. in Saarbrücken stattfand, wohl den größten Wirkungskreis hatte, suchte der Bund die fachliche Ausbildung seiner Vereinschormeister zu fördern und zu vervollkommen.

Die Konzerte, die auf einer Pfingstfahrt saardeutsche Sänger in der Reichshauptstadt unter ihrem um die Pflege des künstlerisch vollendeten Männerchorgesanges an der Saar seit Jahren so sehr verdienten Chormeisters Philipp Stilz gaben, sind auch den Sangesfreunden im Reich wieder einmal ein unvergeßlicher Beweis der reich entfalteten Blüte edler, saarländischer Sangeskunst.

Keine Not, keine Gefahr, kein Leid hat vermocht, das deutsche Lied an der Saar verstummen zu lassen. Den tiefen Schächten der stammes-

treuen Volksseele entquollen als Rinder unverrückbaren Glaubens und zuversichtlichen Mutes immer wieder neue Lieder voll stolzer Kraft, wie sie Philipp Stilz in seinem Buche „Sang von der Saar“, das als Glied einer Reihe volkstümlicher Heimatschriften im Verlag Gebr. Hofner zu Saarbrücken erschienen ist, sammelte. Siegesfroh wird der Born des deutschen Liedes an der Saar hinwegbrausen über die Schranken drangvoller Gegenwart zum großen Strome deutscher Kultur.

„Brüder! Das ist des Saarvolks Schwur:  
Deutsch bleiben Berge, Saar und Flur,  
Deutsch bleibt das Blut, das uns durchzieht,  
Und ewig deutsch des Saarlands Lied!“



Kreuzigungsgruppe bei der Kreuzkapelle in Bliestal.

Phot. Wenig-Saarbrücken.

## Wo liegt Saarbrücken?

Von Albert Zühlke.

Graf Alex war's von Wartensleben, als Reiter hoch geehrt,  
Der Garde Stolz, dem Becher hold und schneidig wie sein  
[Schwert.

Gar finster ist sein Blick und Sinn, er stößt sein Glas zurück:  
„Befehl von Sr. Majestät raubt Freude mir und Glück;  
Werd' Oberst fernab an der Saar — Dragonerregiment,  
Den Globus her, eilt Ordonnanz, Kreuzbombenelement!  
Wo ist die neue Garnison?“ Er sucht wohl kreuz und quer  
Und fingert an dem Globus rum und find't sie nimmermehr.  
„Ha, wo in der verrückten Welt, mir ahnt's, Gott sei's  
[geklagt,

Der Hund miaut, die Katze bellt, da sucht es mir und sagt  
— Der Teufel hol's, das walt' die Sucht, ich fall' gleich auf  
[den Rücken —

Wo liegt Saarbrücken?

Viel Briefe flattern ins Revier aus Gauen weit und breit,  
Wie füllen sie die Herzen tief mit herber Bitterkeit,  
Du alte Grenzwehr deutscher Art, was kränkt man dich so  
[schwer,

Sie wissen nichts von deinem Kampf und welschem heiß'  
[Begehr,

Sie suchen dich sogar „en France“, im Reichsland sicherlich.  
Im Bruderzwist, so wüßt und toll, wer denkt da noch an dich!

Und selbst ein Herr Professor — mich wurmt's wenn ich's  
[erwähne

Macht kriegerisch, da steht es schon „Saarbrücken en Lorraine!“  
Ist das der Dank, daß wir für euch im Sturm und Wetter  
[stehn,

Ihr solltet doch mit vollem Stolz auf eure Hochburg seh'n!  
Wo sind sie, die durch ihre Treu aufs neu den Adler schmücken?  
Wo liegt Saarbrücken?

Der Westmark Wacht, wir hielten sie und haben uns gewehrt,  
So oft auch fremder Uebermut sich gegen uns gekehrt.

Verheerend flog der Sturm durchs Land, das Herz blieb  
[unberührt,

Es hat durch allen Wettergraus uns deutscher Geist geführt.  
Ein Edelstein so hell und rein, echt deutschen Wesens ein  
[Kristall,

Durch hundertfaches Leid gestählt, ein einz'ger Männerwall,  
Wo jede Hand, die im Gebet sich fromm zu Gott erhebt,  
Doch nur ums liebe Vaterland und seine Freiheit bebt.

Wo kampferprobt ein deutscher Stamm um seine Scholle ringt,  
Und wo um manches Heldenmal das Lied der Freiheit klingt,  
Wo's unsern Feinden nie gelang und nimmermehr wird  
[glücken:

Da liegt Saarbrücken!

\* Aus dem in den nächsten Tagen erscheinenden Saarkalender 1927.



# Die Kohle in der Saarpolitik

## Der Saarbergbau unter der blau-weiß-roten Tricolore.

Von N. Schäfer.

Schon einmal, von 1793 bis 1815, wehte die Flagge der „grande Nation“ über den Kohlenfeldern an der Saar. Damals konnte sie sich allerdings nicht so stolz auf den Fördertürmen blähen wie heute, denn der Saarbergbau steckte noch in seinen Kinderschuhen und der französische Staat hat es auch damals nicht verstanden, die Saargruben unter seiner Flagge wesentlich zu entwickeln die stolze Entwicklungsperiode blieb erst der Verwaltung des preußischen Fiskus vorbehalten. Damals hatte die französische Staatsregierung sich zunächst außerstande gesehen, den Bergbau an der Saar rentabel zu gestalten und vermietete deshalb die Gruben an die Firma Equire, Paris, und erst gegen Ende ihrer Oberhoheitszeit im Saargebiet nahm sie dieselben wieder in Domänenverwaltung. Was wollte es heißen, daß die Förderziffer der entwicklungsfähigen Gruben in einer solchen Jahresreihe nur wenig größer war als bei der Uebernahme!

Und heute?

Nach dem Versailler Diktat war die „grande Nation“ ins Saargebiet eingezogen mit allen dieser Nation eigenen Charaktereigenschaften und Gepflogenheiten. Ihre erste Tat war in überheblichem Dünkel die blau-weiß-roten Farben auf die stolzen Fördergerüste und Gebäude zu pflanzen, die deutsche Technik und deutscher Gewerbesleiß errichtet. Eine Flut von sogenannten Fachleuten ergoß sich in das Land, und man nahm, die technisch auf der Höhe stehenden Gruben in Besitz. Die höheren preußischen Bergbeamten wurden sofort verdrängt — weil kein Franzose einem Deutschen unterstellt werden durfte. Die technischen Werksbeamten und Unterbeamten, ohne die es nun einmal nicht ging, suchte man durch — Versprechungen (allerdings mit Einwilligung der deutschen Verwaltung) zu halten. Den von der Kriegsnot arg mitgenommenen Arbeitern winkte man süßlich mit jedem Weißbrot und amerikanischem Speck.

Dann begann der Betrieb, der ein Kampf sein sollte, ein Kampf, verschieden in seiner Richtung und doch eins in seiner Zusammenwirkung und seinem Endziel. — Der Kampf um die Kohle und um — die Volksseele. Auf beiden Wegen stand dieser Kampf in demselben charakteristischen Zeichen: tastend unsicher zunächst, dann rücksichts- und strupellos. Die Ursache hierzu war zunächst Unkundigkeit des Objekts, dann aber auch vielfach Fachunkenntnis bis zur Naivität.

Was den technischen Betrieb selbst betraf, so setzte eine Arbeitsmethode ein, die beim fernstehenden Fachmann mißbilligendes Kopfschütteln, bei dem im Betrieb mitarbeitenden jedoch vielfach Entrüstung und Unlust zur Folge hatte.

Unpraktische, oft direkt unsinnige Arbeitsmethoden wandte man nicht selten an, widersinnige Anordnungen und Befehle vertrat man mit äußerster Starrköpfigkeit. Abbausysteme, die für die hiesigen Grubenverhältnisse direkt gegenständig wirken, wurden mit Konsequenz verallgemeinert. Ein blindwütiges Sparsystem, das mit kindlicher Lächerlichkeit durchgeführt wurde und oft an die drei Kerzen im Evangelium, mit denen ein Pfennig gesucht wird, erinnert, setzte ein. Daß diese Maßnahmen dem Saarbergland nicht zum

Segen gereichten und die Rentabilität hoben, ist ohne weiteres klar. Um diese Mängel ausgleichen zu können, d. h. Förderung zu halten oder, wenn möglich, noch zu steigern, griff man zu Kunstgriffen: Man baute vielfach nur die mächtigeren und deshalb ergiebigeren Flöze, man nahm sogar Sicherheitspfeiler, die bei der preußischen Verwaltung zur Sicherung von Ortschaften usw. stehengelassen waren, in Angriff. Unter diesen Umständen ist es nicht zu verwundern, wenn man von einem Raubbau redet.

Ein Raubbau aber wurde auch und wird noch heute an dem Menschenmaterial getrieben:

Die Betriebsbeamten, durch Versprechungen gelockt, um deren Innehaltung man sich jedoch nicht kümmerte, stieß man, nachdem man sie einigermaßen entbehren konnte und sie sich nicht willfährig zeigten, mit allerlei Finessen und Druckmitteln hinaus aus dem Betriebe. An ihrer Stelle nahm man „berühmt“ gewordene Micumleute in Masse auf. Der Arbeiter wurde systematisch in ein Ausbeutesystem schlimmster Art hineingetrieben; mehrere bittere Streiks, darunter ein dreimonatiger, reden von dem Aufbegehren der gedrückten Bergarbeitermassen. Und heute ist bei der Frankeninflation die Lebenshaltung der Beamten und Bergarbeiter in französischen Diensten auf ein Minimum herabgesunken, für das, trotz unablässiger Vorstellungen die französische Bergverwaltung kein Verständnis hat. Dasselbe gilt von der Sozial- und Knappschaftsgesetzgebung.

Der Kampf um die Volksseele setzte an verschiedenen Stellen an; seine Quellen jedoch lagen in der französischen Bergverwaltung, dort waren seine Operationsbasis, seine Stützpunkte. Unter Sanction der Saarregierung begann der Kampf um das Kind; die französischen Schulen wurden errichtet und namentlich Bergarbeiterkinder hineingelockt oder gedrückt.

Der Saarbund, dieses westliche orientierte Gebilde unter den Propagateuren Richert—Röcklin, mit dem Sitz auf der Bergwerksdirektion, setzte ein. Und in kurzer Zeit fand sich in diesem Bunde mit der harmlosen Parole „das Saarland den Saarländern“ eine gewissenlose Gesellschaft aller Schattierungen, vom gemeinen, bewußt raffinierten Vaterlandsverräter und dem ehrgeizlosen Egoisten, bis zum irregeleiteten Dummkopf. Diese Gesellschaft schluckte dann die mehr oder weniger großen Judasbissen, die ihnen die französische Bergwerksdirektion und ihre Unterorgane zuwarfen, im übrigen saßen sie nicht selten, mit niedergeschlagenen Augen sich gegenseitig die innere Scham verbergend, zusammen. Der gesunde deutsche Volksgeist an der Saar hatte bald die Ziele und Zwecke dieses Bundes erkannt, und mit beispielloser Zielsicherheit und Rücksichtslosigkeit nahm er den Abwehrkampf auf, und bald blieb der jämmerliche Rest dieser Gesellschaft beschämt auf der Strecke. Es ist anzunehmen, daß die französische Bergverwaltung und mit ihr der französische Staat, seine vergebliche Mühe um die deutsche Saarvolksseele eingesehen hat; jedoch seien wir auf der Hut: Noch weht die Blau-weiß-rote auf unsern Schachttürmen: Sei sie uns eine Mahnung: „Saarvolk wache!“



## Die Saargruben im Dienste der französischen Annexionsbestrebungen.

Von Verwaltungsdirektor Th. Vogel = Berlin.

Vor der Besetzung des linken Rheinufers durch die Franzosen infolge der französischen Revolution im Jahre 1793 gehörte das Saargebiet dem oberrheinischen Kreise des alten deutschen Reiches an. Der Einfall des französischen Revolutionsheeres vernichtete die Selbständigkeit der verschiedenen Landesteile des Saargebiets. Durch den Lunéviller Frieden wurde das Saargebiet der französischen Republik einverleibt. Der erste Pariser Friede beließ neben

gewinnung von den jeweiligen Landesherren wahrgenommen. Nachdem eine zeitlang Privatpersonen durch besondere Verträge der Kohलगewinn und Kohlenverkauf übertragen worden war, ließ in richtiger Erkenntnis der Sachlage, um einen regelrechten und wirtschaftlichen Bergbau anzubahnen, 1750 Fürst Wilhelm Heinrich von Nassau-Saarbrücken die sämtlichen Steinkohlengruben für landesherrliche Rechnung übernehmen. Damit begann für den Saarsteinkohlenbergbau ein neuer Abschnitt seiner Entwicklung, indem an Stelle der seitherigen planlosen Gräberei am Ausgehenden der Flöze nunmehr eine eigentlich bergmännische Gewinnung eingeleitet wurde, die dann nach und nach zu einer umfassenden Lösung der Flöze durch tiefe Stollen und zu einem mehr oder minder kunstgerechten Abbau führte.

Nach fast 22jähriger Dauer der mit großem Widerwillen ertragenen französischen Fremdherrschaft im Saarbrücker Lande brachte der zweite Pariser Frieden vom 20. November 1815 endlich dem ganzen Saarbrücker Lande die ersehnte Befreiung von der französischen Fremdherrschaft und damit zugleich die Ablösung des ganzen bis dahin bebauten Saarkohlenbeckens von Frankreich. Bei der in den Jahren 1815 und 1816 erfolgten Neuordnung der landesherrlichen Verhältnisse im Saargebiet fiel der weit überwiegende Teil des durch den Bergbau bisher aufgeschlossenen Kohlenbeckens an die Krone Preußens, ein kleines Stück an Bayern. Seit der Übernahme der Gruben hat die Preussische Verwaltung es sich angelegen sein lassen, den übernommenen Steinkohlenbergbau nach besten Kräften zu heben. Der Betrieb wurde durch allmähliche Einstellung der kleineren Gruben immer mehr und mehr zusammengezogen. Abbau und Förderungen erfuhren wesentliche Verbesserungen. Zur Hebung des Absatzes wurden die bestehenden Landstraßen ausgebaut und neue Abfuhrwege angelegt. Neben der Verbesserung des Grubenbetriebes war die preussische Verwaltung eifrig bemüht, den Kohlenabsatz zu verstärken und das Absatzgebiet zu erweitern. Einen hervorragenden Abschnitt in der Entwicklungsgeschichte des Saarbrücker Steinkohlenbergbaues und zugleich den Beginn einen früher kaum geahnten Aufschwunges desselben bildet die Eröffnung der das Grubengebiet durchschneidenden Saarbrücker Eisenbahn zu Anfang der 1850er Jahre.

So war immer eine gesunde Entwicklung zu verzeichnen bis zum Deutsch-Französischen Krieg 1870 bis 1871. Die in seinem Gefolge auftretenden Verkehrsstörungen konnten aber nur vorübergehend die Entwicklung des Saarbrücker Steinkohlenbergbaues unterbrechen.

Nach der Inangriffnahme der großen Tiefbauanlagen im Fischbachtale, sowie deren Anschluß an den Eisenbahnverkehr durch die Eröffnung der Fischbachtal-Eisenbahn (Saarbrücken-Neunkirchen) beginnt ein immer mächtigeres Emporblühen des Saarbrücker Steinkohlenbergbaues. Gegenüber dem Aufschwunge der Förderung war auch der technische Betrieb nicht zurückgeblieben. Die Gewinnungsarbeiten, die Einrichtungen zur Förderung, Wasserhaltung und Wetterführung hatten auf allen Gruben wesentliche Verbesserungen erfahren; neue Vorrichtungen und Maschinen mannigfachster Art wurden eingeführt. Auch die Arbeiterverhältnisse zeigten mit dem durch die Eisenbahn herbeigeführten Aufschwunge der Gruben gewaltige Veränderungen.

Bis zu der Uebergabe der früheren fiskalischen Saargruben an die Franzosen Ende November 1918 fand die Kohलगewinnung auf 30 selbständigen Grubenanlagen statt. Der Bergwerksdirektion in Saarbrücken waren außer den 12 Berginspektionen noch unter-



Herkulesbrunnen in Blieskafel.

Phot. Wenz-Saarbrücken.

Saarlouis noch den südlichsten Teil der ehemaligen Grafschaft Nassau-Saarbrücken mit der Stadt Saarbrücken selbst bei Frankreich, und erst das Jahr 1815 und der zweite Pariser Friede brachte für das Saargebiet Befreiung von der französischen Fremdherrschaft.

Der Steinkohlenbergbau ist der wichtigste Teil des wirtschaftlichen Lebens an der Saar. Die größte Bedeutung hat im Saargebiet der bisherige fiskalische Preussische Steinkohlenbergbau, dessen Berechtigungsfeld ursprünglich die Größe von 565,41 qkm hatte. Dieses Feld erfuhr im Jahre 1860 eine erhebliche Vergrößerung, so daß es jetzt ein Gebiet von 1109,23 qkm, und zwar den ganzen Stadt- und Landkreis Saarbrücken, den Hauptteil der Kreise Ottweiler und Saarlouis und außerdem noch Teile der Kreise St. Wendel und Merzig umfaßt.

Im allgemeinen wurde bis zur französischen Besetzung des Saargebiets in den Jahren 1793—1794 die Steinkohlen-



stellt die Bergfaktorei zu Saarbrücken, welche den Ankauf und die Anlieferung von Materialien und Geräten für die einzelnen Gruben besorgt, das mit dieser verbundene chemische Laboratorium, das Hafenamt Malstatt zu Saarbrücken, welches den Absatz der Kohlen zum Saarkanal regelt, die am 1. April 1908 gebildete Verwaltung der Kraft- und Wasserwerke und 1 Bergschule zu Saarbrücken nebst 4 Bergvorschuulen zu Louiſenthal, Sulzbach, Neunkirchen und Göttelborn, welche die Ausbildung der mittleren und oberen Werksbeamten des Gruben- und Maschinenfaches zur Aufgabe haben.

An der Hand der Zahlen für die Kohlenförderung und die beschäftigten Bergleute kann man am besten einen Ueberblick gewinnen, wie sich der Saarbergbau erst langsam, dann aber sehr schnell entwickelt hat.

Es betrug die Zahl der Bergleute

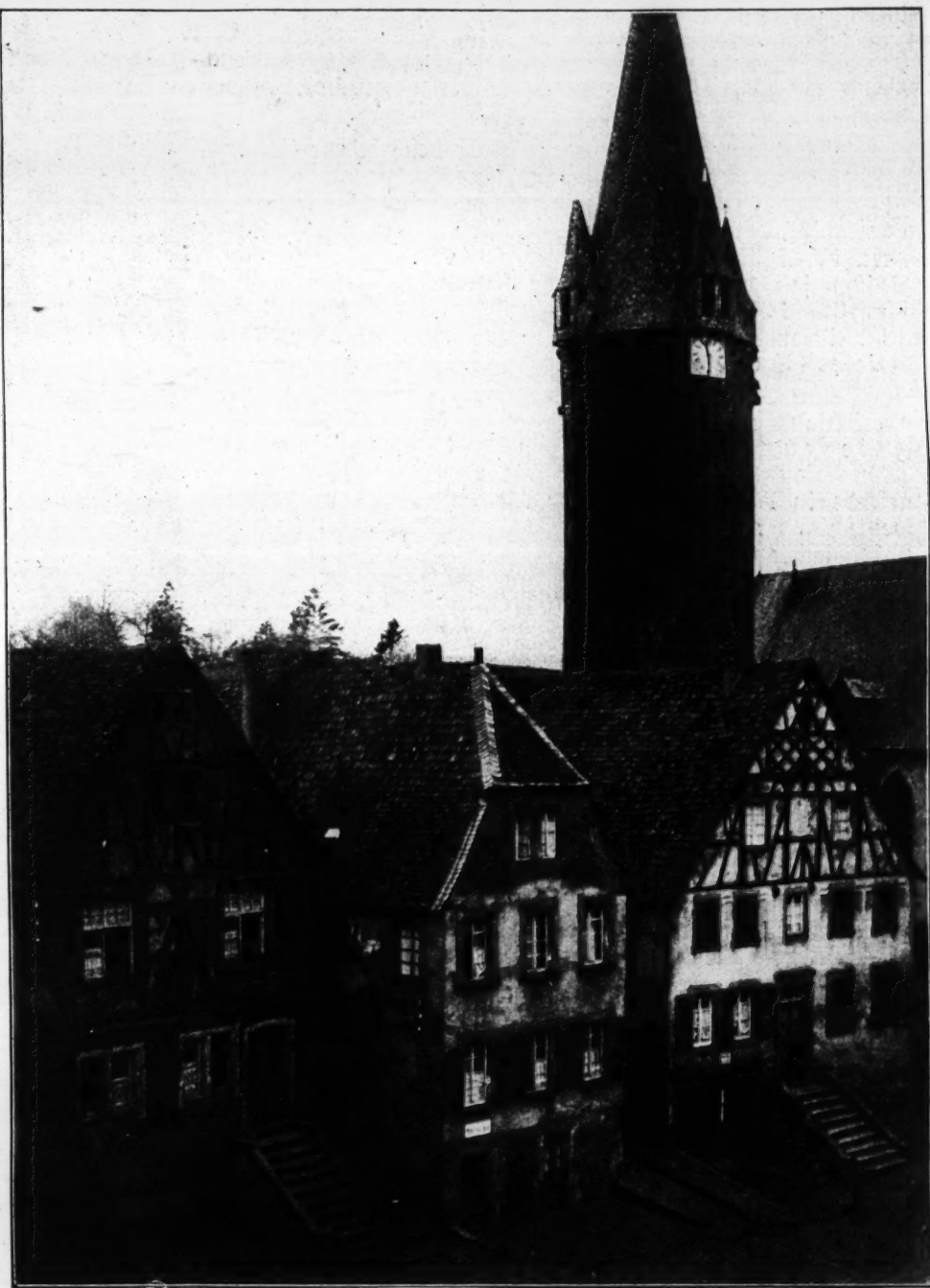
		Tonnen
1816:	917 Mann, die Förderg.	100 319
1850:	4 580 " " "	1 956 000
1870:	15 662 " " "	2 734 000
1880:	22 918 " " "	5 211 000
1890:	28 928 " " "	6 212 000
1900:	40 546 " " "	9 397 000

Im Jahre 1910 betrug die Zahl der Bergarbeiter 53 000 und die Jahresförderung 11 102 648 und im Jahre 1913, also vor dem Weltkriege, förderten 51 600 Bergleute 13 104 000 Tonnen Kohlen. Damals waren 80 Fördereschächte und 152 Wettereschächte im Betriebe. An Maschinen waren 2180 mit 114 684,3 PS im Betriebe. 385 Maschinen mit 18 679,8 PS wurden elektrisch betrieben. Der Anteil der Elektrizität war seit Jahren in starkem Wachsen begriffen. Die Erzeugung der elektrischen Energie erfolgt zum größten Teil in den Kraftwerken zu Heinitz und Louiſenthal. Bei dem der Verwaltung der Kraft- und Wasserwerke unterstellten Wasserwerk beim Hafenamt und bei dem Kraftwerk zu Louiſenthal befanden sich insgesamt 69 Maschinen mit 27 669 PS und 18 Dampfkessel mit 145 qm Rost- und 4919 Heizfläche. Zur Versorgung mit Betriebs- und Trinkwasser besaß der Bezirk 3 Wasserwerke, die zusammen 15 000 cbm Wasser täglich liefert.

Ein interessantes Kapitel bildet die soziale Fürsorge für die großen Arbeitermengen, auf welchem Gebiete die Bergwerksdirektion von jeher Vorbildliches geleistet hat. Die 52 000 Mann zählende Belegschaft besaß nach der letzten Volkszählung über 130 000 Angehörige. Der staatliche Steinkohlenbergbau an der Saar ernährte somit rund 180 000 Menschen. Die Arbeiterwohnungsfürsorge war eines der bedeutendsten Glieder in der Kette der Wohlfahrtseinrichtungen der Bergwerksdirektion zu Saarbrücken gewesen. Um für die auswärtigen Bergleute, die nur Sonntags nach Hause fuhren, das Kostgängerwesen möglichst einzuschränken, waren 38 Schlafhäuser mit 5164 Betten im Betrieb. Für nur 2 Mark monatlich erhielten hier die Bergleute Unterkunft einschließlich Bettzeug, Licht, Heizung, Reinigung und Warmwasser. Im Grubenbezirk bestanden 9 bergmännische Konsumvereine mit 46 Verkaufsstellen; der Umsatz belief sich auf 6—7 000 000 Mark. 6 Speiseanstalten, 33 Kaffeeküchen und 2 Molkereien gaben ihre Produkte zu billigen Preisen an die Bergleute ab. Vorhanden waren ferner 18 Industrieschulen, 92 Werkschulklassen und 23 Kleinkinderbewahranstalten.

Der Steinkohlenbergbau im bayerischen Teil des

Saargebietes muß ebenfalls erwähnt werden, da außer den bisherigen staatlichen und privaten preussischen Gruben (Grube Hostenbach) auch von sämtlichen früheren staatlichen und privaten bayerischen Gruben der französische Staat auf Grund des Friedensvertrages das volle und unbeschränkte Eigentum an den Grenzen des abgetrennten Saargebietes erworben hat. Es handelt sich hier um die beiden staatlichen Gruben St. Ingbert und Mittelberbach, sowie um die Privatsteinkohlengrube Frankenholtz, deren Entwicklung im großen Ganzen in dem



Aus Ottweiler.

Phot. Wenß-Saarbrücken.

Jahre 1815 ihren Anfang genommen hat. Die Grube St. Ingbert und Mittelberbach haben besonders nach 1850 eine gute Entwicklung genommen. Die Privatgrube Frankenholtz hatte dagegen in der ersten Zeit ihres Bestehens recht schwer zu kämpfen, so daß erst vom Jahre 1883 ab von einem eigentlichen Aufblühen gesprochen werden kann. Im Jahre 1913 hatte die staatliche Grube St. Ingbert 1505 Mann Belegschaft und eine Jahresförderung von 340 000 Tonnen, Mittelberbach eine Belegschaft von 744 Mann und eine Jahresförderung von 175 000 Tonnen; die Privatgrube Frankenholtz hatte in derselben Zeit über 4000 Mann Belegschaft und eine Jahresförderung von rund 950 000 Tonnen Kohlen. Im ganzen sind auf den zum bayerischen Teil des Saargebietes gehörigen Steinkohlengruben bis zu ihrem Uebergange an die französische Republik rund 20 Millionen Tonnen Steinkohlen gefördert worden.



Die Steinkohlenverfökung im Saargebiet hat für die verschiedenen Industriezweige, namentlich die Eisenindustrie, eine große Bedeutung.

Wie lange der Saarbrücker Steinkohlenbergbau bis zur Erschöpfung seiner Steinkohlenschätze noch wird bestehen können, darüber gibt eine 1906 angestellte Berechnung Auskunft. Die im bergfiskalischen preußischen Berechtigungsfelde anstehenden Kohlenmengen auf Flözen bis herab zu 70 cm Mächtigkeit ergaben danach bis zur Teufe von 1000 Metern einen Vorrat von 5 630 838 000 Tonnen, bis zur Teufe von 1500 Metern einen Vorrat von 9 412 800 000 Tonnen und bis zum Muldentiefsten einen Vorrat von 32 928 000 000 Tonnen. Die bis zu 1000 Metern anstehende Kohlenmenge allein würde bei einer Jahresförderung von 20 Millionen Tonnen noch über 200 Jahre reichen.

Dieser umfangreiche vorstehend beschriebene Apparat bildete den größten zusammenhängenden bergfiskalischen Grundbesitz im Deutschen Reich überhaupt. Er war sozusagen die Schule der gesamten preußischen Bergbeamten, deren Elite bis zu den höchsten Spitzen seit 100 Jahren daraus hervorgegangen ist. Wirtschaftlich leistete er im letzten Friedensjahre 1913 über 13 Millionen Tonnen Kohle und beschäftigte während des Krieges bis 60 000 Bergleute.

In dem nach der Novemberkatastrophe von 1918 Deutschland zur Unterzeichnung vorgelegten Versailler Friedensdiktat wurde in Art. 45 bestimmt, daß „Deutschland als Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich und als Anzahlung auf die von Deutschland geschuldete völlige Wiedergutmachung der Kriegsschäden das volle und unbeschränkte, völlig schulden- und lastenfreie Eigentum an den Kohlengruben im Saarbecken mit dem ausschließlichen Ausbeutungsrecht an Frankreich abtrete.“ Mit dem Tage der Ratifizierung des Friedensvertrages von Versailles, dem 10. Januar 1920, erfolgte demzufolge die Uebergabe der stolzen preußischen und bayerischen Staatsbergwerke an Frankreich, auf denen seitdem ständig die Tricolore weht.

Sämtliche höheren Staatsbergbeamten mußten ihre Posten bei der Bergwerksdirektion in Saarbrücken und auf den Berginspektionen verlassen, da eine Weiterbeschäftigung derselben unter französischem Regime nicht in Frage kam, mit Ausnahme eines einzigen Beamten, der zum Verräter an der deutschen Sache wurde und als heutiger Ingenieur divisionnaire von Franzosengnaden hiermit für alle Zeiten an den Pranger gestellt und der Verachtung jedes anständig denkenden Menschen ausgesetzt sein möge. Hinsichtlich der mittleren Beamten, also neben den Bürobeamten der Bergwerksdirektion in Saarbrücken und der Berginspektionen, insbesondere hinsichtlich des technischen Grubenpersonals, wie Obersteiger, Maschinenwerkmeister, Bauwerkmeister, Fahrsteiger, Steiger, Maschinensteiger, Bausteiger usw. wurde mit Frankreich vereinbart, daß dieselben unter Beurlaubung aus ihrem bisherigen Staatsdienst in ihren Stellen verbleiben und in französische Dienste eintreten könnten. Hiervon machten auch etwa 1500—1600 preußische Beamte, die mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse im Saargebiet mit großer Liebe und Fähigkeit an ihrer Heimatsholle hängen, Gebrauch, und es wurde für sie im Januar 1920 eine besondere „Dienstfakung für die deutschen Angestellten der französischen Verwaltung der Saarkohlengruben“ vereinbart.

Ihre neuen französischen Vorgesetzten standen den Verwaltungs- und Betriebsverhältnissen der an Frankreich gefallenen nunmehr von ihnen zu leitenden Gruben zunächst ziemlich rat- und hilflos gegenüber. In dem kerndeutschen Saargebiet vermochten sich die meisten von ihnen, die zunächst kein Wort Deutsch konnten oder verstanden, die misstrauisch und ängstlich nur gestützt auf die Bajonette der im Saargebiet unter Verstoß gegen den Friedensvertrag garnisonierenden Regimenter der Bevölkerung gegenüberstanden, nur schwer zurechtzufinden. Sie brauchten deshalb die zuverlässigen preußischen Beamten im Büro und Betrieb auf Schritt und Tritt, um so mehr, als eine große Zahl der nun-

mehr in der Verwaltung und Ausbeutung der Saargruben auftauchenden französischen Angestellten überhaupt keine im Bergbau aufgewachsene oder ausgebildete Männer, sondern bunt zusammengewürfelte Elemente waren, für die es nach der über das Saargebiet und seine Gruben in Paris gefallenen Entscheidung einfach hieß: „Heran an die Futtertrippe.“ Doch allmählich, stellenweise sogar ziemlich schnell, verstanden die neuen Herren sich den Verhältnissen anzupassen, insbesondere auch mit der deutschen Sprache etwas besser fertig zu werden. Da außerdem der Einfluß Frankreichs auf dem Kontinent, der 1919/1920 noch keineswegs ausschlaggebend war, infolge des politischen Fiaskos Englands auf allen Gebieten und des endgültigen Rückzuges Amerikas aus den europäischen Verhältnissen immer größer und damit der Wunsch Frankreichs auf endgültige Aneignung des Saargebietes, insbesondere seiner Kohlengruben, immer stärker wurde, so begann allmählich für die in Erwartung lokaler Behandlung in französische Dienste eingetretenen deutschen Bergbeamten und in gleicher Weise der französischen Willkür ausgelieferten Tausende von Bergleuten eine schwere Leidenszeit. Nachdem die französische Grubendirektion in Saarbrücken und die französischen Werkschefs auf den einzelnen Gruben mit ihrem Anhang sich im Sattel zurechtgesetzt hatten, wurde alles aufgeboten, um die Saargruben zum Hauptinstrument der französischen Annexionsbestrebungen zu machen, und den den Franzosen als Arbeitnehmer gegenüberstehenden Beamten und Bergleuten gegenüber hieß es bald: „Weß Brot ißt, deß Lied hab iß zuzingen.“

Zunächst verschrieb man sich für die Franzöisierungsbestrebungen im Saargebiet und insbesondere unter der gesamten Arbeitnehmerschaft der Saargruben den famosen Propagandamajor Richert, der als erster Generalstabschef mit der französischen Besatzung nach Saarbrücken gekommen war. Bald hatte dieser tüchtige Mann auf dem Triller in Saarbrücken, wo er seine Zelte aufschlug, sich mit seinem Hausnachbar angefreundet, dem pensionierten preußischen Einfahrer und nachmaligen Bergbauunternehmer Wilhelm Reinhard, wohnhaft in Saarbrücken I, Trillermweg 4. Hauptsächlich diese beiden „Ehrenmänner“ hoben mit französischer Unterstützung den „Saarbund“ aus der Taufe, Herr Wilhelm Reinhard insbesondere griff auch zur Feder und verfaßte eine besondere Broschüre „Saarländer und Saargebiet“, worin die Parole ausgegeben wurde: „Los von den hochmütigen Vertretern des Preuentums, die kein Recht auf das Saargebiet haben,“ „das Saargebiet den Saarländern“ usw. Dieser hochverräterische Saarseparatismus, der selbstverständlich nichts anderes bezweckte wie das Saargebiet rest- und bedingungslos an Frankreich anzugliedern, schoß im berühmten Separatistenjahre 1923 richtig ins Kraut. In diesem Schreckensjahre gelang es den französischen Drahtziehern, an vielen Orten unter der an Deutschlands Schicksal verzweifelnden Bevölkerung mit Erfolg für den Saarbund Propaganda zu machen und Ortsgruppen für denselben vielerorts im Saargebiet zu gründen, ferner zu den Landesratswahlen im Januar 1924 eine eigene Partei als „Saarländische Arbeitsgemeinschaft (Saarbund und saarländische Wirtschaftspartei)“ zu formieren, auf deren Wahlzetteln an 7. Stelle als Kandidat neben einigen Bergleuten und anderen „Vaterlandsfreunden“ der Steiger Friedrich Detemple aus Geislautern prangt, dessen Name hiermit auch für immer der dankbaren Nachwelt übergeben sein möge.

Leider fanden sich neben einer größeren Zahl schwacher Charaktere, die es immer gibt und die ihren Vorteil suchen, wo sie ihn finden, und neben kritiklosen Mitläufern, die sich keine Rechenschaft über die Folgen ihres Tuns gaben, eine Anzahl von Bergbeamten und Bergleuten, die durch ihren Eintritt in den Saarbund bewußt den Saarseparatismus und damit den Hochverrat an ihrem Vaterlande förderten. Schlauerweise gesellte man dem ausgesprochen politisch aufgezogenen Saarbund noch einen scheinbar harmloseren, nur „wirtschaftlich“ orientierten kleineren Bruder, den „Saarzentralverband der Bergbauangestellten und Beamten“, sowie „der technischen



und Bürogehilfen“ bei, der aber in Wirklichkeit, wie dokumentarisch belegt ist, nach seinen eigenen Erklärungen auf der Basis des Saarbundes aufgebaut und vollständig in dessen Fahrwasser gefahren ist. In letzterem wollte man die Gimpel einfangen, die nicht genug Courage oder noch genügend Anstand besaßen, um nicht unmittelbar in den Saarbund einzutreten.

Die organisierten Saarbündler und Saarzentralverbändler begannen alsbald den treu gebliebenen und die ganze hochverräterische Bewegung ablehnenden Beamten und Bergleuten das Ausharren in französischen Diensten in der schlimmsten Weise zu erschweren. Wenn auch gerne und deutlich hier anerkannt werden soll, daß ein Teil der französischen Grubeningenieure und sonstigen französischen Vorgesetzten dieses Treiben als illonal ablehnten

stets einen wesentlichen Teil der Beamtengehälter ausmachten und ihre Streichung häufig eine empfindliche Strafe für diejenigen darstellte, die sich den Saarbunds- bzw. Saarzentralverbandsbestrebungen nicht gefügig zeigten. Bald hatte auch der Saar separatismus sein eigenes Tageblatt in Gestalt des „Neuen Saar-Kurier“ unter Dr. Wilhelm Schöttlers „trefflicher Leitung“, dessen Abonnementsquittung bald offiziell als Mitgliedskarte zum Saarbund galt. Damit nicht genug hob man am 4. Dezember 1924 eine eigene „Wochenschrift für saarländische Politik“, den „Saarländer“, aus der Taufe, der in der Verunglimpfung alles Deutschen den „Nouveau Courrier de la Sarre“ noch zu übertrumpfen versuchte und sich eifrig der Interessen der separatistisch verfeuchten bergmännischen Bevölkerung und Beamten annahm.



Bliedastel zur Zeit der Blüte.

Phot. Wenz-Saarbrücken.

und die Bestrebungen des Saarbundes nicht unterstützten, so ist zu bemerken, daß dies doch nur die löblichen Ausnahmen waren, viele andere dagegen die Bestrebungen des Saarbundes und seiner Anhänger rücksichtslos förderten, zumal bei der an Schwäche grenzenden Zurückhaltung des Generaldirektors der französischen Gruben in Saarbrücken, des Herrn Deslignes selbst. So waren denn bald in den meisten Betrieben und bei der Direktion in Saarbrücken Zurücksetzungen, Kränkungen und gehaltliche Schädigungen der Nichtsaarbündler an der Tagesordnung. Es regnete persönliche Tadel, Verweise, Schichtenverletzungen, Strafversetzungen, Uebergehen bei Beförderungen usw. usw., kurzum es entwickelte sich ein ganzes System dienstlicher Quälereien, worin ja die Vertreter der Grande Nation von Natur aus so groß sind. Eine der übelsten Handhaben bildete dabei auch das Kapitel der Prämienstreichungen, dessen hier noch besonders gedacht sein möge. Das an sich schon sehr unerwünschte Prämienystem lebte in neuer Blüte auf, so daß die am Schlusse des Monats zu zahlenden Prämien

Was die loyal auf dem Boden der im Januar 1920 vereinbarten „Dienstfakung für die deutschen Angestellten der französischen Verwaltung der Saarkohlengruben“ stehenden, ihren Dienst pünktlich und ordnungsmäßig verrichtenden, aber dabei ihre ihnen im Versailler Friedensvertrag gewährleistete deutsche Gesinnung nicht verleugnenden deutschen Bergbeamten und Bergleute im Saarbergbau zum großen Teil unter ihren französischen Vorgesetzten zu erleiden und auszuhalten hatten, ist eines der traurigsten Kapitel aus der Geschichte des selbständigen Saargebietes seit seiner Erschaffung am 10. Januar 1920, aber zugleich ein einziger erhebender Heldensang von deutscher Treue, deutscher Tapferkeit und deutschem Mut gegenüber den schwierigsten Lebens- und Arbeitsverhältnissen und täglich sich auf-türmenden Berufsgefahren. An der unbeugsamen deutschen Treue von Belegschaft und Beamten-schaft der Saargruben sind Saarbund und Saarzentralverband zerschellt. Nachdem das famose Wochenblättchen „Der Saarländer“ schon am 26. September 1925 mit Nr. 38 des 2. Jahrganges sein Ende erreichte, stellte auch der „Neue Saar-Kurier“



am 30. Januar 1926 „vorläufig“ (!!) sein Erscheinen ein, nach den Worten der „Saarbrücker Landeszeitung“ vom 31. Januar 1926 „mit einem widrigen Gezeifer wie ein giftiges Reptil am Straßenrande verendend“.

Gegen seinen Verleger, den waderen Dr. Wilhelm Schöttler aus Neunkirchen-Saar, prangen seit dem 22. April im „Öffentlichen Anzeiger zum Amtsblatt der Regierungskommission des Saargebietes“ Nr. 16 und folgende Steckbriefe des Oberstaatsanwalts in Saarbrücken und des Amtsgerichts in Saarlouis wegen Vollstreckung empfindlicher Freiheitsstrafen. Richert, der berühmte Propagandamajor, verschwand sang- und klanglos aus dem Saargebiet. Und sein Hausnachbar und Spießgeselle Wilhelm Reinhard, der für den Judaslohn der französischen Konzessionierung des Betriebes der Grube Reissweiler-Labach an ihn sein Vaterland schmählich verriet, das ihm nach den gesetzlichen Bestimmungen lebenslang eine anständige Pension zahlen mußte? Am 24. Februar 1926 brach über sein Vermögen der Konkurs aus, bald darauf wurde seine schöne Villa in Saarbrücken, Trillerweg 4, wo vor knapp drei Jahren bei Wein und Champagner der Saarbund aus der Taufe gehoben worden war, zum Konkursverkauf gestellt, er selbst weilte angeblich im Schatten seiner geliebten Tricolore. Möchten so alle diejenigen enden, die zu Verrätern am deutschen Vaterland und unserer schönen Saarheimat werden, das ist unser aufrichtiger Wunsch.

Aber mehreren Hundert zuverlässig gebliebener preussischer Bergbeamten hat dieser Kampf gegen den Saarbund ihre Lebensstellung im Grubenbetrieb des Saargebietes, die ihnen von Jugend an lieb geworden war, gekostet, die anderen konnten nur unter schwersten persönlichen Opfern sich im Dienste halten. All diesen tapferen deutschen Männern gebührt unsere höchste Anerkennung, ihrer aller sei heute mit höchster Bewunderung gedacht zugleich mit dem Wunsche, daß die im Dienste Verbliebenen dort auch weiterhin als Bollwerk gegen die Französisierungsbestrebungen tapfer aushalten möchten, bis die hoffentlich schon nahegerückte Stunde der Befreiung schlagen wird.

Ein nicht minder großes Fiasko sollte Frankreich mit dem Versuche, die Saargruben in den Dienst der französischen Annexionsbestrebungen zu stellen, auch auf einem anderen Gebiet erleiden. Nach § 14 der Anlage hinter Art. 50 des Friedensvertrages von Versailles, dem sogen. Saarstatut, „kann der französische Staat jederzeit als Nebenanlagen der Gruben Volksschulen oder technische Schulen für das Grubenpersonal und die Kinder des Personals gründen und unterhalten und den Unterricht darin in französischer Sprache nach einem von ihm festgesetzten Lehrplan durch von ihm ausgebildete Lehrer erteilen lassen“. Dieses ausgezeichnete Annexionsmittel konnte sich Frankreich selbstverständlich nicht entgehen lassen und bald entstanden überall „écoles

françaises de l'Administration des Mines Domaniales françaises du Bassin de la Sarre“.

Auch hier gab es eine Reihe von Gesinnungslumpen, Schwächlingen und Mitläufern, die um eines besseren Fortkommens, Gehaltes oder um sonstiger Liebedienerei gegenüber den französischen Brotherren willen ihre Kinder in diese Schule schickten, wo dieselben weder richtig Deutsch noch Französisch, sondern überhaupt nichts lernten und zum großen Teil verwahrlosten. Auf tüchtigen Unterricht kam es ja auch nicht an, sondern darauf, die Kinder ihrem altangestammten Deutschtum zu entfremden. Indessen hat auch dieses Annexionsmittel gänzlich versagt. Nachdem sich die Saarbevölkerung, deutschgesinnte Lehrerschaft und Geistlichkeit zum einhelligen Abwehrkampf zusammengefunden und die bergmännische Bevölkerung und Beamenschaft trotz aller echtfranzösischen Nötigungsversuche, abgesehen von einigen traurigen Außenseitern ablehnend verhalten hatte, führen die französischen Grubenschulen heute nur noch ein ganz kümmerliches Schattendasein, das keinen ausschlaggebenden Einfluß mehr auf Bildung und Gesinnung des deutschen Bevölkerungsnachwuchses im Saargebiet hat.

Dennoch wäre es durchaus irrig zu glauben, daß Frankreich bzw. bestimmte französische Kreise, die daran ein brennendes Interesse haben, den Gedanken aufgegeben hätten, die Saargruben als wichtigstes Instrument der französischen Annexionsbestrebungen weiterhin zu benutzen. Dies beweist schon der Umstand, daß an die Stelle der „Wochenschrift für saarländische Politik: „Der Saarländer“ nach dessen Ende am 26. September 1925 bereits am 15. Oktober 1925 Nr. 1 des ersten Jahrganges des „Grubenlichtes“ getreten ist, des Organs des „Berufsverbandes der saarländischen Bergbauangestellten (Bedfab) in Saarbrücken“, eines von dem früheren Micumsteiger Josef Adermann neu gegründeten Verbandes, der die nach dem Weggang der französischen Grubenkontrolle im Ruhrgebiet in das Saargebiet verpflanzten sogenannten „Micum“-Steiger und andere Elemente umfaßt, die nach wie vor glauben daran gut zu tun, wenn sie im Saargebiet auf ihre Fahnen: Los von Preußen-Deutschland schreiben.

Inwieweit hierin eine ernste Gefahr für das Saargebiet noch weiterhin bestehen wird, oder ob die Angehörigen dieses Verbandes mit der Zeit vielleicht gegenüber den Bestrebungen ihrer Arbeitgeber zur Vernunft kommen und ihre wahren, einzig und allein bei Deutschland liegenden Interessen erkennen werden, muß noch der Zukunft überlassen bleiben. Jedenfalls heißt es ständig alle Bestrebungen Frankreichs, das größte industrielle Unternehmen des Saargebietes, die ihm nun einmal vorerst nach dem Friedensvertrag von Versailles zu Eigentum zugefallenen Saargruben in den Dienst seiner Annexionsbestrebungen zu stellen, aufmerksam zu überwachen und im Interesse der deutschen Sache auf das Rücksichtsloseste zu bekämpfen.

Zur Mitarbeit an dieser großen Sache seien alle guten Deutschen und Brüder an der Saar hiermit aufgerufen!

## Saarland.

Arm war dies Land, und fremder Krieger Horden  
Zertraten es nach Willkür und Behagen,  
Und manchmal träumt es noch aus jenen Tagen  
Brandfackeln, Sturmgeläut und wildes Morden.

Dann aber ist es stolz und stark geworden  
Durch deutsche Kraft und hochgemutes Wagen;  
Es sang in Hüttenwerk und Schachtanlagen  
Der Arbeit Lied mit brausenden Akkorden.

Und heute? In der Straßen Lichterschein  
Siehst du ein fremdes, aufgeschminktes Treiben  
Und lächelst leise, ohne zu erbittern:

Die wollen Holz vom deutschen Stamme splintern?  
Die mühten selbst von anderm Holze sein.  
Dies Land ist deutsches Land und wird es bleiben.

(Saarkalender 1925.)



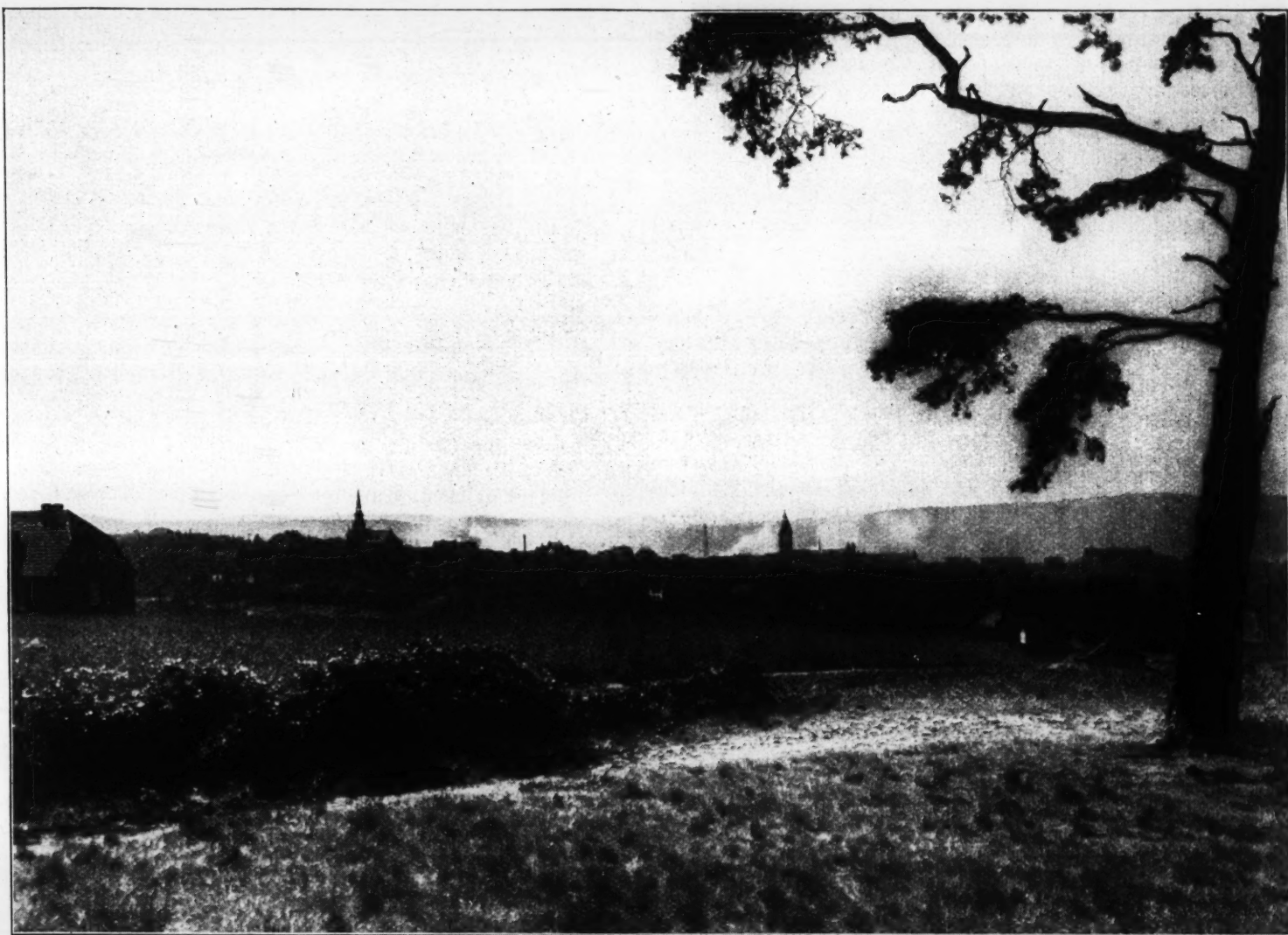
# Saarwirtschaft und Politik

## Die Bedeutung der wirtschaftlichen Interessenvertretungen im Kampf um das Saargebiet.

Von Dr. M. Schlenker = Düsseldorf.

Der im November 1918 erfolgte Einmarsch der Franzosen in das Saargebiet trug eine völlig zermürbte, seelisch erschütterte Bevölkerung. Abgesehen von den niederdrückenden Empfindungen, die die Erkenntnis des verlorenen

der gebotenen Vorsicht geführt werden mußte, so beseelte doch bald einheitlicher Abwehrwille die gesamte Saarbevölkerung. Erfahrungsgemäß sind nun aber immer — um einer vielköpfigen Bevölkerung Ziel



Blick auf Neunkirchen.

Phot. Wenk, Saarbrücken.

Krieges auslösen mußte, hatte gerade die Bevölkerung des Saargebietes in den dem Zusammenbruch vorausgegangenen Monaten besonders Schweres zu erdulden gehabt. Zu der qualvollen Sorge um den Kriegsausgang überhaupt gesellten sich in den letzten Monaten vor dem Zusammenbruch neben der Not um die Beschaffung der notwendigsten Lebensmittel vor allem ständige Fliegerangriffe, die die Bevölkerung bei Tag und Nacht nicht zur verdienten Ruhe gelangen ließen.

Aber der müde und abgehezte Zustand der gesamten Saarbevölkerung machte in dem Augenblick unter Aufpeitschung der letzten Kräfte einer gewissen Hellhörigkeit und einem starken Willen zur Abwehr Platz, in dem sich die Absicht Frankreichs abzeichnete, das Saargebiet vom deutschen Vaterlande zu trennen. Wenn auch zunächst durch die Gewaltmaßnahmen der französischen Militärherrschaft, durch die rücksichtslos unheimliche Elemente ausgewiesen wurden, der Abwehrkampf nicht in zu aggressiven Formen, sondern mit

und Richtung zu geben — Führerpersönlichkeiten notwendig, die in dem Streben, einheitliche Linien und Auffassungen herauszuarbeiten, nicht erlahmen.

Es ist mir in diesem Zusammenhang vor allem ein Bedürfnis, rückschauend mit gewisser Bewegung auszusprechen, daß die Saarbevölkerung, die ja zum weitaus überwiegenden Teil sich aus Arbeitern zusammensetzt, insofern Glück hatte, als die maßgebenden Führer der Arbeiterschaft — unbekümmert um die Parteizugehörigkeit — sich an nationalen Empfindungen von niemandem über treffen ließen. Die Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum und damit zum deutschen Vaterlande wurde von den gewerkschaftlichen Führern der verschiedenen Parteien nicht nur in vorbildlicher Weise selbst empfunden, die betreffenden Männer — ich will davon absehen, Namen zu nennen — schlangen sich in der Not der Stunde auch sofort zu klärenden Führern der Arbeiterschaft in bewußt deutschem Sinne auf. Aber auch die übrigen Berufsvertretungen



waren sich von Anfang an ihrer besonderen Pflichten bewußt. Ueberaus reichhaltige Unterlagen über die verdienstvolle Tätigkeit, die namentlich die Handelskammer zu Saarbrücken zu entfalten vermochte, finden sich in den Akten dieser Körperschaft, die mir aber im Augenblick nicht zugänglich sind. Ich muß mich daher darauf beschränken, aus der Erinnerung wenigstens die wesentlichsten Bemühungen wiederzugeben. In der ersten Zeit der Besetzung handelte es sich vor allem darum, die Betriebe in Gang zu halten und damit die drohende Arbeitslosigkeit zu verhindern. Die befriedigende Versorgung der Hütten im Saargebiet mit den erforderlichen Erzmengen sowohl wie auch mit dem notwendigen Brennstoff bereitete erhebliche Schwierigkeiten. Aber auch sonst fehlten notwendige Hilfsstoffe, deren Beschaffung eine dringliche Sorge sein mußte, wenn die Stilllegung der Hüttenwerke trotz gelöster Erz- und Kohlenfrage nicht doch noch eintreten sollte. Um Weihnachten 1924 mußte die Handelskammer zur Abwendung der größten Not in Paris Gasmaschinenöl und auch wichtiges Zusatzmaterial, wie Manganeisen, kaufen, die in besonderen Zügen unter militärischer Bewachung nach dem Saargebiet rollten.

Kritische Aufgaben hatte auch der Arbeitgeberverband der Saarindustrie zu lösen. Zwar war in Anlehnung an die große Arbeitsgemeinschaft im Reich, in der sich Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammengefünden hatten, auch im Saargebiet eine besondere „Arbeitsgemeinschaft“ ins Leben gerufen worden. Der Kampf um den 8-Stundentag, der im übrigen deutschen Vaterland durch eine besondere Verordnung der Volksbeauftragten bereits im Sinne der Einführung des 8-Stundentags entschieden war, erhitzte im Saargebiet die Gemüter teilweise außerordentlich. Die Militärverwaltung, die es in einer von ihrem Standpunkt durchaus verständlichen Taktik vermeiden wollte, es mit den Arbeitgebern oder mit den Arbeitnehmern zu verderben, umging eine klare Entscheidung. Nach langen Verhandlungen, auf die im einzelnen nicht eingegangen werden soll, entschlossen sich die Arbeitgeber, freiwillig ihren Arbeitern ebenfalls den 8-Stundentag zu bewilligen. Nunmehr griff die Militärverwaltung ein, da ihr diese Entscheidung mit Rücksicht auf die Grubenverwaltung sowohl wie auch auf das benachbarte Lothringen durchaus unerwünscht war und versuchte, den 8-Stundentag zu verbieten. Die Dinge waren aber schon zu weit gediehen. Trotz der zum Teil einschneidenden Maßnahmen, zu denen sich die Militärverwaltung entschloß, wurde das den Arbeitern freiwillig von den Arbeitgebern zugestandene Geschenk des 8-Stundentags durchgeführt.

Neue, ganz anders geartete Aufgaben wuchsen der Handelskammer nach dem 10. Januar 1920 im Zusammenhang mit der Errichtung der Zollgrenze zu. Die Währungszerüttung in Deutschland zwang nicht nur zur Aufrechterhaltung, sondern zur zunehmenden Verschärfung der sogenannten „Außenhandelskontrolle“. Mit der Errichtung der Zollgrenze war nun aber das Saargebiet trotz der Bestimmungen des Versailler Vertrages, nach denen noch bis zum 10. Januar 1925 der zollfreie Warenverkehr zugestanden war, Zollausland geworden. Die deutsche Regierung hatte vor allem ein Interesse daran, nicht durch das Saargebiet, das vornehmlich unter der Bezeichnung „Loch im Westen“ gemeint war, sich seine ganze Außenhandelskontrolle zer schlagen zu lassen. Nach unendlich mühevollen Versuchen, die vorübergehend zur Einrichtung einer besonderen Zweigstelle der Handelskammer in Berlin geführt hatten, gelang es schließlich, durch die Schaffung des „Delegierten des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr“ wenigstens im wesentlichen aus den Schwierigkeiten des Warenverkehrs herauszukommen. Neue Fraktionen ergaben sich dann wieder bei der Einrichtung des Amtes in Ems sowohl wie auch bei der späteren Durchführung des Ruhrkampfes. Rückschauend läßt sich aber feststellen, daß die Handelskammer Saarbrücken in einer wirklich aufopfernden und vor allem auch erfolgreichen Weise sich bemüht hat, die der Aufrechterhaltung des deutsch-saarländischen Warenverkehrs und umgekehrt entgegenstehenden

Schwierigkeiten durch geeignete Maßnahmen zu überwinden.

Neben dieser ganz neuartigen Tätigkeit, die die Handelskammer zwang, ihren Beamtenkörper, der im Frieden sich auf insgesamt 10 Beamte und Angestellte erstreckte, zeitweilig auf 200 Angestellte und darüber hinaus auszudehnen, vollzog sich der Abwehrkampf gegen die Einführung des Franken, deren wesentlichster Träger wiederum die Handelskammer bzw. der mit ihr in gemeinsamer Geschäftsführung verbundene „Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen im Saargebiet“ war. Es verdient, in der Geschichte des Saargebiets festgehalten zu werden, mit welcher Zähigkeit gerade die der Handelskammer und dem Verein zur Wahrung nahestehenden Wirtschaftskreise sich gegen die Erweiterung des Frankenumlaufs und schließlich gegen die endgültige Einführung der Frankenswährung gestemmt haben. Es würde im Rahmen des kurzen hier zur Verfügung gestellten Raumes zu weit führen, diesen Abwehrkampf in seinen einzelnen Phasen zu kennzeichnen. Gerade im Hinblick auf die verderbliche Frankeninflation, unter der jetzt die breiten Volksschichten im Saargebiet zu leiden haben, verdient aber die Tatsache Erwähnung, daß die Handelskammer und der Wirtschaftliche Verein immer und immer wieder mit größter Eindringlichkeit darauf verwiesen, daß — wenn ein Währungswechsel sich als unumgänglich erweise — unter allen Umständen die Verknüpfung mit dem franken französischen Franken vermieden werden müsse. Aus dem Kampf um die Währung in Verbindung mit sonstigen Erscheinungen, die den Beweis dafür erbrachten, daß die Regierungskommission des Saargebiets im Gegensatz zu dem ihr erteilten Auftrag das Saargebiet in durchaus einseitiger französischer Tendenz verwaltete, erwuchs aus der Handelskammer heraus der Entschluß, durch eine besondere Abordnung in Genf die Beschlüsse der Bevölkerung vortragen zu lassen. Es waren zunächst nicht die politischen Parteien, die die nun zu einer regelmäßigen Übung gewordene „Abordnung nach Genf“ entsandten, der Ausgangspunkt zu dem Offensiv-Geist, der mit Genf erwachte, wie auch die erste Abordnung selbst liegt allein bei der Handelskammer zu Saarbrücken verankert.

Mit der Gründung der französisch-saarländischen Handelskammer erwuchs namentlich bei den hochgehenden Wogen des Ruhrkampfes der Handelskammer Saarbrücken eine gewisse Gefahr. Wenn sie auch in ihrer Eigenschaft als amtliche Vertretung von Handel und Industrie des Saargebiets bemüht war, die ihr anvertrauten Interessen aller saarländischen Firmen in gleicher Weise wahrzunehmen, ließen sich unter den überaus komplizierten und schwierigen Verhältnissen im Saargebiet Reibungen mit der Regierungskommission naturgemäß nicht vermeiden. Es muß aber gerechterweise anerkannt werden, daß der Generalsekretär der Regierungskommission, in dessen Händen vorzugsweise die Pflege der Beziehungen zur Handelskammer als der amtlichen Vertretung lagen, Verständnis für die sehr schwierige Lage der Handelskammer befandete, die ihrem ganzen Empfinden und ihrer ganzen Auffassung nach einmal die „deutsche“ Handelskammer, gleichzeitig aber auch als amtliche Vertretung das „gutachtliche Mitwirkungsorgan der Saarregierung“ und damit mittelbare Staatsbehörde war. Vorwiegend der Gedanke an diese außerordentlich schwierige Konstruktion war es, der dazu führte, den Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Saargebiet in eine Form zu bringen, die es ermöglichte, eigentlich jede wirtschaftliche Regung im Saargebiet in diesen Verein einmünden zu lassen.

Es mußte in Zeiten starker politischer Erregungszustände immer damit gerechnet werden, daß die Handelskammer — wenigstens in der übernommenen Form — sich nicht mehr länger aufrecht erhalten ließe. Für einen solchen Fall mußte die Gewähr dafür bestehen, trotzdem eine geschlossene und einheitliche Vertretung der saarländischen Wirtschaft zur Verfügung zu haben. Dieses Ziel wurde durch den stark durchgeführten



Ausbau des Vereins zur Wahrung erreicht. Im Verein zur Wahrung, der bis zum Jahre 1920 etwa 80 Einzel-firmen umfaßt haben dürfte, sind heute allein neben einer großen Zahl von Einzelfirmen nahezu 40 wirtschaftliche Fachverbände des Saargebietes zusammengefaßt, die nahezu 6000 Mitglieder zählen dürften. Da auch der sehr rührige und für die Belange des Einzelhandels maßgebende Schutzverein für Handel und Gewerbe dem Verein zur Wahrung — wenn auch mit selbständiger Geschäftsführung — angeschlossen ist, umfaßt der Verein zur Wahrung eigentlich jede wirtschaftliche Betätigungsform, die es im Saargebiet überhaupt gibt. Damit war eine einheitliche Stütz-kraft der gesamten Saarwirtschaft auch für

den da und dort drohenden Fall einer Beseitigung der Handelskammer gegeben.

Nach Beendigung des Ruhrkampfes waren allerdings für die Handelskammer wohl im wesentlichen die letzten kritischen Momente überwunden. Es wird aber reizvoll bleiben, sich von Zeit zu Zeit aus den vielfach wechselnden Bildern heraus die überaus bedeutungsvolle Arbeit vor Augen zu stellen, die die Handelskammer Saarbrücken und mit ihr der Verein zur Wahrung, der Arbeitgeberverband, der Schutzverein für Handel und Gewerbe sowie die übrigen in Betracht kommenden Wirtschaftsorganisationen des Saargebietes für die Erhaltung des Deutschtums in den letzten 8 Jahren im Saargebiet leisten durften.

## Finanz-, Zoll- und Währungspolitik im Saargebiet.

Von Dr. Georg Krause-Wichmann, Saarbrücken.

Seit dem Verschwinden des Absolutismus gehört es zu den primitivsten Grundsätzen jeder staatlichen Finanzpolitik, daß diese ihren Ausgangspunkt und zugleich ihre Begrenzung in bezw. an den Bedürfnissen des verwalteten Gebietes und seiner Bewohner nimmt. Die Höhe der durch Steuern und Abgaben dem öffentlichen Haushalt zufließenden Einnahmen richtet sich hierbei im Gegensatz zu der Privatwirtschaft nach der Höhe der im öffentlichen Interesse zu machenden Ausgaben, wobei im einzelnen die Entscheidung sowohl über das, was „öffentliches Interesse“ heißt als über die Verteilung der Lasten auf die Steuerzahler beim Parlament liegt. Gerade die Ausübung des Mitbestimmungsrechtes über die Verteilung der Lasten in einem Staatswesen stellt eine der bedeutsamsten Funktionen der Volksvertretung dar. Der Bedeutung dieses demokratischen Rechtes waren sich die Verfasser des Versailler Vertrages wohl bewußt, als sie — im Gegensatz zu den feierlich verkündeten Grundsätzen des Völkerbundes — bei Schaffung des Saarstatutes das entscheidende Mitbestimmungsrecht der Volksvertretung aufhoben, um es auf das Recht, sich nur gutachtlich zu allen von der Regierungskommission zur Debatte gestellten Fragen äußern zu dürfen, einzuschränken. Diese Einschränkung hatte für die Praxis der Finanzpolitik im Saargebiet die Folge, daß die Regierungskommission vollständig willkürlich, nur den „hohen Idealen des Völkerbundes verantwortlich“, zu wirtschaften die Freiheit erhielt. So ist tatsächlich bis zum heutigen Tage irgendeine ernsthafte Prüfung der Finanzpolitik im Saargebiet auf ihren neutralen Charakter von Genf aus — trotz zahlreicher Proteste der Bevölkerung — nie erfolgt.

Die Ausschaltung des Mitbestimmungsrechtes der Bevölkerung bei der Regierung stellt im 20. Jahrhundert eine Ungeheuerlichkeit dar, die als solche offensichtlich in das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit noch nicht eingedrungen ist. Auf jeden Fall hat diese Rechtlosmachung — und das muß mit Nachdruck festgestellt werden —, das hochkultivierte Saargebiet im Zeichen des Völkerbundes praktisch auf die Stufe eines Kolonialgebietes herabgedrückt. Dieser unwürdige Zustand, der schon genügt, um von einem „Saarskandal“ sprechen zu können, wird unerträglich dadurch, daß die Regierungskommission die ihr übertragene Macht-fülle dazu benutzt, um eine Finanzpolitik zu betreiben, deren Interessenschwerpunkt außerhalb des Saargebietes — bei Frankreich — ja direkt gegen die Interessen des Saargebietes gerichtet liegt. Es ist erstaunlich, daß dieser Verstoß gegen das eingangs erwähnte Grundprinzip jeder staatlichen Finanzpolitik — daß sie sich ausschließlich nach den Bedürfnissen des verwalteten Gebietes zu richten habe — in Genf bisher so wenig Widerspruch gefunden hat, obwohl der Völkerbundsrat seiner Saarkommission am 13. Februar 1920 zu ihrem Dienstantritt die allgemeine Instruktion erteilte: „Die Regierungskommission hat keine anderen Aufgaben und Interessen als das

Wohlergehen der Bevölkerung des Saar-beckengebietes.“ (Journal Officiel des Völkerbundes, März 1920.)

Bei der Knappheit des zur Verfügung stehenden Raumes müssen wir uns auf einige charakteristische Belege für das Obengesagte beschränken; auch hierbei kann es sich nur um die flüchtige Aufzeichnung von allgemeinen Tendenzen handeln.

§ 13 des Saarstatuts bestimmt beispielsweise, daß die französischen Saargruben im Verhältnis ihres Wertes zu dem gesamtsteuerpflichtigen Vermögen des Saarbeckens zu dem Haushalt des Saargebietes beizutragen verpflichtet sind. Auf Grund ihrer Machtvollkommenheit schloß die Regierungskommission einen Steuervertrag mit dem französischen Staat, der den Steueranteil der französischen Saargruben auf weniger als  $\frac{1}{10}$  zum Gesamthaushalt festsetzte — auf Grund betrügerischer Rechenkunststücke, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann — obwohl auf Grund der klaren Bestimmungen des § 13 des Saarstatuts nach sachverständiger Schätzung das Steuersoll des französischen Bergwerks ungefähr  $\frac{3}{10}$  ausmacht. Durch diesen mit Recht von dem Zentrumsabgeordneten Becker im Landesrat betrügerisch genannten Vertrag der Regierungskommission wird die Bevölkerung um Millionen betrogen. Doch es kommt noch schlimmer. Aus amtlichen Angaben, die dem Landesrat kürzlich über die tatsächlichen Steuerzahlungen der Bergwerksdirektion gemacht wurden, geht hervor, daß die französischen Gruben in Wirklichkeit sogar nur 8,3 Prozent bezahlten! Das ist etwa  $\frac{1}{4}$  der auf Grund des Friedensvertrages dem öffentlichen Haushalt des Saargebietes zustehenden Abgaben der Gruben. Der durch diese Minderleistung entstehende enorme Einnahmeausfall muß selbstverständlich durch Erhöhung der Steuerlasten der Bevölkerung gedeckt werden. Als sich der Landesrat im April dieses Jahres über ein ganzes Bündel neuer Steuererhöhungen — so der in Deutschland 0,75 Prozent betragenden Umsatzsteuer von 1,1 auf 1,3 Prozent (inzwischen plant die Regierungskommission eine weitere Erhöhung auf 1,6 Prozent!), der erhöhten Umsatzsteuer von 10 auf 12 Prozent und einer Reihe schwerwiegender indirekter Steuern — „gutachtlich“ zu äußern hatte, lehnte er diese weitere Steuerbelastung ab. Er wies dabei vor allem darauf hin, daß die Regierungskommission, wenn sie mehr Geld brauche, sich doch endlich einmal an die französische Saargrubenverwaltung wenden solle. Davor hütete sich die Regierungskommission natürlich, sondern verlieh entgegen dem Votum des Landesrates den von ihr geplanten Steuererhöhungen im vollen Umfang Gesetzeskraft. (Dieses Beispiel beweist nebenbei bemerkt, wieder einmal, daß die feierliche Anhörung der „gewählten Vertreter der Bevölkerung“ nur eine Farce ist.) Bei der einseitig französischen Interessen begünstigenden Finanzpolitik der Regierungskommission nimmt es nicht wunder, daß die steuerliche Belastung pro Kopf



der „zu treuen Händen“ anvertrauten Bevölkerung stärker ist als in Deutschland, obwohl das Saargebiet offiziell keine Reparationslasten zu tragen hat. Das Lohnsteuerfreie Existenzminimum — dieser Betrag bietet einen guten Anhaltspunkt für die Abschätzung der steuerlichen Belastung — beträgt in Deutschland 100 M., im Saargebiet dagegen nur 210 Fr. oder knapp 20 M. Der größte Teil der saarländischen Lohnempfänger würde gegenwärtig bei Geltung der deutschen Steuerfreigrenze überhaupt keine direkten Steuern zu entrichten haben. Man muß hierbei noch berücksichtigen, daß trotz dieser weitgehenden Erfassung der untersten Einkommen durch die direkte Lohnsteuer nach dem Haushaltsplan 1926 nur 22 Prozent der Gesamteinnahmen auf direkte Steuern entfallen, während 78 Prozent (!) auf indirekte Steuern kommen. In Deutschland dagegen halten sich beide Steuerarten ungefähr die Wage. Diese Verschiebung zeigt die weitgehende Anpassung an das Vorbild Frankreichs, das für die Saarregierung bei allen Handlungen Richtschnur ist.

Da die Regierungskommission dem Landesrat von dem Haushaltsplan des Saargebietes nur „Kenntnis“ gibt, es aber ablehnt, ihn darüber gutachtlich überhaupt nur anzuhören (Demokratie im Völkerbund!) besteht für den Landesrat keine Möglichkeit, praktisch bedeutsame Verbesserungsvorschläge für den Etat zu machen. Mit welcher Willkürlichkeit bei den Ausgaben verfahren wird, dafür ist das Beispiel der Sekretärin des Präsidenten Kault, Madame Blanche, charakteristisch, die bei dem Rücktritt Kaults am 1. April 1926 ebenfalls aus der Verwaltung schied. Sie erhielt neben einer einmaligen Abfindungssumme von 100 000 Franken noch für ein ganzes Jahr, bis zum 1. April 1927, Anspruch auf das Gehalt eines Oberregierungsrates. (!)

Ueber die Zollpolitik der Regierungskommission ist ganz allgemein zu sagen, daß diese sich durch eine völlige Passivität, soweit saarländische Interessen in Frage kommen, kennzeichnet. Die Regierungskommission vertritt — obwohl ihr die überragende Bedeutung der Saarzollfrage für die gesamte Saarwirtschaft bekannt ist und obwohl sie als Treuhänder des Gebietes verpflichtet wäre, alles zu tun, um die schweren Schäden der Zollabschnürung zu mildern — den Standpunkt, daß die Regelung der Zollfrage den direkten Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich vorbehalten sei, wobei die Vertretung der Interessen des Saargebietes — das ja seit dem 10. Januar 1925 dem französischen Zollregime untersteht — ausschließlich bei Frankreich läge. Bis zum heutigen Tage ist es nicht gelungen, die auf energisches Betreiben der saarländischen Wirtschaftskreise eingeleiteten Sonderverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über die Saarzollfrage zu irgendeinem — wenn auch nur provisorischen — Abschluß zu bringen. Die Tätigkeit der Saarkommission beschränkte sich hierbei darauf, die saarländischen Wirtschaftsvertreter in dem französischen Handelsministerium einzuführen.

Einen durchaus anderen Standpunkt dagegen nahm die Regierungskommission ein, wenn es sich darum handelte, Frankreich aus der Zollabschnürung Vorteile zukommen zu lassen. § 31 des Saarstatutes (Anhang zu Artikel 50 des Versailler Vertrages) bestimmt: Der Ertrag aus den Zöllen auf die für den örtlichen Gebrauch bestimmten Güter wird nach Abzug aller Erhebungskosten in den Haushalt dieses Gebietes eingestellt. Wie diese klare Bestimmung für Frankreich „korrigiert“ wurde, zeigt eine amtliche Auskunft des saarländischen Finanzministers vom 29. März d. J., derzufolge die Erhebungskosten der französischen Zollbehörde im Saargebiet 35 Prozent (!) der gesamten Zolleinnahme verschlingen. Darin sind die sehr erheblichen Ausgaben für Zollbauten nicht enthalten. In Deutschland entfallen auf die Erhebungskosten der Zollbehörde nur 12 Prozent, also  $\frac{1}{3}$  der von der französischen Zollbehörde im Saargebiet zurückgehaltenen Einnahmen. Warum die von der Regierungskommission stillschweigend geduldeten hohen Zollerhebungskosten so bedeutend sind, — obwohl die französischen Zöllner, denen 44 Proz. (!)

der von ihnen rigoros verhängten Zollstrafen privatim (!) zu fallen, reichlich von der Gelegenheit Gebrauch machen, sich auf Kosten des Saargebietes persönlich zu bereichern, — davon erfährt man nichts, aber die Erklärung für diesen Zustand liegt nahe: Frankreich soll auf jedem Wege mit Hilfe des Völkerbundes aus dem Saargebiet etwas herauspressen! Noch größer sind die Verluste, die dem Saarfiskus dadurch entstehen, daß auf französische Rechnung der Zoll für diejenigen Güter einfassiert wird, die für das Saargebiet bestimmt sind, aber in Frankreich zur Verzollung gelangen. Dieser eigentümliche Zustand, daß für das Saargebiet bestimmte Güter aus Deutschland in Frankreich verzollt werden, erklärt sich daraus, daß mit Absicht von der französischen Zollbehörde im Saargebiet die Zollauffertigung der Einfuhr sehr lange verzögert bzw. beanstandet wird, damit möglichst viele Lieferanten, um diesem Uebelstand zu entgehen, ihre Waren zuerst zur Verzollung nach Frankreich schicken und dieses dafür die Zölle vereinbart. Der Verlust, der durch diesen Zollausschlag dem Saargebiet zugunsten Frankreichs entsteht, wird von Sachverständigen auf über 60 Millionen Franken jährlich geschätzt. Es bedurfte erst des Protestes des Landesrates, um der Regierungskommission auf diesen Skandal und auf die Tatsache hinzuweisen, daß § 31 des Saarstatutes dem Haushalt des Gebietes alle Zolleinnahmen auf die „für den örtlichen Verbrauch bestimmten Güter“ zuweist. Die Generalzolldirektion in Paris soll nunmehr, einer Mitteilung der Regierungskommission zufolge, die Ueberweisung dieser dem Saarfiskus zustehenden Einnahmen angeordnet haben. Solange jedoch die Saarkommission dem Landesrat keinen Einblick in den tatsächlichen (ist-) Haushalt des Gebietes gewährt, wird sie sich nicht darüber wundern können, wenn diese Verlautbarungen nur mit großer Skepsis aufgenommen werden.

Die von der Regierungskommission stillschweigend geduldete gesetzwidrige Erhebung einer sog. Einfuhrumsatzsteuer durch die französische Zollbehörde (!) ist ein weiteres Beispiel für das eigentümliche Verhältnis, das zwischen der „neutralen“ Saarregierung und dem französischen Zoll besteht. Auch hier bedurfte es erst des energischen Protestes der Bevölkerung, um die Regierungskommission auf das „eigenartige Problem“ aufmerksam zu machen.

Die Anlage der öffentlichen Gelder des Saargebietes bietet ein weiteres charakteristisches Beispiel für die „treuhänderische“ Verwaltung der Saarkommission. Diese Gelder werden fast restlos französischen Banken zu mäßigen Zinsen anvertraut, von wo sie größtenteils außerhalb des Saargebietes Verwendung finden, während die Wirtschaft im Saargebiet nach Krediten lechzt. Man schätzt diese französischen Unternehmungen anvertrauten öffentlichen Gelder auf 132 Millionen Franken — Landesratsabgeordneter Schmeltzer machte darüber kürzlich im Landesrat interessante Ausführungen — von denen, um den Schein zu wahren, an die Reichsbank in Saarbrücken ganze 350 Franken (in Worten dreihundertfünfzig Franken!) gegeben wurden; ganz zu schweigen davon, daß diese französischen Banken zu ungewöhnlich niedrigen Zinsfüßen anvertrauten Summen natürlich nicht werthbeständig gemacht wurden. Welche Verluste hier entstehen, kann man ermessen, wenn man in Betracht zieht, daß die französische Valuta sich innerhalb eines Jahres — vom 1. Juni 1925 bis 1. Juni 1926 — allein um 50 Prozent entwertet hat. Der Verlust durch die nicht werthbeständige Anlage der öffentlichen Gelder wird allein für das Jahr 1925 auf 20 bis 30 Millionen Franken geschätzt.

Im engsten Zusammenhang und Wechselwirkung mit der Steuer- und Zollpolitik der Regierungskommission steht ihre Währungs politik, die sich durch die vertragswidrige, am 1. Juni 1923 gegen das einstimmige Votum des Landesrates erfolgte Einführung des französischen Franken als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel aufs verhängnisvollste für die Gesamtinteressen des



Saargebietes ausgewirkt hat. Die Saarbevölkerung verdankt dieser mit Protest aufgenommenen Maßnahme ihrer „Treuhandregierung“, daß sie nach der deutschen auch noch die französische Inflation mitmachen darf. Um die verhängnisvollen Auswirkungen der völkerbündlichen Währungspolitik im Saargebiet zu illustrieren, genügt es, folgende Zahlen anzuführen: Am 1. Juni 1923, am Tage der Einführung des Franken, kostete ein Dollar 15,36 Franken, am 1. Juni 1926 dagegen 30,71, am 22. Juli sogar 44,70 (!) Franken. Die Substanzverluste, die dem Saargebiet dank dieser famosen Währungspolitik allein durch die Geldentwertung entstehen, werden von Sachverständigen auf 60 Millionen Franken, bei jedem Valutasturz von 10 Prozent (!) beziffert. Die Regierungskommission, die das von Finanzsachverständigen zuzeiten vorgeschlagene Projekt der Schaffung einer eigenen wertbeständigen Saarwährung völlig ignorierte, sieht diesem Verhängnis des Währungsverfalls nicht nur mit verschränkten Armen zu, sondern verschärft die Lage noch um ein Erhebliches durch die oben besprochene Fernhaltung der öffentlichen Gelder vom deutschen Kapitalmarkt im Saargebiet. Die Möglichkeit, die Währungsverluste durch Inanspruchnahme des Noteninstituts wenigstens teilweise abzudecken, ist der Saarwirtschaft nicht gegeben, da die Bank von Frankreich nur in sehr beschränktem Umfange saarländische Frankenwechsel diskontiert. Bezeichnenderweise begründet sie diese Haltung dem Saargebiet gegenüber damit, daß der Franken gegen ihren Willen aus rein politischen (!) Gründen im Saargebiet eingeführt worden sei. Dieses Urteil über die Währungs-

politik der Regierungskommission spricht für sich.

Bei der Knappheit des zur Verfügung stehenden Raumes müssen wir uns mit diesen kurzen Angaben begnügen, die dahin zusammengefaßt werden können:

Die ganze Finanz-, Steuer-, Zoll- und Währungspolitik der Regierungskommission läuft, begünstigt durch die vollkommene Rechtlosigkeit der Bevölkerung gegenüber ihrer Fremdherrschaft und durch das vollständige Desinteressement des Völkerbundes an dem Ergehen des Saarlandes, auf eine systematische Auspowerrung des Saargebietes zugunsten französischer Interessen heraus, wodurch die Bevölkerung von Tag zu Tag in tiefere Verelendung gerät.

Die Hoffnung, daß nach der am 1. April d. J. erfolgten Übernahme der Präsidentschaft in der Regierungskommission durch den Kanadier Stephens diesem schamlosen Zustand ein Ende gemacht würde, hat sich als völlig trügerisch erwiesen, da der französische Einfluß in der Regierungskommission nach Raulsts Weggang durch die Übertragung des Finanzressorts auf das französische Mitglied noch eine Verstärkung erfahren hat.

Um so dringlicher erhebt sich die Forderung, nach Deutschlands Eintritt in den Völkerbund auf eine beschleunigte Liquidation der Saaraffäre im Sinne einer bedingungslosen Rückkehr zu Deutschland hinzuwirken.

## Das Handwerk im Saargebiet.

Von Karl Reutler, Syndikus der Handwerkskammer in Saarbrücken.

Die Leser und Leserinnen des „Saarfreund“, des Mitteilungsblattes des Bundes der Saarvereine, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, im ganzen deutschen Vaterland aufklärend über die Verhältnisse im Saargebiet zu wirken, erwarten in einem Aufsatz über „Das Handwerk im Saargebiet“ nicht nur Aufschluß über die wirtschaftliche Lage des Handwerks schlechthin, sondern wohl mehr eine Betrachtung über die Lage des Handwerks infolge der besonderen Gestaltung des Saargebiets auf Grund des Diktats von Versailles. Es ist daher dieser Gesichtspunkt in den nachfolgenden Ausführungen in den Vordergrund gestellt worden.

Wenn auch die Hauptaufgabe des Handwerks allgemein in der Befriedigung der lokalen Bedürfnisse der Bevölkerung liegt, so ist doch das Handwerk des Saargebiets durch die vorübergehende Losrennung vom Mutterland in seinem früheren Tätigkeitsgebiet zum Teil stark eingeschränkt worden. Das Arbeitsfeld des Handwerks im Saargebiet, das durch die industrielle Entwicklung in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege einen starken Aufschwung genommen hatte, erstreckte sich über das Saargebiet hinaus bis an die Mosel, die Nahe, die angrenzende Pfalz und einen großen Teil von Elsaß-Lothringen. Infolge der durch die politische Abtrennung verursachten Verkehrs- und Zollschwierigkeiten mußte sich das Handwerk auf das Saargebiet beschränken. Hiervon wurde besonders das Baugewerbe, das Metallgewerbe und das Elektroiustallationsgewerbe betroffen, die zudem durch die mangelnde Bautätigkeit außerordentlich geschädigt wurden, so daß manche Handwerkszweige, wie zum Beispiel Teile des Metallgewerbes zur Umstellung auf andere Gebiete genötigt wurden, eine Umstellung, die durch die Abschnürung von dem bisherigen Bezugsgebiete allerdings auch wieder erleichtert wurde.

Von entscheidender Bedeutung für das Saargebiet war die Schließung der Zollgrenze am 10. Januar 1925, die nach der politischen Abtrennung die wirtschaftliche Eroberung des Saargebiets durch Frankreich vollenden sollte. Glücklicherweise sind die

Folgen dieser sorgfältig vorbereiteten Maßnahmen nicht so weittragend geworden, wie man im Saargebiet zunächst befürchtet und man in Frankreich erhofft hatte. Während es bis dahin, wenn auch unter immer größeren Schwierigkeiten, möglich war, die Waren aus dem Reich zollfrei einzuführen, wurde nunmehr der weitere Bezug dieser Waren dem französischen Generalzolltarif unterstellt und dadurch stark belastet. Hierdurch wurde das Handwerk stark betroffen, da für die von ihm benötigten Maschinen und Werkzeuge vielfach Wertzölle gelten, die zum Teil einen erheblichen Prozentsatz des Wertes, sogar bis zu 80 Prozent betragen. In den Verhandlungen, die wegen Abschlusses eines besonderen Saarzollabkommens geführt wurden, hatte daher auch das Handwerk besonders auf Ermäßigung der Zölle für die von ihm benötigten Maschinen und Werkzeuge Wert gelegt. Es hat sich übrigens inzwischen auch gezeigt, daß das Handwerk trotz der hohen Belastung der deutschen Erzeugnisse auf die billigeren französischen Maschinen und Werkzeuge usw. verzichtet, während es allerdings für den Bezug der Rohmaterialien zum Teil auf Frankreich angewiesen ist. Trotzdem die vollständige Abschöpfung nunmehr 1½ Jahre dauert, werden aber die vom Handwerk benötigten Materialien und Werkzeuge immer noch zum größten Teil aus dem Reich bezogen. Das Handwerk hat daher ein ganz besonderes Interesse an dem baldigen Abschluß eines deutsch-französischen Handelsvertrages, der ihm den Bezug der von ihm benötigten Hilfsmittel wieder erleichtern soll.

Mit der vollständigen Eingliederung des Saargebiets in das französische Zollsystem, die bekanntlich durch die „neutrale“ Regierungskommission des Saargebiets in jeder Weise gefördert wurde, begann auch das Eindringen der französischen Konkurrenz, die besonders in letzter Zeit dem Handwerk sehr zulegte. Das deutsche Handwerk hat bekanntlich stets den Gedanken der Qualitätsarbeit in den Vordergrund gestellt, während das französische Handwerk mehr auf die anspruchsloseren Bedürfnisse und die Herstellung billiger Duzendware eingestellt ist. Infolgedessen ist das französische Handwerk mit seinen



Erzeugnissen billiger als das Handwerk im Saargebiet, das der Tradition des deutschen Handwerks treu geblieben ist. Bei der schwierigen Lage, in der sich große Teile der Bevölkerung im Saargebiet infolge unzureichender Löhne und Gehälter befinden, hat daher die billigere französische Konkurrenz stark an Boden gewinnen können. Durch diese Konkurrenz ist besonders das Bekleidungsgewerbe bedroht. Es muß leider ausgesprochen werden, daß nicht unbeträchtliche Teile der Bevölkerung, darunter auch solche, die es nicht nötig hätten, ihren Bedarf an Kleidungsstücken bei französischen Firmen decken. Wenn es auch zutrifft, daß die Preise der französischen Konkurrenz niedriger sind, so ist es aber ebenso unzweifelhaft, daß an Güte und Ausführung der Waren die französischen Handwerker mit den Hand-

werksmäßige Qualitätsarbeit betroffen wird. Der bloße Versuch der Einführung dieser Form der Luxussteuer beweist, daß die Regierungskommission des Saargebiets nicht das geringste Verständnis für das Handwerk hat, da sie sonst gar nicht auf den Gedanken hätte kommen können, diese Steuer einzuführen.

Jedenfalls zeigen diese kurzen Darlegungen, mit welchen Schwierigkeiten das Handwerk im Saargebiet zu kämpfen hat. Hinzu kommen noch die Gefahren der stark zunehmenden Frankeninflation, nachdem die Schäden der Markinflation noch nicht überall überwunden sind. Dem Handwerk im Saargebiet stehen nicht, wie der französischen Konkurrenz,



Abend an der Gündinger Schleuse.

Phot. Wenß-Saarbrücken.

werkern im Saargebiet nicht konkurrieren können. Das gleiche gilt übrigens auch in der Industrie und für das sonstige Gewerbe. Die Franzosen sind, was Geschmack und Formgebung anlangt, anspruchsloser als die Deutschen und dies drückt sich auch in der Qualität aus, abgesehen von gewissen Gebieten, auf denen Frankreich immer führend war.

Daß auch die Verwaltungsmaßnahmen der Regierungskommission des Saargebiets dem Handwerk nicht förderlich sind, ist für die Leser und Leserinnen des „Saarfreund“ nicht weiter verwunderlich. Zurzeit leidet das Handwerk, wie die freien Berufe überhaupt, an einer starken Anhäufung der Steueranforderungen, von denen besonders die Gewerbesteuer als außerordentlich drückend empfunden wurde. Auf Grund der Beschwerden aus Handwerk und Gewerbe ist die Gewerbesteuer nunmehr für die kleinen Erträge ermäßigt worden. Bei dieser Gelegenheit hat aber die Regierungskommission versucht, die französische Luxussteuer einzuführen, durch die fast sämtliche Gebrauchsgegenstände über einen gewissen Preis mit der 12prozentigen Luxussteuer belegt werden. Infolge des einmütigen Widerstandes der Bevölkerung ist jedoch diese Steuer vorläufig nicht eingeführt worden. Das Handwerk wäre durch sie geradezu erdrückt worden, da von ihr jede hand-

die Kredite der Bank von Frankreich zur Verfügung. Es kann daher auch nicht, wie dies immer noch bei französischen Firmen üblich ist, 90 Tage Ziel geben und es ist daher auch schon infolge dieser Kreditschwierigkeiten gegenüber der französischen Konkurrenz in einer schwierigen Lage, ganz abgesehen von den unausbleiblichen Verlusten eines Währungszerfalls. Für das Handwerk ist es daher eine Lebensfrage, daß die Stabilisierung des Franken bald kommt. Eine Umstellung auf die Markbasis und die Einführung wertbeständiger Preise ist mit Rücksicht auf die französische Konkurrenz nicht ohne weiteres durchführbar. Nur durch die Frankenstabilisierung, die auch die französische Konkurrenz nötigt, ihre Preise wertbeständig festzusetzen, kann das Handwerk vor weiteren Verlusten bewahrt werden. Die Einführung der Markwährung im Saargebiet, wie sie vielfach verlangt wird, kann bei dieser Sachlage erst in Frage kommen, wenn gleichzeitig eine Zollgrenze gegen Frankreich gezogen wird. Das Heilmittel wäre selbstverständlich die Rückkehr zum deutschen Vaterland, durch die allein die Konsolidierung der Wirtschaft im Saargebiet und damit auch der Bestand des Handwerks gewährleistet wird, und deren baldige Verwirklichung wir alle sehnächtig erhoffen.



# 6 Jahr Völkerbundsarbeit an der Saar

## Vom Kampf um das soziale Recht im Saargebiet.

Von Christl. Gewerkschaftssekretär Peter Kiefer, Mitglied des Landesrats in Saarbrücken.

Zu den vornehmsten Aufgaben eines politisch reifen Volkes gehört seine Gesetzesbildung. In ihr spiegelt sich der Wille, mindestens der Mehrheitswille eines Volkes wider. Im Rahmen des gesamten Gesetzeskomplexes nimmt heute in einem modernen Staatswesen das soziale Recht nicht die letzte Stelle ein. Ihm zur Seite steht das Arbeitsrecht. Beide Gesetzeskomplexe sind eng miteinander verwandt und ergänzen sich gegenseitig. Sie haben zur Aufgabe und zum Ziel, dem Arbeitnehmer die Stellung im Wirtschafts- und Volksleben zu sichern, auf die er einen wohlbegründeten Anspruch besitzt.

Beide Rechtsgebiete spiegeln die Kräfte wider, die seine Gestaltung beeinflussen. Herrscht bei einer Regierung und dem Gesetzesbildenden Parlamente starker sozialer Geist und Wille vor, dann wird auch die genannte Gesetzesbildung entsprechend gestaltet sein. Früher bestimmte mehr der Fürsorgegedanke die soziale Gesetzesbildung. Aufbegehrende sollten durch Gewährung von Almosen beruhigt werden. Diese Einstellung war falsch. Sie wurde instinktiv gefühlt, weshalb unser altes soziales Recht keine rechte Freude auslöste und nicht die Wirkungen zeugte, die man von Regierungsseite erhoffte. Soziales Recht muß gründen auf dem richtigen Gedanken, daß auch der Arbeitnehmer ein vollwertiger Mensch und ein vollwertiges Glied der nationalen Gemeinschaft ist. Es muß gebildet werden von dem Zielstreben, der Menschenwürde des Arbeiters Geltung zu verschaffen und muß durchtränkt sein von der Achtung vor dem Menschen Arbeiter.

Solche Gestaltungskräfte sind heute mehr als früher bei der deutschen Gesetzesbildung wirksam. So kommt es, daß das deutsche soziale Recht immer mehr das wird, was es sein muß, soll es ausöhnend sowie verbindend wirken und den Arbeiter sich wohl fühlen lassen in der nationalen Gemeinschaft.

Leider hat ein widriges Geschick die deutschen Arbeitnehmer des engeren Saarlandes mit der übrigen Bevölkerung vom deutschen Vaterland für vorübergehende Zeit getrennt. Für sie gilt nicht das soziale Recht, das in heißen Gestaltungskämpfen im Reiche geschaffen wurde und noch weiter entwickelt wird. Ihr soziales Recht gründet in der veralteten Grundlage der früheren sozialen Gesetzesbildung. Und doch muß man in Anbetracht der Kräfte, die im Saargebiet die Gesetzesbildung bestimmen, froh sein, daß der Versailler Vertrag den Arbeitnehmern die alte Grundlage sicherte. Sonst wäre vielleicht das soziale Recht entweder ganz verkommen oder der kümmerlichen französischen Grundlage angepaßt. An Versuchen, das letztere zu tun, hat es im Saargebiet nicht gefehlt. Uebrigens kein Wunder, wenn man den antisozialen Geist in Rechnung stellt, der in Frankreich zu Hause ist — trotz der schönen Sprüche von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit —, der sich naturgemäß bei der Zusammensetzung des saarländischen Regierungsorgans auch hier auszuwirken suchte. Wenn dieser Geist in seinem Zielstreben scheiterte, dann dank des starken Abwehrwillens der saarländischen Arbeiterchaft, an deren Spitze immer die christlich-nationalen Gewerkschaften marschieren.

Sie richteten von Anbeginn der Trennungszeit ihr Hauptaugenmerk auf neuzeitliche Gestaltung des sozialen Rechts. In einer umfassenden Denkschrift unterbreiteten sie im August 1919 ihre sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Forderungen dem Militärverwalter General Wirbel. Die Forderungen gipfelten darin, daß alle Gesetze diesbezüglicher Art, die in Deutschland geschaffen wurden und werden, auch im Saargebiet in Kraft zu setzen seien. Die Militärgewalt setzte sich glatt über

diese berechtigten Forderungen hinweg und unterband das Inkrafttreten der neuen deutschen Gesetze im Saargebiet. Aber nicht nur das: auch die notwendige Fortentwicklung, die vorhandene soziale Gesetze in Deutschland erfuhren, wurde im Saargebiet nicht Wirklichkeit.

Im Februar 1920 trat dann die Regierungskommission im Auftrage des Völkerbundes ihr Amt an. Mit hochtrabenden und sozial klingenden Phrasen stellte sie sich dem Saarpvolke vor. Die christlichen Gewerkschaften wollten gleich die Probe aufs Exempel sehen und überreichten auch der Regierungskommission ihre sozialpolitischen Forderungen. Sie wurden nicht verwirklicht, trotz der heißen und erbitterten Kämpfe, die bis heutigen Tags die gesamte Arbeitnehmerschaft des Saargebietes darum führt.

Es ist dies ja auch kein Wunder, wenn wir die Kräfte betrachten, die im Saargebiet die Gesetzesbildung bestimmen. Bekanntlich hat der Versailler Vertrag das Saarpvolk seiner vornehmsten politischen Rechte beraubt und alle Gewalt der Regierungskommission überantwortet. Sie allein bestimmt die Gesetzesbildung, wohingegen dem Saarpvolke bzw. seiner politischen Vertretung nur ein „Anhörungsrecht“ eingeräumt wurde. Könnte die saarländische Volksvertretung die Gesetzesbildung bestimmen, dann fielen die Bestrebungen der Gewerkschaften als Vertretung der Arbeitnehmerschaft auf fruchtbaren Boden. Das saarländische Parlament schüfe soziales Recht aemäh dem deutschen sozialen Recht. So aber bestimmt die Regierungskommission, oder besser gesagt: Frankreich. Die erste Tat war die Loslösung der saarländischen Sozialversicherung von der des Reiches. Damit war die saarländische Sozialversicherung der nähernden Quelle beraubt, wie heute die armen hungernden Franken-Sozialrentner innerhalb und außerhalb des Saargebietes mit besonderer Bitternis feststellen müssen. Gegen die Loslösung kämpften die christlichen Gewerkschaften, insbesondere der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, mit aller Energie an. Ihr damaliger Kampf wurde nicht allseitig verstanden und unterstützt, wie man auch den Kampf der christlichen Bergleute gegen die Frankeneinführung nicht verstehen wollte. Heute, wo die Wirkungen der Loslösung und der Frankeneinführung sich so furchtbar unter der Arbeitnehmerschaft des Saargebietes auswirken, versteht man überall die Motive, die die christlichen Gewerkschaften und den Gewerksverein zu ihrem Handeln bestimmten.

Ohne starke Gewerkschaften wäre im Saargebiet auch kein autonomes Arbeitsrecht zur Wirklichkeit geworden. Nur dank der zielklaren Kämpfe der Gewerkschaften gibt es im Saarbergbau einen Tarifvertrag und auf dem Tarifvertrag gründende Schlichtungsausschüsse. Von „Staatswegen“ wäre die Grundlage hierzu niemals geschaffen worden. Hat doch die Regierungskommission bis zur Stunde weder das Betriebsrätegesetz noch das deutsche Schlichtungswesen und andere Errungenschaften zur Einführung gebracht.

Auch die Leistungen der bestehenden Sozialversicherung wären noch weit erbärmlicher als sie sind, wenn die Gewerkschaften nicht in unterbrochenem Kampfe für eine zeitgemäße Aufbesserung stritten. Gerade der Kampf um die Gestaltung des saarländischen Knappschaftswesens zeigte, daß der französische Staat nicht gesonnen ist, sich von einer sozialen Seite zu zeigen, sondern möglichst viel aus dem



Saargebiet zu gewinnen. Was für die Knappschaffliche Versicherung gilt, gilt für alle Versicherungszweige. Trotz des dauernden Kampfes sind die Leistungen aller Versicherungszweige (Knappschaffversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, Angestelltenversicherung) so gering, daß sie teilweise bis zu 80 Prozent hinter den Leistungen der betr. Versicherungszweige des Reiches zurückbleiben. Ein großes Hungern ist in den Kreisen der Sozialrentner längst Tatsache geworden. Auch die aktiven Arbeiter leiden, besonders in Krankheitstagen. Bietet doch die heutige Grundlage die Gewährung eines Krankengeldes, das zwischen 0,50 bis 1,— Reichsmark pro Tag beträgt. Dies Beispiel allein läßt das Elend ermessen, in dem sich alle

Sozialrentner, die auf Franken angewiesen sind, heute befinden.

Die Gewerkschaften und der Landesrat werden unentwegt weiter kämpfen für das gute Recht der saarländischen Arbeitnehmer. Ohne sie wäre die Arbeiterschaft unseres Gebietes zum wahren Helotenum erniedrigt worden. Möge ein gütiges Geschick bald den Tag herbeiführen, an dem die künstlich gezogenen Grenzen fallen und ein Einssein der deutschen Saarländer mit ihren deutschen Volksbrüdern insgesamt für alle Zeiten gegeben ist. Inzwischen aber mögen die zuständigen Reichs- und Landesbehörden alles tun, um das Los der schwer ums Dasein ringenden Franken-Sozialrentner innerhalb und außerhalb des Saargebietes zu erleichtern.

## Arbeitsrecht und Sozialversicherung im Saargebiet.

Von Arbeitersekretär A. Gerhardt-Saarbrücken.

Laut Friedensvertrag von Versailles sollen alle Rechte der Arbeiterschaft und der der Sozialversicherung unterstellten Einwohnerschaft des Saargebietes voll aufrecht erhalten werden. Darüber hinaus haben die schaffenden Stände natürlich das größte Interesse, ihrerseits die Rechte zu sichern, welche inzwischen den Brüdern und Schwestern im Reich gegeben wurden. Das gesamte Gebiet des Arbeitsrechtes hat jedoch seit November 1918 mit Ausnahme der Einführung einer Arbeitskammer keinerlei Änderungen erfahren. Die Sozialversicherung ist völlig wertlos geworden. Und die Regierungskommission legt nach Gutdünken die Bestimmungen des Versailler Vertrages aus. Bei allen Entschlüssen arbeitsrechtlicher, sozialpolitischer Natur ist ihr das Gutachten der französischen Bergverwaltung ein Rührmichnichtan, ungehindert der Vorschrift des Versailler Vertrages, daß bei Festlegung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsstunden für Männer, Frauen und Kinder die geäußerten Wünsche der örtlichen Arbeiterorganisationen berücksichtigt werden sollen.

So ist bis heute, immer infolge ablehnender Gutachten der Bergverwaltung trotz andauerndem Verlangen aller Arbeiter und Angestellten-Organisationen die Einführung des Betriebsrätegesetzes und der Schlichtungsordnung entschieden abgelehnt worden. Doch muß auch derselbe Widerstand der übrigen Großindustrie festgestellt werden, die bisher zumeist mit 60 v. H. in französischem Einfluß war.

Der Inhaber der Böttlinger Hütte, Herr Dr. Hermann Köhling, war bisher die einzige Firma ohne französisches Kapital. Doch auch diese Firma hat das Gesetz trotz bestimmtem, dahingehendem Versprechen nicht zur Einführung gebracht.

Infolge Fehlens dieser gesetzlichen Rechte der Arbeiterschaft bzw. der Verhandlungsgrundlagen ist der saarländischen Wirtschaft schon unendlicher Schaden erstanden.

Die Regierungskommission hat als Notbehelf die Handhabung des im Reich verschwundenen Hilfsdienstgesetzes vom Dezember 1916 empfohlen. Doch da dieses Gesetz keine gesetzliche Verankerung genießt, werden nur die Arbeiter-Ausschüsse danach gewählt. Nach wie vor fehlt jedoch jeder Einfluß derselben in Betriebsfragen. Eine Ausnahme macht nur die Eisenbahn-Verwaltung, welche den Arbeitern im Betrieb wie in der Direktion eine Vertretung zugestanden hat.

Bezüglich der Arbeitszeit der Jugendlichen hat die Regierungskommission auf Ersuchen der Unternehmer sogar Verschlechterungen eingeführt. Während nach § 136 der G. D. für das Deutsche Reich die Arbeitszeit für Jugendliche nicht über 8½ Uhr abends wahren darf, ist durch Bestimmungen im Saargebiet diese Zeit für Glashütten usw. Sandbläsereien, Walz-Hammerwerke bis 11 Uhr abends ausgedehnt, wenn in zwei Schichten gearbeitet wird. Eine Verordnung über Einführung der achtstündigen Arbeitszeit ist am 8. 11. 24 erlassen, doch bleiben länger bestehende Arbeitszeiten in Kraft. Vielfach ist das Be-

streben deutscher Unternehmer nach Verlängerung der Arbeitszeit vorhanden. Ja, trotz der Verordnung verweigern Unternehmer Verhandlungen, bevor nicht die Arbeiter sich mit verlängerter Arbeitszeit zufrieden geben. Die Frage des Arbeitsnachweises ist außer der Stadt Saarbrücken noch unregelt. Die Erwerbslosenunterstützung fußt noch auf der Verordnung der Volksbeauftragten vom November 1918. Die Unterstützungssätze betragen für einen Arbeiter mit Frau und 2 Kindern täglich 12,75 Francs gleich 1,60 RM. Der Arbeitskammer liegen gegenwärtig Untersuchungen in dieser Frage vor. Doch hat die Kammer, wie auch das Parlament nur begutachtende Rechte.

Die Sozialversicherung liegt zurzeit völlig darnieder. Die Grundlöhne in der Krankenversicherung betrugen bis 7. Juni 1926 nur 12 bis höchstens 20 Francs pro Tag (1,50 bis 2,50 RM.). Die Ortskrankenkassen haben vielfach wertbeständige Ausgaben wie Arzneien, Honorare, Gehälter usw. Doch die Leistungen an die Versicherten sind lächerlich gering. Wenn auch die Ortskrankenkassen zumeist Leistungen von 60—75 Proz. bei 20 Frs. Grundlohn gaben, haben Betriebskassen grundsätzlich bei 12 Frs. Grundlohn nur Leistungen von 50 Proz. Den Ortskrankenkassen droht deshalb, wenn nicht recht bald Änderung eintritt, der Untergang.

Und die Kranken müssen mit 6 Frs. (0,75 RM.) bis höchstens 15 Frs. (2,15 RM.) pro Tag direkt verhungern. Ab 7. Juni wurden die Grundlöhne auf 25 Frs. bis höchstens 35 Frs. erhöht (gleich 2,60 bis 3,65 RM.). Auch war die Versicherungsgrenze mit 12 000 Frs. (1500 RM.) völlig ungenügend und wurde ab 7. 6. 26 auf 19 200 Frs. erhöht.

In der Unfallversicherung ist die Schädigung der Rentenbezieher noch weit größer. So gelten je nach Höhe der Renten (unter 20, 20 bis unter 33½ Proz., 33½ Proz. bis unter 66½, 66½ und mehr von Hundert der Vollrente nach Jahresarbeitsverdienste von 800, 1200, 2000, 3300 Franken, während im Reich für alle Renten eine Steigerung bis 1,65 RM. statt 1 RM. in Anrechnung kommt. Das Resultat ist, daß im Saargebiet die Renten wertlos sind. Die Drittelungsgrenze für neue Unfälle, die im Reich beseitigt ist, beträgt im Saargebiet 4500 Frs., so daß bei einem Jahresarbeitsverdienst von etwa 10 000 Frs. (1050 RM.) die Vollrente 4225 Frs. gleich 433 RM. betragen würde. Eine solche von 30 Proz. würde 1267 Frs. jährlich betragen, während bei einem Verdienst von 1250 RM. im Reich diese 250 RM. gleich 2430 Frs. betragen würde. Bei alten Renten ist der Unterschied weit größer.

Bei einem Rentenbezieher aus dem Jahre 1890 mit Jahresverdienst von 1200 Mark und 30 Proz. Unfallentschädigung beträgt diese im Reich 396 RM. (3865 Frs.). Dagegen im Saargebiet 240 (Zweihundervierzig) Frs. gleich 25,50 (Fünfundzwanzig Mark 50 Pf.) RM. Im Reich also das 15,1fache wie im Saargebiet.

Am schlimmsten sind die Rentenempfänger daran, die im Reichsgebiet wohnen und die im



Saargebiet verunfallt waren, denn diese erhalten die Renten im Reich nach den Saargebietsbestimmungen, umgewechselt in RM. ausgezahlt. Die Anerkennung der Berufsrankheiten als Unfallursache gilt nicht im Saargebiet.

Bei der Invalidenversicherung ist der Unterschied nicht so groß wie in der Unfallversicherung. Doch immerhin noch recht erheblich. So beträgt die Rente monatlich unter gleicher Beitragszahlung im Reich 25,40 RM. im Saargebiet 67,50 Frs. gleich 6 RM. Der Empfänger von Invalidenrente jedoch, die nach dem Reiche verziehen, wird der Saarzuschuß und die Teuerungszulage entzogen, so daß in diesem Falle die monatliche Rente nur etwa 15 Frs. gleich 1,50 RM. betragen würde und das Reich nunmehr die Differenz ergänzt.

Das Reichs-Knappschafts-Gesetz im Saargebiet einzuführen ist bisher trotz wiederholtem Verlangen nicht gelungen. Zur Aufbesserung der Rentenbezüge hat dieser Tage der Reichsknappschaftsrat-Verein eine Beihilfe von 11½ Millionen RM. angeboten und vom Saarknappschafts-Verein angenommen worden.

So bleibt, wie in politischen Fragen auch bez. des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung im Saargebiet noch alles zu tun übrig. Alle Kreise der gut deutschen Bevölkerung erwarten durch den Eintritt der deutschen Republik in den Völkerbund eine wesentliche Besserung infolge direkter Beeinflussung durch deutsche Vertreter. Darüber hinaus erwarten alle Einwohner des Saargebiets Wiedervereinigung mit dem Reich lange vor 1935.

## Die Not der Saargrubenbeamten und Angestellten!

Notschrei und Mahnung in letzter Stunde.

Aus deutschen Bergbeamtenkreisen wird uns geschrieben:

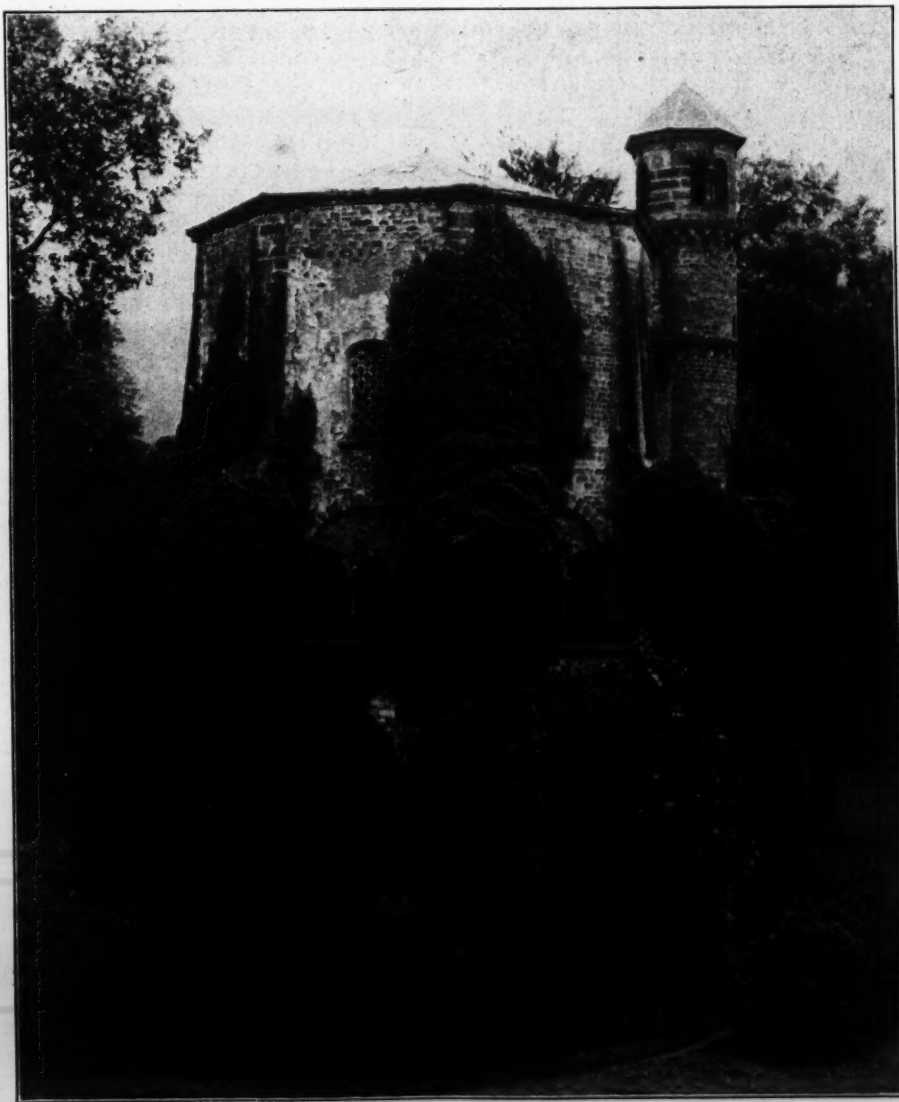
Das Saarstatut des Versailler Diktats hat eine bestimmte Gruppe der Saarbevölkerung einem ganz besonders schweren Schicksal überantwortet. Auf den ausdrücklichen Wunsch der Heimatregierung traten etwa 1400 preußische und bayerische Bergbeamte in den Dienst des erbittertsten Kriegsgegners, dem die Saargruben als Eigentum zur Ausbeutung überlassen werden mußten. Versprechungen hüben und drüben schienen die Sicherstellung ihrer wirtschaftlichen Existenz und erworbenen Beamtenrechte zu sichern. Einen Vertrag zwischen den beteiligten Regierungen darüber abzuschließen, weigerte Frankreich sich, obgleich es ihn anfänglich in Aussicht stellte. Damit war den deutschen Bergbeamten

eine Aufgabe gestellt, wie sie wohl in der Geschichte einzig dasteht. Als deutsche Betriebsbeamte, Puffer zwischen deutscher Belegschaft und französischer Oberleitung und Verwaltung, pflichtgemäß mit der Wahrnehmung der betrieblichen Interessen der französischen Staatsgrubenverwaltung gegenüber deutschen Stammesbrüdern im Arbeitskittel beauftragt, erstes Versuchssubjekt für politische Ausnutzung des wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisses und Hebelpunkt für die Gewinnung der deutschen Belegschaft für französische Interessen, ist diese äußerst schwierige Sonderstellung bisher weder von der deutschen Belegschaft noch von der Öffentlichkeit des Saargebietes und auch von der Heimatregierung bis jetzt nicht richtig gewürdigt und anerkannt worden. Alle politischen Lock- und Druckversuche, ausgeübt mit den wirksamsten

wirtschaftlichen und sozialen Mitteln, sind an dem aufrechten Charakter, an deutscher Treue von etwa 95 Prozent der Beamten und Angestellten gescheitert. Sie bilden die vorderste Linie des Abwehrkampfes, den vorgeschobenen Grenzposten, dessen Erhaltung für die betriebliche Führung und den Einfluß auf eine Belegschaft von über 75 000 deutschen Bergarbeitern für eine gute Verwaltung und Rückübergabe wertvollen Nationalvermögens so ungeheuer wichtig. Er droht zu zerfallen, wenn nicht baldigste Hilfe kommt. Noch sind etwa 50 Prozent dieser Beamten

vorhanden. Die Zahl der Rücktritte nimmt in erschreckendem Maße zu, weil trotz allen vorhandenen Willens im deutschen Interesse auszuhalten, größte wirtschaftliche Not, Verantwortung der Familie gegenüber, verbunden mit unwürdiger Behandlung und zermürbender seelischer Not einen anderen Ausweg nicht mehr erscheinen läßt.

Schreiber dieses hat schon seit zwei Jahren mit aller Dringlichkeit, schriftlich und mündlich auf die großen Gefahren dieser Entwicklung, auf die Schäden für das Saargebiet und die Finanzen des Heimatstaates immer wieder hingewiesen. Es kann nur auf kurze Dauer einem Beamten zugemutet werden mit 30 bis 40 Prozent der Besoldung des



„Alter Turm“, Mettlach.

Phot. Benß-Saarbrücken.



Heimatstaates, mit  $\frac{1}{4}$  der Versorgungsansprüche, Verlust jeder Beförderung und Aufrückung bei den sonstigen ohne Vergleich schwierigen Verhältnissen auszuhalten, wenn nicht die Heimatregierung, wozu sie nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht hat, wirtschaftliche Existenz und wohlverworbene Beamtenrechte hinreichend sichert. Zwei Jahre hat es gedauert, bis jetzt vor kurzem der Herr Reichskanzler einer Saarbeamtenvertretung die Gewährung des vollen Pensionsausgleiches zusicherte. Die Frage der Einreihung des ordnungsgemäß ausgebildeten Nachwuchses, der Eingruppierung, Aufrückung und Beförderung, ist trotz allen Drängens noch nicht geklärt, so daß ein sich in französischen Diensten befindender Bergbeamter beim Rückgang der Gruben oder bei Rücktritt in den staatlichen Dienst um 1 bis 2 Besoldungsgruppen gegenüber seinen gleichaltrigen Kollegen im Dienste des Heimatstaates geschädigt ist. Das Einkommen, nicht nur nach dem Börsenkurs, sondern das Realeinkommen nach der Teuerungsziffer vermindert sich von Monat zu Monat, trotz geschlossener Front der Angestelltenvereinigungen. Als letzte Zuflucht bleibt der Rücktritt, der Beamte in jungen und mittleren Jahren wegen mangelnder Unterbringungsmöglichkeiten zum Müßiggang zwingt, starke Erbitterungen und Spannungen im Saargebiet schafft und die preußische Staatskasse unnötig stark belastet. Und mußte und muß es soweit kommen, daß auch der letzte Bergbeamte seinen wichtigen Posten zu verlassen gezwungen ist? Nein! Es war die Pflicht der Heimatregierung nach Ablehnung eines Staatsvertrages über die Rechte und Sicherstellung der Bergbeamten ihrerseits durch geeignete Maßnahmen — spätestens sobald sich die Notwendigkeit dazu zeigte, — die wirtschaftliche Existenz, die Versorgungsansprüche und auch die erworbenen und traditionellen Beamtenrechte in geeigneter Weise zu garantieren. Zwei Jahre hat der Kampf allein um Anerkennung des erworbenen Pensionsanspruches gedauert, von dessen Verwirklichung und offiziellen Durchführung bis jetzt nichts bekannt wurde. Der Forderung auf Auszahlung der Gehaltsdifferenz durch die Heimatregierung haben sich die Bergbeamten trotz größerer Notlage nicht angeschlossen, aus Gründen des Gemeinwohles und der Rücksichtnahme auf die notwendige Geschlossenheit der Saarbevölkerung. Dagegen haben wir immer wieder auf die zwingende Notwendigkeit, auf dem Unterstützungswege auszuweichen, um Rücktritte zu vermeiden, hingewiesen. Bertröstet wurden die Bergbeamten mit der wenig Erfolg versprechenden Zusage, daß vielleicht auf diplomatischem Wege Frankreich zu besserer Bezahlung der beurlaubten Bergbeamten veranlaßt werden könnte. Bis die Auswirkung dieser diplomatischen Versuche sich zeigen werden, die nach Auffassung der Beamten an der Saar überhaupt nicht kommen, ist der letzte Bergbeamte aus französischen

Diensten verschwunden, zum Nachteil der wichtigen Saargebietsinteressen, der über diese Entwicklung schon sehr beunruhigten deutschen Belegschaft und der Staatsfinanzen. Helfen kann hier nur umgehende, entgegenkommendste und großzügige Unterstützung, für deren Notwendigkeit die oben gemachten Feststellungen, daß die Bergbeamten noch 30 bis 40 Prozent der Reichsgehälter und etwa 70 Prozent der Gehälter der bitter klagenden Saargebietsbeamten haben, genügt. Ferner umgehend allgemein verbindliche Regelung des vollen Pensionsausgleiches, Klärung der Aufrückung und Beförderungsfälle in dem Sinne, daß kein Schaden aus der Dienstleistung bei der französischen Verwaltung erwächst, und dann die wichtige Frage der Einreihung des ordnungsgemäß ausgebildeten Nachwuchses. So selbstverständlich diese Forderungen erscheinen, so unverständlich mag dem Nichteingeweihten und die Dinge auch auf ihre politische Auswirkung für das Saargebiet Betrachtenden die Tatsache erscheinen, daß diese selbstverständlichen Forderungen noch nicht erfüllt sind. Der gute Wille des Sachressorts wird anerkannt, aber tief bedauert, daß andere Ministerien sich diesen Notwendigkeiten bisher verschlossen haben und schließlich froh waren, daß das Auswärtige Amt „Bedenken“ äußerte und die Formel einer diplomatischen Einwirkung auf Frankreich von der Notwendigkeit, etwas zu tun, entband.

Bei dieser Entwicklung der Bergbeamtenfrage muß der Lage der Angestellten, auf denen nun einmal die Hauptlast und Hauptverantwortung bis zur Rückkehr der Saargruben ruht, besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht werden. Soweit ihre Einreihung auf Grund anerkannter Ausbildung oder Prüfung nicht möglich ist, muß ihnen das Rückgrat gestärkt, muß die Gewißheit der Fürsorge der Heimatregierung ihre Stellung und ihr Aushalten stärken. In dieser Hinsicht ist Anerkennenswertes bereits von dem zuständigen Ministerium erreicht worden, was aber weiteren Ausbaues hinsichtlich Dauer und Höhe der Unterstützungen bedarf. Am wichtigsten ist die schnelle Unterbringung unverschuldet entlassener Angestellter, die noch bis in die letzte Zeit aus nicht dienstlichen Gründen erfolgte, Unterstützung bis zu dieser Unterbringung und Gewährung von Umzugskosten zur neuen Dienststelle. Leider haben die Bemühungen des Handelsministeriums um Unterbringung von Angestellten und auch von jüngeren Beamten bei der großen Wirtschaftskrise, zum Teil auch wegen mangelnden Entgegenkommens und Verständnisses für die Wichtigkeit dieser Frage sehr geringen Erfolg. In den Angestellten muß kurz zusammengefaßt, das Gefühl erhalten und gefördert werden, daß sie nicht unter allen Umständen für die Möglichkeit der Berufsausübung und nicht mit ihrer Wirtschaftsexistenz und der Existenz ihrer Familien auf den französischen staatlichen Arbeitgeber und die Ausführung seiner Wünsche angewiesen sind, auch wenn diese gegen deutsche Interessen seien. Ihnen diese Sicherheit als dem Nachwuchs der deutschen Bergbeamten, den einstigen Liquidatoren französischer Ausbeutung und Verwaltern deutscher Bodenschätze zu geben, liegt dringend im Interesse der Zukunft des Saargebietes.

Videant Consules!

## Die Lage der Hütten- und Metallarbeiterschaft des Saargebietes seit 1920.

Von Otto Pisk, Saarbrücken.

Neben dem Bergbau ist es die Hütten- und Metallindustrie, die den wirtschaftlichen Charakter des Saargebietes geprägt hat, auch heute noch bestimmt. Beide Industriezweige sind auf das engste miteinander verbunden und eine ohne die andere nicht denkbar. Die reichen Kohlenkräfte des Saargebietes luden, trotz einer fruchtlich betrachteten geographisch ungünstigen Lage, geradezu ein, Hütten- und Metallindustrie im Saargebiet anzusiedeln, während auf der anderen Seite der Kohlenbedarf der saarländischen Hüttenindustrie mit die Grundlage einer stetigen und günstigen Ent-

wicklung des Saarbergbaues bildete. Der preußische Staat als Besitzer der Saargruben, kam besonders der Hüttenindustrie auf das weitgehendste entgegen, indem er dieser nicht nur Vorzugspreise für ihren Kohlenbezug gewährte, sondern auch von einer eigenen Verkokung der Kohlen absah, diese Verkokung vielmehr der Industrie überließ, die dadurch bedeutende Nebeneinkünfte hatte.

Um die Konkurrenzfähigkeit der geographisch ungünstig, besonders abseits von großen Wasserstraßen liegenden Saarindustrie gegenüber Rheinland-Westfalen zu sichern,



gewährt der preußische Eisenbahnfiskus noch bedeutende Frachtermäßigungen, so daß mit Hilfe dieser Erleichterungen und zuletzt auch durch eine fleißige, leider aber sehr schlecht entlohnte Arbeiterschaft, die Hütten- und Metallindustrie des Saargebietes eine immer größere Bedeutung gewann; lag doch z. B. im Saargebiet das große Dillinger Hüttenwerk, das fast die ganze deutsche Kriegsmarine mit Panzerplatten versorgte.

In diese, rein wirtschaftlich betrachtet, günstige Entwicklung greift der sog. Friedensvertrag zu Versailles mit seinen Bestimmungen über das Saargebiet mit rauber Hand ein.

Die gesamten Saargruben wurden Eigentum des französischen Staates, schon hiermit allein wurde das Wirtschaftsleben in zwei Teile zerschnitten.

Während bisher der preußische Staat als Grubenbesitzer den Kohlenbedarf der Saarindustrie immer in erster Linie deckte, versorgte der neue Grubenbesitzer erst seine Wirtschaft in Frankreich, bezw. verfrachtete die Saarkohlen zu Goldpreisen nach der Schweiz, Holland usw.

Die sich damals noch fast ausschließlich in deutschen Händen befindlichen Hüttenwerke des Saargebietes hatten einen sehr schweren Stand. Trotzdem hätte ein Nachgeben gegenüber den Bestrebungen französischer staatlicher und kapitalistischer Stellen, die Industrie auch in die Hand zu bekommen, nicht stattfinden dürfen. Manches Schwere wäre der Bevölkerung erspart geblieben.

Nachdem aber Kohlen und Eisen, die Fundamente des Saarwirtschaftslebens, in französische Hände gelangt waren, wurde auch noch das Eisenbahnnetz des Saargebietes von der Deutschen Reichsbahn abgetrennt. Das Eisenbahnnetz des Saargebietes war nun nur noch ein großer Rangierbahnhof; die frachtliche Bevorzugung seitens Preußens kam in Wegfall und der Absatz nach dem Osten Deutschlands war erschwert.

Alle diese Vorgänge, veranlaßt durch einen den wirtschaftlichen Verhältnissen des Saargebietes geradezu hohnsprechenden sog. „Friedensvertrag“ blieben nicht ohne Einfluß auf die Lage der Hütten- und Metallarbeiterschaft des Saargebietes, die an Zahl der Belegschaft der Saargruben ungefähr gleicht.

Beeinflusst und verändert wurden allerdings die ganzen Verhältnisse der Arbeiterschaft nur wirtschaftlich, arbeitsrechtlich und sozialpolitisch. Während im Reich selbst, besonders auf arbeitsrechtlichem und sozialpolitischem Gebiete, nicht unerhebliche Fortschritte zu verzeichnen waren, blieb es im Saargebiet bei den geradezu unhaltbaren vorkriegszeitlichen Verhältnissen.

Die von Frankreich sofort durchgeführte wirtschaftliche Grundlage für die in Zukunft erhoffte politische Annexion des Saargebiets konnte naturgemäß an den im Saargebiet vorhandenen Arbeiterorganisationen nicht achtlos vorbeigehen. Diese gewerkschaftlichen Verbände, vor dem Kriege scharf bekämpft von dem saarländischen Unternehmertum, waren während und kurz nach dem Kriege zu einer Macht geworden, mit der nach jeder Richtung hin gerechnet werden mußte.

Als, abgesehen von den Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung, die Tätigkeit der politischen Parteien in den Jahren 1919 bis 22—23 vollständig stockte, von einem Widerstande der Parteien gegen irgendwelche Bestrebungen nicht gut geredet werden konnte, da waren es die gewerkschaftlichen Organisationen, die sich mit ganzer Kraft gegen jede politische Annexionsbestrebungen zur Wehr setzten. Schwere Opfer mußte die Arbeiterschaft in diesen Jahren bringen. Zu Hunderten erfolgten die Ausweisungen von Arbeitsstelle und Heimat.

Neben den schweren ideellen Belastungen hatte besonders die Hütten- und Metallarbeiterschaft des Saargebietes auch noch schwere materielle Lasten zu tragen. Der Währungs dualismus war in seiner Auswirkung katastrophal. Einer auf Kosten des Deutschen Reiches vorübergehend erfolgten Besserung der Lage der Frankenlohnempfänger stand die Verschlechterung der Existenz der markentlohten Arbeiter gegenüber. Dieser Zustand dauerte teilweise bis Juni 1923, zu welchem Zeitpunkte der Franken als alleiniges „gesetzliches“ Zahlungsmittel im Saargebiet eingeführt wurde. Die bis Ende 1923 anhaltende Inflation der deutschen Mark tauschte den Frankenempfängern des Saargebietes einen Scheinwohlstand vor, aus dem ein grausames Erwachen folgte. Gerade in den Jahren 1924 bis 1925 kämpfte die Hütten- und Metallarbeiterschaft des Saargebietes einen wirtschaftlichen Verzweiflungskampf, wie er schlimmer nicht gedacht werden konnte. Dieser Zustand hat sich leider bis heute noch nicht gebessert, im Gegenteil. Der heute im Saargebiet gezahlte Lohn erreicht kaum die im Reich gezahlte Arbeitslosenunterstützung, trotzdem der Saarindustrie seitens des Deutschen Reiches dauernd die Zölle gestundet werden. Der Bunsjag des Christlichen Metallarbeiterverbandes, daß das Reich mit diesen Zollstundungen lohnpolitische Bindungen der internationalen Saarunternehmer gegenüber der ferndeutschen Arbeiterschaft verlangte, ist noch mehr als berechtigt, wurde aber bisher abgelehnt.

Auf arbeitsrechtlichem und sozialpolitischem Gebiete steht die Hütten- und Metallarbeiterschaft ausnahmslos schlecht. Die Betriebsvertretungen der Arbeiterschaft stehen in der saarländischen Hütten- und Metallindustrie sogar gegenüber dem Bergbau, was schon vieles heißen will, fast vollkommen rechtlos da. Alle Versuche, hier Änderungen nach deutschem Muster herbeizuführen, scheiterten an dem Widerstande des Unternehmertums, vor allem des französischen Grubenfiskus, welcher von der Regierungskommission gestützt wird.

Zusammengefaßt muß gesagt werden, daß die Hütten- und Metallarbeiterschaft des Saargebietes nicht nur auf schwere Zeiten zurückblickt, sondern ihr noch mindestens ebenso schwere Zeiten bevorstehen, daß aber diese Arbeiterschaft trotz mancher schwerer Enttäuschung treu festhielt und hält an ihren deutschen Stammorganisationen und den Tag herbeisehnt, der eine restlose Wiedervereinigung mit ihnen bringt im gemeinsamen deutschen Vaterlande.

## Die Saarbergleute unter der neuen Herrschaft.

Von Fritz R u h n e n = Saarbrücken.

Ein grauer Novembertag 1918. Die letzten deutschen Soldaten von der Front verlassen über die alte Brücke Alt-Saarbrücken, um durch Malsstatt, Burbach, Trier usw. über das Rheinufer zu kommen. Die brutalen Waffenstillstandsbedingungen verlangen, daß auf dieser Seite des Rheins sich kein deutscher Soldat im Dezember mehr aufhalten darf.

Ein Auto hält vor der Bergwerksdirektion. Französische Offiziere entsteigen dem Wagen und sie erklären der Generaldirektion, daß sie jetzt die Aufsicht über die Saargruben übernehmen. Alle Aktien wurden beschlagnahmt. Die Saarkohlengruben sollen einstweilen unter Aufsicht französischer Ingenieure weiter betrieben werden. Gerade in diesen aufregenden Tagen fanden mit der Preuß. Bergwerksdirektion Verhandlungen statt wegen der acht-

stündigen Arbeitszeit. Die Bergleute versuchten die verkürzte Arbeitszeit zu erzwingen. Doch die Militärgewalt verlangte die alte Arbeitszeit. Es kam zu Einzelfstreiks. Jetzt verhandelten die Organisationsführer mit dem ersten Chef der französischen Ingenieur-Kommission; dieser erklärte, daß die alte Arbeitszeit beizubehalten sei und falls die Arbeiter sich weigerten, würde er die schlimmsten Strafen verhängen. Die Saarbergleute mußten sich beugen.

Die „Mitteilungen“, die der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter wöchentlich an seine Mitglieder im Saargebiet herausgab, wurden sofort unter Zensur gestellt und viele blau angestrichene Stellen zeigten zu der Zeit an, daß die neuen Herrscher viele Wöschnisse, ja ganze Aufsätze verboten hatten. Selbst die Aufrufe, die die



Organisationen gemeinsam an ihre Mitglieder herausgaben, unterlagen der Zensur und wurden nicht selten von der Militärbehörde arg verstümmelt.

Der Gewerkverein hatte zu der Zeit in Lothringen noch mehrere Tausende von Mitgliedern. Er wollte diese Mitglieder weiter bedienen, doch wurde dieses von der Militärbehörde strikte verboten. Genau so wie der Gewerkverein von seinen lothringischen Kameraden getrennt wurde, wurde er auch vollständig von seiner Zentrale in Essen abgeschnitten. Die Postschafen unterlagen der Zensur, Reisen nach der Hauptgeschäftsstelle wurden nicht genehmigt. Der Gewerkverein berief bereits am 22. Dezember 1918 eine außerordentliche Generalversammlung für das Saargebiet ein. Doch auch diese wurde militärisch überwacht. Die Liste der Generalversammlungsdelegierten mußte eingereicht werden, und nur die angeführten Delegierten konnten sich an dieser Generalversammlung beteiligen. Der Gewerkverein hatte aber zu dieser Generalversammlung seine gesamten Vertrauensmänner eingeladen, um auf breiter Grundlage die Zukunft des Gewerkvereins und seine Einstellung zu dem neuen Regime zu besprechen. In dem einen Lokal tagten die offiziellen Generalversammlungsdelegierten, im Gewerkschaftshaus die Vertrauensmänner und sonstigen Funktionäre. In beiden Versammlungen wurde einstimmig erklärt, **der deutschen Gewerkschaftsbewegung die Treue zu halten**. Dieses war im Saargebiet das erste Treugelöbnis zu den Zentralgewerkschaften in Deutschland. Jetzt war grundsätzlich unsere Stellung und auch unsere Taktik festgelegt und von diesen Beschlüssen ist der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter nicht abgewichen.

Zunächst gab es sehr viele Verhandlungen, immer wieder mußten Lohnforderungen gestellt werden. Alle Verhandlungen wurden unter Aufsicht der französischen Offiziere geführt. Die schon von den Preußen eingeführte Lebensmittelversorgung wurde weiter ausgebaut. Speck, Mehl, Hülsenfrüchte wurden billig an die Bergleute abgegeben. Die Entlohnung nebenher war sehr gering, so daß bereits im März 1919 die Saarbergleute ganz impulsiv in den Ausstand traten. Derselbe wurde gegen den Willen des Gewerkvereins geführt und brach nach einigen Tagen unter der Militärherrschaft zusammen. Hunderte von Bergarbeitern wurden über den Rhein geschafft und erst später auf Drängen der Organisationen kamen diese Leute wieder zurück ins Saargebiet. Auf einzelnen Gruben, u. a. auch auf Hostenbach mußten die Bergleute Listen unterschreiben, angeblich damit ihre Kameraden wieder zurückkämen. Böse Zungen behaupten, daß diese Unterschriften mit verwandt worden seien, um die 150 000 Saarfranzosen, die bei den Friedensverhandlungen eine große Rolle gespielt haben, auf die Beine zu stellen.

Im Oktober kam es dann wieder zu gewaltigen Ausständen. Infolge Entwertung der Mark reichten die Löhne nicht aus. Hinzu kam, daß die von Deutschland ins Saargebiet gelieferten billigen Lebensmittel vielfach von den Lothringern, wo bereits der Franken eingeführt war, aufgekauft wurden. Ganze Ströme von Lothringern ergossen sich in die Saargroßstadt, ja selbst in die einzelnen Dörfer hinein, um die Läden auszufahren. Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter beschwerte sich hierüber bei der deutschen Behörde im Saargebiet, doch diese war ebenfalls der Militärherrschaft unterstellt. Offizier De Willers, der dem Landratsamt Saarbrücken, wo der Landrat von Halfern wirkte, unterstellt war, bestellte einige Führer der christlichen Gewerkschaften zu sich und erklärte, daß die Führer es in der Hand hätten, dem Elend im Saargebiet ein Ende zu machen. Sie brauchten nur eine schriftliche Eingabe an ihn zu richten, die er dann nach Frankreich weiterleiten wollte, worin von den christlichen Gewerkschaften gefordert würde, daß im Saargebiet die Verhältnisse so wie in Lothringen in Kraft treten und der Franken eingeführt würde. Mit aller Entschiedenheit wiesen die christlichen Gewerkschaftsführer dieses Ansinnen zurück. Die Lage wurde immer schlimmer. Gemeinsam gingen die Organisationen vor, um bessere Verhältnisse für die Saarbergleute zu schaffen. Am 26. Februar 1920 trat die Völkerbundsregierung die Herrschaft im Saargebiet an, nachdem die Saargruben bereits am 10. Januar in den französischen Besitz übergegangen waren. Am 7. März hielt der Gewerkverein christlicher

Bergarbeiter eine Revierkonferenz ab. Der große Saal im Johannishof war überfüllt und in dieser Konferenz legte der Gewerkverein nochmals seine Stellung dar und erklärte auch der Regierung gegenüber, daß der Gewerkverein nach wie vor an den Zentralgewerkschaften in Deutschland festhalten würde. Zudem wurde in dieser Konferenz auf die Forderungen der christlichen Gewerkschaften verwiesen, die in Form einer Denkschrift bereits unterm 22. August 1919 an den General, den damaligen Saarbedenverwalter, abgegangen war. Bis jetzt hatten die Organisationen im Bergbau gemeinschaftlich zusammengearbeitet. Doch jetzt trennten sich die Wege, da die freien Gewerkschaften, unter Führung von E. Beder, dem bekannten Franken-Beder, den Franken forderten. Wir forderten ausreichende Löhne in Mark, in dessen Beder in einem Brief an den Präsidenten der neuen Regierung den Franken forderte. Unterschriften wurden gesammelt und so erhielten dann zum ersten Male die Saarbergleute im Juli 1920 trotz Protest des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter die Frankenhöhne. Wir gönnten den Bergleuten gewiß diese damals in die Augen springende Verbesserung, doch wir wandten uns mit Recht dagegen, den Franken zu fordern, weil wir klar sahen, daß dieses Begehren von der Regierung und der französischen Bergwerksdirektion gewünscht, niemals dem Interesse des Saargebiets dienen könne, und die Entwicklung hat uns recht gegeben. Post und Eisenbahn führten später ebenfalls den Franken ein. Am 1. Juni 1923 wurde der Franken im Saargebiet allgemeines Zahlungsmittel.

Die Bergarbeiter erhielten zunächst 23 Franken pro Schicht, doch wurde im Jahre 1921 bereits dieser Lohn um 7 Franken gekürzt. Die Bergverwaltung hatte in der Zeit des Kohlenhungers direkt nach dem Krieg versucht, ihre Kohlen in den valutastarken Ländern abzusetzen. Doch bald zeigte sich, daß der Kohlenmarkt gesättigt und die Bergverwaltung infolge dieser kurzfristigen Politik in große Schwierigkeiten geriet, die letzten Endes die Bergleute auszulöffeln hatten. Im Jahre 1921 mußten die Bergleute bereits 23 Schichten feiern infolge Absatzschwierigkeiten. Das entsprach zu den Lohnkürzungen noch einen direkten Verlust von 20 160 000 Franken. Hinzu kam noch teilweise eine schlechte Behandlung. Und so führten diese Zustände im Jahre 1923 zu einem großen Bergarbeitersstreik, woran sich die gesamte Belegschaft beteiligte und der genau 100 Tage dauerte.

Es ist allgemein bekannt, daß die französische Bergverwaltung auch mit allen Mitteln versuchte, die Kinder der Bergleute in die französischen Schulen zu bringen. Allerdings Mittel wurden angewandt, um die Bergleute zu fördern. Bald wurde Zuckerbrot, bald Peitsche benutzt. Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter nahm nicht nur in Versammlungen und in seinem Vereinsorgan, sondern auch in großen Revierkonferenzen zu dieser Frage Stellung. Die französischen Schulen, die in einzelnen Orten vorübergehend stark vorangegangen waren, mußten wieder abgebaut werden.

Heute ist die wirtschaftliche Lage im Saargebiet eine rosigere, und haben darunter alle Bergarbeiter, ganz besonders die in den angrenzenden Gebieten sehr zu leiden. Augenblicklich herrscht große Not im Saargebiet, da der Franken ständig fällt, die Teuerung steigt und die Lohnerhöhung zurückbleibt. Ein Saarbergmann verdient gemessen an den Reichsmarklöhnen etwas mehr wie 3 Mark. Die Knappschafspensionäre und Witwen sind sehr übel dran, da die Renten vollständig unzureichend sind und je nach dem Kurs etwa 10—20 Mark betragen.

Die Taktik des Gewerkvereins hat sich als richtig erwiesen. Viele Anschläge sind abgeschlagen und heute können wir feststellen, daß kein vernünftiger Franzose daran denkt, daß das Saargebiet jemals Anschluß an Frankreich sucht. Wir können heute zu unserer Genugtuung feststellen, daß die Bestrebungen der Bergverwaltung, die Saarbergleute für Frankreich zu gewinnen, fast aufgehört haben. Ein veröhnlicher Geist ist eingekehrt. Die französische Bergverwaltung von 1926 ist eine ganz andere wie die von 1920 bis 1923. Es hat ein gewaltiger Umschwung stattgefunden und dieser Umschwung ist nicht zuletzt auf die korrekte Haltung der christlichen Bergarbeiter zurückzuführen. Wir haben uns von Anfang an auf den Boden der gegebenen Tatsachen



gestellt, aber stets betont, daß wir uns nicht entrechteten lassen. Wir haben uns mit erlaubten Mitteln durchgesetzt und werden das auch in der Zukunft tun. Die christlichen Bergarbeiter haben jede Gewaltpolitik verurteilt, traten

stets ein für einen gerechten Frieden und für die wahre Versöhnung der Völker, die allerdings so aussehen muß, daß jedes Volk entsprechend seiner Eigenart und seiner Kultur zur Geltung kommt.

## Die Zukunft des Saargebiets.

In der altehrwürdigen und ewig jungen Domstadt am Rhein, dort, wo der Widerstand gegen Verwelschung und Loslösung im Zusammenwirken aller Parteien geleitet wurde, treffen sich zu vaterländischem Tun die landsmannschaftlichen Verbände für Rhein, Pfalz und Saar. Gemeinsames, hartes Los und gemeinschaftliche Liebe zu Heimat und Vaterland haben ein enges, unlösliches Band geschlossen um sie alle, die am Rhein und seinen Nebenflüssen wohnen. Aufgabe des späteren Geschichtschreibers wird es sein, festzustellen, wer von ihnen das meiste getragen und das Beste geleistet hat. Hierbei werden die Saar-  
deutschen nicht schlecht bestehen. Der Druck, der auf ihnen immer noch lastet, würde ein weniger treues und weniger zähes Volk zermürben können. Die Saarbevölkerung aber hat aus diesem Druck nur immer wieder neue Hoffnung und neuen Mut, neue Widerstandskraft und neuen Willen zum Ausharren geschöpft. Die wirtschaftliche Not hat die Saardeutschen wohl härter getroffen als die Bewohner des besetzten und des besetzt gewesenen Gebietes. Sie haben zweimal die Schrecken der Inflation über sich ergehen lassen müssen. Hierunter leidet die ganze Bevölkerung gleichmäßig. Beamte, Angestellte und Arbeiter empfangen kärgliche Entlohnung in entwerteten Franken. Die Invaliden der Arbeit und ihre Angehörigen können kaum ihr Leben fristen. Alle Bemühungen der Regierungen des Reiches und Preußens haben nicht ausgereicht, um ihre gerechten Ansprüche zu befriedigen. Das Wirtschaftsleben ist auf das schwerste geschädigt. Die hochentwickelte Eisenindustrie, deren Abfall nach dem übrigen Deutschland durch die Bestimmungen des Friedensvertrages gehemmt ist, wird in Frankreich als lästiger Wettbewerber angesehen. Der Kohlenbergbau, unter preußischer Verwaltung einst ein ertragreiches, unerschöpflich scheinendes Unternehmen größten Ausmaßes, leidet Not. Gleichwohl harret das treue Volk an der Saar aus. Es gibt keine wichtigere Aufgabe für die Reichsregierung und das ganze deutsche Volk als unablässig und mit voller Kraft darauf zu

drängen, daß die Besatzungsfrist im Rheinland möglichst abgekürzt und die Befreiung des Saargebietes so schnell als möglich herbeigeführt wird. Unsere Gegner müssen sich vor der Erkenntnis beugen, daß die Fristen, die der Vertrag von Versailles vorsieht, nicht aufrechterhalten werden können, wenn Europa wirklich zum Frieden, zur Ordnung und zu einer gesunden Wirtschaft gelangen soll. Es wäre nicht schwer, nachzuweisen, daß der Währungsverfall in Frankreich in ursächlichem Zusammenhang mit diesen untragbaren Bestimmungen des Vertrages steht. Wir alle hoffen auf eine baldige Befreiung der Saar. Dann aber treten zwei große wirtschaftliche Forderungen gebieterisch an das Land Preußen, aber auch an das Reich heran, mit deren Vorbereitung schon jetzt begonnen werden muß. Die erste Aufgabe ist die Versorgung des Saargebietes mit elektrischer Energie. Sie muß weitschauend, einheitlich und nach großen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Die Aufgabe kann nur bewältigt werden, wenn Reich und Land sich mit den Gemeinden und der Privatwirtschaft in verständnisvollem Zusammenwirken vereinigen. Energiequellen sind im Saargebiet in reicher Menge vorhanden. Kohle und Wasserkraft verbürgen Erfolg. Starkstromleitungen müssen ein neues, festes Band zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland werden. Hand in Hand damit geht das Problem der Saarkanalisation. Im alten Staate scheiterte der große Plan an regionalen, wirtschaftspartikularistischen Widerständen. Ich hoffe, daß diese Widerstände nicht mehr bestehen. Jedenfalls müssen sie unter allen Umständen überwunden werden. Es ist eine Lebensfrage für das Saargebiet, daß ein Schiffahrtsweg ihm neue Verkehrsmöglichkeiten in das Innere Deutschlands erschließt. Der Preußische Landtag wird darüber wachen, daß dem Saargebiet sein Recht wird.

Justizrat Falk-Köln a. Rh., M. d. L.

## Ein Gruß aus dem Reiche.

Bald kränzt in all dem schweren Leide  
Der Frühling auch das deutsche Land,  
Und über seinem Trauerkleide  
Streut Rosen aus die junge Hand.  
Doch würde wohl vor bitterer Schande  
Manch helles Auge tränenblind,  
Wenn nicht mehr deutsch die deutschen Lande  
Und fremder Knechte Deutsche sind!

Wo hell durch waldiger Höhen Enge  
Mit ihren Wassern spiegelnd klar,  
Durch rebenübergrünzte Hänge  
Sich rauschend drängt die schnelle Saar,  
Wo in der Berge dunklem Grunde  
Erwächst der Kohle schwarzes Gold,  
Und wo erklingt aus deutschem Munde  
Die deutsche Rede hell und hold —

Auch dort, auch dort mit tausend Listen  
Begehrt man edles deutsches Gut,  
Versucht, sich heimlich einzunisten —  
Seid, deutsche Männer, auf der Hut!  
O, trogt den drohenden Gewalten,  
Vertrauet auf der Väter Geist —  
Den Frieden wollen wir nicht halten,  
Der deutsche Gaue uns entreißt.

Der Tag der Ostern kommt geschritten,  
Da alles Leben froh erwacht.  
Herrgott im Himmel, laß dich bitten:  
Führ' uns zum Licht aus tiefer Nacht.  
Bernimm aus hunderttausend Kehlen  
Das tiefe, brünstige Gebet:  
Gib, daß in allen deutschen Seelen  
Die deutsche Ehre aufersteht.

Paul Warnde.





# Saarländer Humor in alter und neuer Zeit.

Von Albert Zühke-Saarbrücken.

Der saarländische Humor in alter und neuer Zeit bildet stets ein gern gelesenes Kapitel des Saarkalenders. Um hier dem Leserkreis entgegenzukommen, sind für den nächsten erscheinenden Saarkalender 1927 über 250 Witze und Anekdoten im Saarrevier gesammelt worden. Heute möchte ich der Sonderausgabe des „Saarfreund“ anlässlich der sechsten Tagung des Bundes der Saarvereine eine kleine Auswahl der überaus lustigen Sammlung bieten.

**Ein lustiges Stüdchen** wird von zwei alten St. Johanner Freunden erzählt. L. gerät, wie es in jetziger Zeit nicht wundernimm, in pekuniäre Verlegenheit und geht, um Rücksprache mit R. zu nehmen, der ihm an jedem Skatabend versprochen hatte, hilfreich einzuspringen. Das waren, wie überall, liebe Worte, zur schönen Tat kam es natürlich nicht. L. geriet dadurch in leichtbegreifliche Erregung, wurde schließlich wütend, traktierte den alten Freund mit Grobheiten und Beleidigungen, warf schließlich die Türe zu und stürmte die Treppe hinunter. R. in voller Hast ihm nach und ruft dem Enteilenden zu: „— und was du jetzt denkst, das tu' ich ganz bestimmt auch nicht!“

**Die „Milchkuh“ in der Grube.** In Flöz 5 der Grube B. ist ein Kohlenstok, der wegen seiner guten Lagerverhältnisse den Abteilungssteiger bei Erreichung seines „Förderfolles“ noch nie im Stiche gelassen hat. Der Steiger bezeichnet den Ingenieur gegenüber diesen Arbeitspunkt als seine frische Milchkuh. Wie es überall jetzt bei uns so geht, so geschah es auch hier; infolge Holzmanns ging dieser Kohlenstok zu Bruch. Der französische Ingenieur befährt in Begleitung seines höheren Vorgesetzten den Arbeitspunkt und wütend darüber, daß in der Abteilung nur mehr die Hälfte des „Folles“ gefördert wird, und vielleicht auch deshalb, weil er sich bei seinem Vorgesetzten den Anschein geben wollte, daß er in die deutsche Sprache und Ausdrucksweise der Belegschaft eingeweiht ist, fährt er den Steiger an: „Was — haben Sie gemacht. Sie haben Ihre Kuh milch gestorben gemacht!“

**Von französischen Bergbeamten.** In der Wetterbreite Flöz 7 ist eine Luftleitung geplakt. Der Reparaturschlosser hat ein Pakstüd eingeseht, das zu kurz ist; infolgedessen bläst die Leitung so stark, daß große Druckverluste entstehen. Der Steiger in Begleitung des Ingenieur ordinar erscheint. Letzterer schimpft wie immer. Der Steiger will beruhigen und sagt: Die Sache könnte längst erledigt sein, aber der Mann hat kein Augenmaß, sonst würde das Rohr passen. Nun rollert der Ingenieur: „Du was haben wir Servis-Magazin? Schreiben Sie Bon für Augenmaß!“

**Der Wink mit dem Raumpfahl.** In einem evangelischen Ort in der Nachbarschaft Saarbrückens sollte ein Pfarrer gewählt werden. Die Proprediaten der für die Stelle interessierten Kandidaten waren erledigt, aber die Gemeinde konnte sich nicht schlüssig werden, welchem Kandidaten sie ihr Seelenheil anvertrauen sollte. Einer der Bewerber, der seine Propredigt längst absolviert hatte und sehr eifrig auf ein heimliches Pfarrhaus wartete, um die Braut heimzuführen, mußte eines Sonntags zum zweitenmal im Ort Gottesdienst halten. Er wählte als Thema der Predigt die Schriftworte: Bist du es, der da kommen soll, oder sollen wir eines andern warten? 3 Wochen später wurde er einstimmig zum Pfarrer gewählt.

**Höflichkeit ist eine Pler.** Minnichs Menne, ein alter Tanzmeister St. Johannis, der seine Übungsstunden in einem kleinen Saale der Kröschengasse abhielt, tröstete einmal die sich schon recht ungeduldig benehmenden Buben mit folgenden Worten: „Ihr Herre. Ihr müht noch warte, denn uns're Damen müssen heit uf Pöbste Hitt eine Stunde über-schaffen!“

**Die lange Bank.** Am neuen Landgericht, dem Sine der Regierungskommission, ist ein Mann damit beschäftigt, Stühle, die seitwärts vom Eingang aufgestapelt sind, ins Gebäude hineinzutragen. Zu einem Regierungsbeamten, der sich den Stuhltransport ansieht, tritt ein Hier als Witz-

bold bekannter Junggeselle und meint: „Sie vermissen hier wohl auch die bekannte lange Bank, auf die die Regierungskommission alles zu schieben pflegt.“

**Auf ein Verbot der Regierung,** das die Aufführung von Schillers Drama „Wilhelm Tell“ auf der bekannten Illinger Freilichtbühne untersagte, lese ich zu meinem stillen Vergnügen eine Anzeige, in der es heißt: „Von jetzt ab: Götz von Berlichingen“.

**Drei Aerzte** fahren in einem Abteil in der Bahn und unterhalten sich, wobei jeder seine Kunst in das rechte Licht zu stellen sucht. Der erste: „Meinen größten Erfolg hatte ich im Kriege bei einem Soldaten, der durch eine Granate beide Beine verlor. Die nach meiner Anordnung angefertigten Prothesen und die gute Heilung ermöglichten dem Manne, heute als Schnellläufer aufzutreten. Der zweite: „Ich heilte die Wunden eines Mannes, der beide Arme einbüßte so vortrefflich, daß er heute mit den künstlichen als Preiskörner sein Leben fristet“. Der dritte: „Ich hatte noch mehr Glück. Einem Soldaten wurde durch das Sprengstück einer Granate der halbe Schädel weggerissen. Schnell wurde das fehlende durch ein frisches Kalbsgehirn ersetzt und heute ist der Mann eine Nummer“. Das fröhliche Lachen der beiden Kollegen ließ ihn seinen Satz nicht vollenden, so daß man leider nicht erfahren hat, wo diese Nummer steckt.

**Wetter oder kein Wetter.** Als einst „Jakobs Gärtchen“, eine Wirtschaft auf dem Triller, eröffnet werden sollte, erschienen Anzeigen in der „Saarbr. Ztg.“: „Bei schönem Wetter Eröffnung der neuen Wirtschaft „Jakobs Gärtchen“ auf dem Triller“. Jedesmal regnete es aber in Strömen und Jakob behielt Bier und Braten. Ungehalten über sein Pech erließ er nun folgende Anzeige: „Eröffnung der Wirtschaft „Jakobs Gärtchen“ auf dem Triller, nachmittags 3 Uhr, ob Wetter oder kein Wetter, wozu ergebenst einladet. Jakob, Wirt.“

**„Er paßt zum Direktor“,** ein Wort, das ich oft in ironischem Sinne höre, wenn jemand untauglich und völlig unbrauchbar in seinem Rache ist. Ueber die Herkunft des Ausdrucks wird mir nachstehendes erzählt: Der alte K war bei der Firma Böding und Dießsch eine Reihe von Jahrzehnten als Faktotum tätig. Eines Tages erschien er mit seinem 14jährigen Jungen und wandte sich an den Bureauchef mit der Bitte, ihn Herrn Böding zu melden. In seiner lebenswürdigen Art empfing dieser den Petenten. „Es handelt sich um die Zukunft meines Sohnes, ich möchte bitten, ihn in der Firma anzustellen“. „Gut, das soll geschehen, aber wohin stecken wir den Jungen? Antwort: „Wissen's, ich mein, er paßt zum Direktor!“ Der Chef der Firma war tagelang über diesen unfreiwilligen Witz bester Laune und scherzte noch viel mit seiner „rechten Hand“ über dessen in Aussicht genommenen Nachfolger.

**Vorsicht ist die Mutter der Weisheit!** Ein St. Johanner Handwerksmeister stand morgens in der bekannten Wirtschaft „Alt St. Johann“ am Büfett; er hatte „Eene ge-teent“, als ein Schieber — es war kurz nach dem Kriege — zu ihm kommt und ihm Lötzinn anbietet. Der Meister war ob derartiger Angebote vorsichtig geworden und sagte zu ihm: „Sah emol, haschde Peshpreise, odder sinn se freibleibend Verchesflur? (Auf der Verchesflur ist das Gefängnis.)

**Marshall Wad von St. Johann.** Als der alte Napoleon 1812 die Nassau-Saarbrücker für seinen Feldzug nach Rußland aushob, mußte auch ein alter St. Johanner namens Wad mit. Jeder Troupier hatte damals den Marshallstab im Tornister, und so sagte auch unser guter Wad, als er sich verabschiedete: „Entweder komme ich als Marshall oder nie wieder.“ Es kam aber anders, denn er kam mit einem Schuß in die Ferse zurück, beim Fortlaufen hatte er ihn erhalten. Seitdem hieß die Familie Marshall Wad.

**Rahenjammer und Leberwurst.** Der Schorsch und der Johann begegnen sich auf der Eisenbahnstraße. „Ei, wie



fiescht dann du aus“, fragt der Schorsch „...mr ment, dir wär's nit gutt?“ „S'is mer aach nit gutt — ...Johann... ich han mich verkält.“ „Was hascht de dann gemacht Schorsch?“ „Ja, weeschte, vorgischtern bin ich uff der Rechelbahn uff em Krahne gewehn, und do hann mer zwar feste gesoffe, awer do hats aach so gezoh... un do is mir kalt wer und ich bin hemm... und wie ich hemmtomm bin, han ich noch Dorfscht gehatt, und do bin ich in die Rich und han e Glas Wasser getrunk... und das Wasser kann ich eemohl nit vertrahn, und wie ich das Wasser getrunk han, han ich so Hunger kritt, und da hat so e kalt Lewerwurscht do gestand, und do hann ich mich dran gemacht, awer die is mer in de Bauch gefahr wie e kalt Schlang... un seitdem is es mir nit gutt...“ „Jo, jo,“ sagt der Johann, „mei liewer Schorsch, es is nix so kalt wie e kalt Stüd Lewerwurscht“.

**Aus meiner saarländischen Gymnasialzeit.** Ein alter, aus Friedrichstal stammender Ingenieur schreibt mir: Professor Kr. hatte in seinen jungen Jahren einmal eine große Reise gemacht, von der er uns Schülern in der Geographiestunde an Hand des Wandatlases zu erzählen pflegte. Er war schwerhörig, und sobald er anhub zu erzählen, erhob sich daher in der Klasse ein Gesumm im Chor: Geloh... is geloh... geloh... — Merkwürdig, sagte er, sobald ich den Atlas aufpflanze, entsteht hier ein Gebrumme wie von einem Bienenschwarm. Könnt ihr euch denken, woher das kommt? — Dieser Professor war sonst sehr friedfertig, aber er liebte es durchaus nicht, unterbrochen zu werden, wenn er vortrug. Aber, da er schwerhörig war, setzten wir Schüler unsere Privatgespräche trotzdem fort. „Da is doch zu doll“, schrie er plötzlich, „jedesmal, wenn ich den Mund auf tue, fängt ein Schafskopf an zu reden“.

**Der unsichere Kirchenbaugrund.** Ein Pastor auf dem Hunsrück gerät mit dem Landrat in einen Streit wegen des Baues einer Kirche. Die Gemüter erhitzten sich, bis der Pastor das Rededuell abbricht mit den Worten: „Die Kirche wird errichtet, und wenn ich sie auf den Hintern meiner Bauern bauen soll!“ Der Landrat fühlt sich beleidigt und beschwert sich beim Generalvikariat in Trier. Der Geistliche wird zitiert und der Generalvikar Reik gibt sich alle Mühe, den Pastor zu einer Entschuldigung bei dem Landrat zu bewegen. Vergeblich. „Ich tue es nicht, der Hochwürdigste Herr Bischof soll entscheiden!“ „Einverstanden!“ sagt Reik, „gehen Sie zu ihm, er ist bereits über den Fall informiert“. Bischof Korum hört den Angeschuldigten in seiner vornehmen Weise ruhig an und sagt dann lächelnd: „Zu dem Baugrund, auf dem Sie die Kirche erbauen wollen, kann die kirchliche Behörde niemals ihre Zustimmung geben!“

**Bürgermeister und Bürger** haben selten ein friedliches Verhältnis gehabt. Handelt es sich um Neuerungen, so erhebt sich ein großes Klagegeschrei, das gilt nicht allein für die neue und neueste Zeit, es war in Saarbrücken ein von altersher geheiliter Brauch. Anfangs der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts waren die Bürgersteige noch mit kleinen Boveiern gepflastert, die von den nach der Straße führenden Küchenabwässern stets beschmutzt waren. Der Altsaarbrücker Stadtrat beschloß daher, daß alle Röhren der Küchenabflüsse nach der Hofseite zu verlegen seien. Der Bürgermeister Schmidtborn erhielt darauf folgenden Brief eines Bürgers aus der Meher Straße:

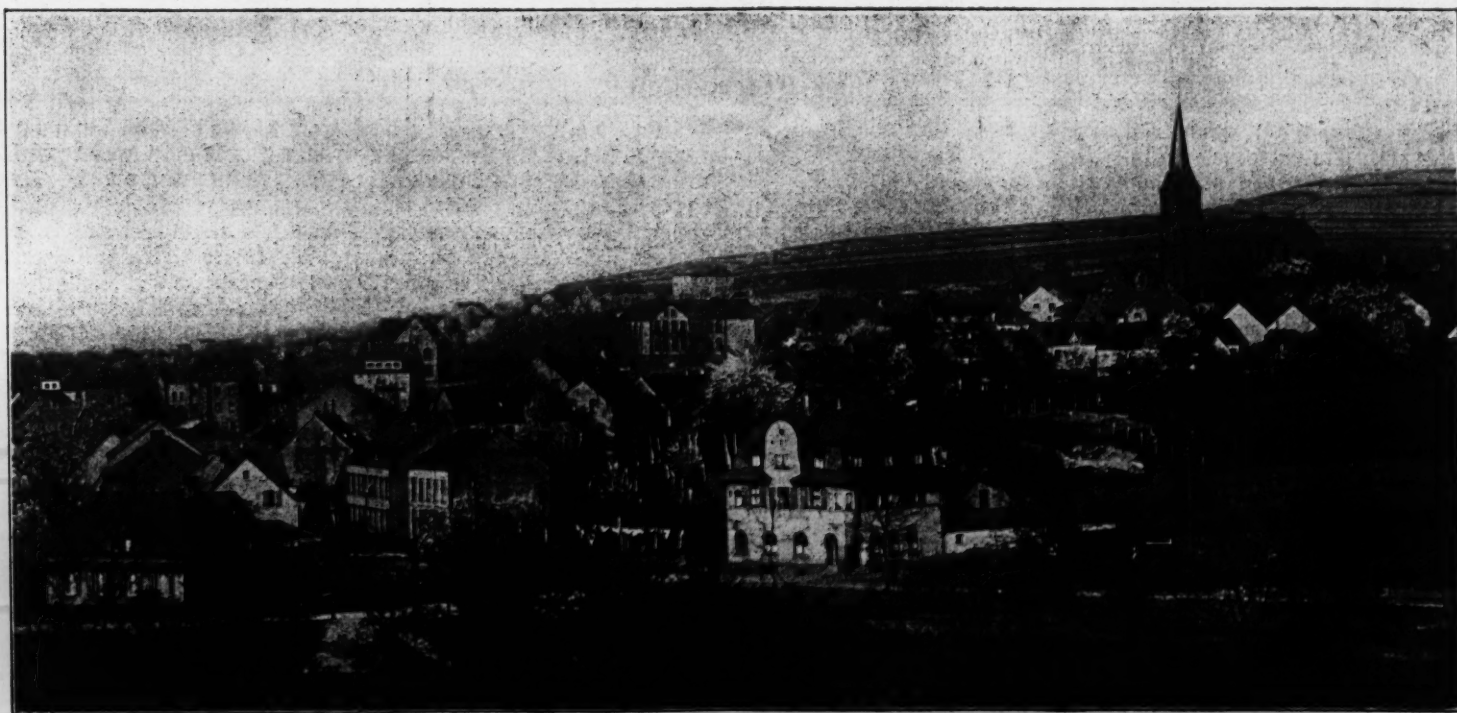
„Sehr geehrter Her Burgemeister!“

40 Jahr hann ich mei Wasser voreaus laafe lasse, nu soll ichs hinneaus laafe lasse, das do kann ich nit.“

**Prüfung der Konfirmanden** (Ludwigskirche 1926). Pfarrer: „Am Palmsonntag werdet ihr nun, liebe Kinder, in die Gemeinde aufgenommen. Der Tag ist eine Stunde eurer Eltern und eures Dankes gegen Gott. Ein Ehrentag für euch. Warum ist es für euch eine Stunde des Dankes gegen Gott und ein Ehrentag? Antwort eines Knaben, die er laut schmetternd durch die Kirche klingen läßt: „Weil mer do nit mehr in die Schule brauche!“ Ueberraschende Wirkung, im ganzen Gotteshaus mühsam unterdrücktes Lachen.

**Die hohen christlichen Feiertage.** An dem Prüfungstage der Konfirmanden in Saarbrücken stellt der Pfarrer einem Prüfling folgende Aufgabe: „Nenne mir die christlichen Feiertage!“ Der Junge zählt sie auf, aber einer fehlt. Pfarrer: „Ein Tag ist deinem Gedächtnis entfallen, sinne mal nach, welchen hohen Feiertag du vergessen hast“. Der Junge nach einigem Grübeln: „Jetzt weiß ichs, Herr Pfarrer, die Jahrtausendfeier“. Die Gemeinde nickte lächelnd zustimmend.

**Die zuverlässige Bierprobe.** Das „Nähtörbchen“ in der Fürstenstraße war einst eine der besten Bierwirtschaften in St. Johann. Es hatte noch für die Gäste den Vorteil, daß sein Wirt als origineller Kauz in den Städten bekannt war. Der alte Fix war es, immer schlagfertig, niemals ließ er sich aus der Fassung bringen. Eines Tages fragten ihn zwei Gäste, um ihn zu uzen, ob das von ihm verzapfte Bier obergärig oder untergärig sei. Er erwiderte sofort den Neugierigen mit überlegener Miene: „Ei, was froe ner dann mich do, ihr Dirmele. Sausen eich emol voll, wanns owe eraus kommt, wars obergärig, kommts unne eraus, wars unnergärig.“



Püttlingen. Dirsteil Bengelen mit der Liebsfrauenkirche.



# Aufruf

## zur Deutschen Rundgebung für Rhein, Pfalz und Saar

anlässlich

der 6. Tagung des Bundes der Saarvereine in Köln a. Rh.

am 14. und 15. August d. J.

Die im Westausschuß in Berlin seit Jahren vereinigten landsmannschaftlichen Verbände des deutschen Westens, der Reichsverband der Rheinländer, der Bund der Saar-Vereine, Verein der Pfälzer u. a. halten zum ersten Male auf befreitem rheinischen Boden ihre Jahrestagung ab und verbinden damit eine gemeinsame Rundgebung zur Befreiung der noch unter fremdem Druck schmachenden unerlösten rheinischen Brüder.

Eindringlich und vernehmlich wollen die in nationaler Einmütigkeit geschlossenen Verbände ihre Stimmen erheben hinüber in die zweite und dritte Zone des noch besetzten Gebietes, hinüber in das Saargebiet, das noch immer auf die Abstimmung warten muß, hinüber auch zu den

Brüdern, die deutsch sind und immerdar deutsch bleiben wollen, auch wenn ihre staatliche Einordnung eine andere ist. Ihnen allen gilt das Treubekenntnis, zu ihnen allen erklingt — neben der berechtigten Freude über die Befreiung der ersten Zone — der Ruf: „Wir vergessen euch nicht!“

Rege wird die Beteiligung aller Angehörigen der genannten Verbände sein, in großer Zahl werden die Brüder, soweit die deutsche Zunge klingt, zur Kölner Tagung fahren. Um auch dem erhabenen Gedanken der Tagung einen besonderen würdigen Ausdruck zu verleihen, werden die großen und angesehenen Verbände und Organisationen der Stadt Köln selbst in statlicher Stärke der gemeinsamen Rundgebung sich anschließen.

### Der Vorsitzende des Ehrenausschusses:

Dr. Horion, Landeshauptmann der Rheinprovinz.

### Der Reichsverband der Rheinländer:

Der Vorsitzende: Präsident Dr. Kaufmann.

Der Geschäftsführer: Alökner.

### Der Bund der Saarvereine:

Der Vorsitzende: D. Andres, Oberlandesgerichtsrat. Der Geschäftsführer: Th. Vogel, Verwaltungsdirektor.

### Verein der Pfälzer:

Direktor Fraenger.

### Rheinische Frauenliga:

Freiin Dr. von Hertling.

### Der Ehrenausschuß:

Graf Adelmann von Adelmansfelden, Regierungspräsident, Köln. Gräfin Adelmann von Adelmansfelden, Frauen-Liga, Köln. Dr. h. c. Adenauer, Oberbürgermeister, Köln-Lindenthal. Frau Dr. Adenauer, Köln-Lindenthal. Dr. Ahn, Kommerzienrat, Köln. Albers, 1. Vorsitzender der christl. Gewerkschaften, Köln. Andres, Oberlandesgerichtsrat, Raumburg a. d. S. Frau Dr. Auerbach, Frauen-Liga, Köln. Bachem, Regierungsrat, M. d. L., Berlin. Frau Bachem-Sieger, Frauen-Liga, Köln. Bartels, Präsident des Preuß. Landtags, Berlin. Baumüller, 1. Vorsitzender des Saar-Vereins, Köln-Klettenberg. Dr. Bayersdörfer, Geheimer Sanitätsrat, M. d. R., Neustadt-Haardt. Dr. Beder, Reichswirtschaftsminister a. D., Darmstadt. Beder, Bürgermeister, Siegburg. Bergemann, Regierungspräsident, Düsseldorf. Bergmann, Beigeordneter, M. d. L., Köln-Mülheim. Bentele, 1. Vorsitzender des Bayern-Vereins, Köln-Braunsfeld. Dr. Best, Finanzgerichtspräsident, Köln. Blumenau, Vors. des Vorstandes der Synagogengemeinde, Köln. Bracht, Oberbürgermeister, Essen. Professor Dr. Brinkmann, Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf, Bonn-Poppelsdorf. Brues, Hauptschriftleiter des Stadt-Anzeigers, Köln. Dr. Brugger, Staatssekretär a. D., Berlin. Frau Dr. Brugger, Berlin. Frau Kommerzienrat Charlier, Köln-Mülheim. Cleff, Berghauptmann, Halle a. d. S. Dr. Cramer, Leiter des Presseamts, Köln-Mülheim. Dr. Cremer, Oberbürgermeister, Rheindt. Custodis, Rechtsanwalt, Domsyndikus, 1. Vors. der Anwaltskammer des OLG-Bezirks Köln, Köln. Dr. Deckerberg, M. d. L., Berlin. Deichmann, Kommerzienrat, Köln. Frau Ada Deichmann, Frauen-Liga, Köln. Dide, Oberbürgermeister, Solingen. Dombois, Senatspräsident des Preuß. OLG. i. R., Berlin-Wilmersdorf. Dominicus, Staatsminister a. D., Berlin-Schöneberg. Dönhoff, Staatssekretär, Berlin. Dröge, Bergassessor und Bergwerksdirektor a. D., Berlin. Dr. von Dryander, Geheimerat, M. d. R., Berlin. Dr. Duisberg, Geh. Regierungsrat und Generaldirektor, Leverkusen. Professor Dr. Dyroff, Rektor der Universität Bonn, Bonn. Eberhard, Landrat, Köln-Mülheim. Dr. Eckert, Bürgermeister, Mörs. Eichhoff, Landgerichtsdirektor, M. d. L., Berlin. Essen, Dipl.-Landw., 1. Vors. des Studentenausschusses der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf, Bonn-Poppelsdorf. Esser, M. d. R., Berlin. Dr. Falk, Oberbürgermeister, Bonn. Falk, Justizrat, M. d. L., Köln. Frau Else Falk, Frauen-Liga, Köln. Felt, Direktor, Berlin-Schöneberg. Flemming, Geh. Oberbergerrat, Berlin. Fraenger, Bankdirektor, Berlin-Charlottenburg. Frau Minister Freken, Köln-Lindenthal. Dr. Fuchs, Oberpräsident der Rheinprovinz, Koblenz. Fuchs, Berghauptmann, Bonn. Giehlen, Oberbürgermeister, M.-Gladbach. Frau Giese, M. d. L., Berlin. Gilsbach, Verleger, Köln. Gödde, Verband Kölner Turnvereine, Köln.



Buchheim, G. Örgen, Postinspektor, Vorj. d. Landesverbandes Rheinland d. deutschen Beamtenbundes, Köln-Deuk. v. Guérard, Oberregierungsrat, M. d. R., Berlin. v. Guérard, Reichsbahndirektions-Präsident, Köln. Frau v. Guérard, Frauen-Liga, Köln. Freiherr Th. v. Guilleaume, Geh. Kommerzienrat, Köln. Haas, Beigeordneter, M. d. L., Köln-Klettenberg. Haese, M. d. L., Berlin. Dr. L. Hagen, Geh. Kommerzienrat, Präsident d. Handelskammer, Köln. Dr. v. Halfern, Regierungspräsident, Hildesheim. Hammels, Weihbischof, Köln. Dr. Hartmann, Oberbürgermeister, Barmen. Dr. Hartmann, Oberbürgermeister, Remscheid. Hartwig, M. d. R. und des Reichsenats, Spandau. Hasenmüller, Hauptschriftleiter der „Kölnischen Zeitung“, Köln. Haumann, Landesführer der Bismarckjugend, Köln-Klettenberg. Havenstein, Oberbürgermeister, Oberhausen. Dr. Heimann, Generaldirektor d. Reichsnappschaff, Berlin-Charlottenburg. Dr. Heimann, M. d. L., Berlin. Heimann, Landrat, Köln. Heising, Geheimrat, Landrat a. D., Berlin. Dr. Hendrichs, 1. Vorj. „Deutscher Bürgermeisterbund“, Landesverband Rheinland-Westfalen, E. B., Bork i. Westf. Dr. v. Henle, Regierungspräsident, Würzburg. Henn, Großmeister des „Jungdeutschen Ordens“, Köln. Henseler, Stadtverordneter, Köln-Deuk. Dr. Herle, Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Berlin. Irl. Dr. Frein v. Hertling, Frauen-Liga, Berlin. Heufeshoven, stud. rer. pol., Vertreter der Studentenschaft Köln, Köln-Ehrenfeld. Frau Heyder, Frauen-Liga, Köln. Dr.-Ing. h. c. Hilger, Geh. Bergrat, Haus Aynast, Zitzschewig, Bez. Dresden. Frau v. Hindenburg, Berlin. Dr. Hoeber, Hauptschriftleiter der „Köln. Volkszeitung“, Köln. Hofmann, M. d. R., Ludwigshafen. Holle, Geh. Regierungsrat, Oberbürgermeister a. D., Berlin-Charlottenburg. Halle, Oberpostdirektor a. D., Osnabrück. Frau Antonie Hopmann, Frauen-Liga, Köln. Dr. Horion, Landeshauptmann der Rheinprovinz, Düsseldorf. Horn dasch, Vorsitzender des Verbandes Kölner Presse, Köln. Jakobshagen, M. d. R., Berlin. Janzen, M. d. R., Berlin. Dr. Jarres, Reichsminister a. D. und Oberbürgermeister, Duisburg. Dr. Joerissen, M. d. R., Berlin. Dr. Johannsen, Oberbürgermeister, Krefeld. Justizrat Dr. Kaiser, Rechtsanwalt, Köln. Dr. Kalle, M. d. R., Vorj. des Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete, Berlin. Karius, Geschäftsführer, Hannover. Dr. Kaufmann, Präsident, Berlin. Kayser, Ingenieur, Durlach. Dr. Kirschbaum, Oberbürgermeister, Elberfeld. Frau Kirschmann-Köhl, M. d. L., Köpenick. Dr. Klamt, M. d. L., Berlin. Kleinmeyer, M. d. L., Berlin. Dr. Klingemann, Generalsuperintendent, Koblenz. Klingenburg, Superintendent, Köln. Klöcker, Geschäftsführer des Reichsverbandes der Rheinländer, Berlin. Dr. Klönne, M. d. R., Berlin. Dr. A. Klostermann, Rechtsanwalt und Notar, Berlin. Kloth, Regierungsbaumeister und Stadtverordneter, Köln-Marienburg. Klupsch, M. d. L., Berlin. Dr. Kober, Rabbiner, Köln. Korell, M. d. R., Berlin. Dr. Kork, Oberstudiendirektor, Köln-Nippes. Kraiger, Geh. Postrat, Präsident der Oberpostdirektion Köln, Köln. Krist. Kraus, Direktor, Berlin. Dr. Kruse, Generaldirektor, Köln-Braunsfeld. Frau Thun Lang-Brumann, M. d. R., München. Dr. Langen, Generaldirektor, Vorj. der Vereine der Industriellen, Köln-Lindenthal. Launing, Steuerinspektor, Schriftführer des Kriegerverbandes des Regierungsbezirks Köln, Köln. Dr. Lauscher, M. d. L., Berlin. Dr. Lehr, Oberbürgermeister, Düsseldorf. Lewerenz, M. d. L., Berlin. Dr. Lilienfeld, Rechtsanwalt, Verein der vertriebenen Elaf-Lothringer, Köln. Lind, M. d. R., Berlin. Löbe, Reichstagspräsident, Berlin. Löffler, Direktor des Reichstohlenverbandes, Berlin. Dr. Loehrs, Ministerialdirektor im Preuß. M. d. J., Berlin-Schöneberg. Dr. Lohmer, Medizinalrat, Kreisarzt, Köln-Marienburg. Loose, Rittmeister a. D., Köln-Lindenthal. Frau M. E. Dr. Lüders, M. d. R., Berlin. Freiherr v. Lüninck, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer, Bonn. Maehler, Vorsitzender des Zweckverbandes für Leibesübungen, Köln. Mangold, Oberbürgermeister a. D., Darmstadt. Marshall, Religionslehrer, Zentralbildungsausschuß der kath. Verbände Deutschlands, Köln. Martell, M. d. L., Berlin. Martin, M. d. L., Berlin. Makerath, Bürgermeister, Köln-Braunsfeld. Dr. Marx, Reichstanzler, Berlin. Frau Dr. Marx, Berlin. Dr. v. Maur, Generalleutnant, Stuttgart. Maus, Konsul u. Verleger, Köln. Meininger, Druckereibesitzer, Neustadt-Haardt. Frau Alara Mende, M. d. R., Berlin. Dr. Middendorf, Prälat und Dompropst, Köln. Mirbach, Rheinischer Sängerbund, Köln. Dr. Mom, Regierungspräsident, Potsdam. Mönning, Justizrat und Rechtsanwalt, Köln. Frau Mönning, Frauen-Liga, Köln. Dr. Müller, Generaldirektor, Vorj. der Vereinigung Kölner Arbeitgeberverbände, Köln-Marienburg. Frau Paula Müller-Dorfried, M. d. R., Hannover. Müller-Machens, Reichswirtschaftsgerichtsrat, Vorj. des Kölner Senats des RWG., Köln. Naß, Pfarrer, praeses presbyterii, Köln. Nattermann, Generalsekretär des Verbandes kath. Gesellenvereine, Köln. Frau Nemnich, Frauen-Liga, Köln. Neven Du Mont, Kommerzienrat, Verleger, Köln. Frau Alice Neven Du Mont, Frauen-Liga, Köln. van Norden, Vorsitzender des Kölner Detailisten-Verbandes, Köln. Nork, Generalstaatsanwalt, München. Nehme, Generalkonsul, Vorj. des Verbandes Kölner Großfirmen, Köln-Lindenthal. Otter, M. d. L., Berlin. Pech, Vorsitzender des Vereins Kölner Innungen, Köln-Ehrenfeld. Dr. Peusquens, Oberregierungsrat, Reichsvermögensamt, Köln. Dr. Pfeiffer, Oberarchivar, Speyer. Dr. Pfeiffer, Generalsekretär der Bayr. Volkspartei, München. Pferdenges, Bankdirektor, Vorj. der Vereinigung von Banken und Bankiers, Köln. Dr. Pöeverlein, Oberregierungsrat, Speyer. Dr. Porcher, Präsident des Landesfinanzamts, Köln. Richard Posselt, Chefredakteur, Berlin. Prayon, Markwart der Bismarckjugend, Köln. Dr. Quessel, M. d. R., Berlin. Rademacher, Hauptschriftleiter des „Kölner Tageblatts“, Köln-Deuk. Dr. Raschig, Fabrikant, Ludwigshafen. Rauijch, Gau-Geschäftsführer des G. D. A. Rheingau, Köln. Frau von Rautenstrauch, Frauen-Liga, Köln. Reichark, Oberlandesgerichtspräsident, Köln. Rings, Stadtverordneter, Köln. Frau Roberk, Stadtverordneter, Köln. Röhlle, M. d. L., Berlin. Dr. Rosensthal, Rabbiner, Köln. Professor Dr. Rühlmann, Leiter der Rhein. Volkspflege, Berlin. Dr. Rust, Generalstaatsanwalt, Köln. Dr. Sauer, Justizrat, Vorj. des Kaufmanns- u. Gewerbegerichts, Köln. Frau Luise Schiffgens, M. d. R., Berlin. Dr. Schlenker, Handelskammer, Düsseldorf. Schmid, Staatssekretär, Reichsministerium für die besetzten Gebiete, Berlin. Schmidt, Verlagsdirektor, Berlin-Schöneberg. Dr. Schmittmann, Landesfinanzamts-Präsident, Düsseldorf. Frau Viktor Schnitzler, Frauen-Liga, Köln. Dr. Schollen, Oberlandesgerichts-Präsident, Düsseldorf. Schramm, Oberstleutnant, Köln-Mülheim. Schulze-Schuchardt, Reichsbankdirektor, Köln. Schwecht, M. d. L., Berlin. Dr. Schwering, Beigeordneter, Köln. Seibert, Stuttgart. Sicking, Oberstleutnant a. D., Berlin-Lichterfelde. Dr. Silberberg, Vorstand d. Rhein. Akt.-Ges. für Braunkohlenbergwerk, Köln. Sprenger, M. d. L., Berlin. Spurken, Schulrat, Trier. Stegerwald, Ministerpräsident a. D., Berlin-Dahlem. Dr. Stemmler, Sanitätsrat, Bad Ems. Stiehl, Staatsanwaltschaftsrat, Vorj. des Kreis-Kriegerverbandes Köln-Stadt, Köln. Dr. Stier-Somlo, Rektor der Universität Köln, Köln. Strauß, Geh. Regierungsrat, Köln-Bayenthal. Stuhmann, M. d. L., Berlin. Dr. Südekum, Staatsminister a. D., Berlin-Zehlendorf. Sutter, Bankdirektor, Nürnberg. Tersteyl, Vorsitzender d. B. W. Bonn, Bonn. Frau Christ. Teusch, M. d. R., Köln-Ehrenfeld. Thabor, M. d. R., Berlin. Frau Thöne, M. d. L., Berlin. Geheimer Medizinalrat Prof. Dr. Tilmann, Defan, Vorsitzender des Zweigvereins v. Roten Kreuz, Köln-Lindenthal. Timmermans, Bund der Auslandsdeutschen, Köln-Deuk. Vaterrodt, Rechtsanwalt, Köln-Nippes. Vogel, Berghauptmann a. D., Bonn. Vogel, Theodor, Verwaltungsdirektor, Berlin. Dr. Vogt, Domdechant und Generalvikar, Köln. Dr. Voß, Oberstudiendirektor, Köln. Dr. Wagner, Direktor des städt. Verkehrsamts, Köln. Wallraf, Staatsminister a. D., Berlin. Dr. Wappes, Ministerialdirektor a. D., München. Wartenberger, Major a. D., Berlin-Lichterfelde. Frau Ministerialrat Helene Weher, M. d. R., Berlin. Dr. Weisemann, M. d. L., Berlin. Welter, Vorsitzender der Handwerkskammer, Köln. Dr. Werners, Bürgermeister, Geldern. Widel, M. d. L., Berlin. Wildner, Oesterreichischer Konsul und Legationsrat, Köln. Winkler, Direktor, Berlin. Wolff, Otto, Großindustrieller, Köln. Dr. Wulff, Bürgermeister, Alev. Zander, Bürgermeister, Godesberg. Dr. Zapf, M. d. R., Berlin.



## Treudeutsch — allewege!

Ein Beitrag zum Grenzlandkampf an der deutschen Saar.

So grüßen sich im Saargebiet über ein halbtausend Jungens und Mädels vom „Jugendverband deutsche Saar“. Woher kommt diese Jugend und was ist ihr Streben? Da etwa 120—140 Mitglieder dieses Verbandes an dem Festzuge des Bundes der Saarvereine am 15. August in Köln teilnehmen, ist es wohl von allgemeinem Interesse, über diese Jugend einige aufklärende Angaben zu machen. Den Anfang zu den Jugendgruppen bildete eine liberale Gruppe in Völklingen, die bereits im Herbst 1922 in die Öffentlichkeit trat. Allmählich wurde jedoch das Streben laut, ohne Bindung an irgendeine Partei eine Jugend zu sammeln, die man in politischer Beziehung am besten als überparteilich-national bezeichnen kann. Von Völklingen breitete sich die Bewegung im letzten Jahre aus, besonders vorderst ins Köllertal, wo wir die Ortsgruppen Heusweiler, Walpershofen, Riegelsberg, Altenkessel-Neudorf finden, zu denen in Neukirchen noch eine Gruppe trat. Diese 6 Jugendbünde bilden den Jugendverband „Deutsche Saar“ mit einem Mitgliederbestand von 5—600 Jungens und Mädels im Alter von 14 bis 23 Jahren.

„Jugendgruppe deutsche Saar“ nennen sich die einzelnen Ortsgruppen unter Zufügung ihres Ortsnamens. Und dieser einfache und schlichte Name ist zugleich ihr Programmpunkt. Diese Jugend brauchte nicht erst zwangsläufig gesammelt zu werden, sondern sie wuchs im letzten Jahr von selbst aus dem guten, treudeutschen Heimatboden. Pflege des Deutschtums an der Saar bei einer Jugend, die wohl noch die Siegestage des Weltkrieges miterlebt hat, die aber nach dem Zusammenbruch den geistigen Konnex und ideellen Zusammenhang mit der übrigen deutschen Jugend verlor oder doch stark gelockert fand. Auch galt es manchen Jugendlichen, deren Väter irregeleitet ihre Kinder in die fremdländische französische Schule schickten, diesem dort erhaltenen Einfluß zu entziehen und ihre Herzen mit deutschem und nur deutschem Pulsschlag erneut zu beleben. Dichterabende, Heimatabende, Wanderungen mit geschichtlichen Vorträgen, Pflege des deutschen Volksliedes, Spiel und Sport, edle Geselligkeit sind die bereits bewährten Mittel, in denen diese Jungens und Mädels, ideell unterstützt von einigen wenigen Älteren, sich betätigen und ihr nationales Eigenleben führen.

Wer bei der letzten Sonnenwendfeier es miterlebt hat, wie diese Jugend um den flammenden Holzstoß oben auf dem Hixberg stand und ihr Bundeslied sang: „Ihr Himmel hörts — Jungsaarvolf schwörts. — Wir wollen niemals Knechte sein!“, der hat eine Ahnung, daß hier nicht jugendliches Strohfeuer schnell verlodert, sondern daß diese Jugend es ernst meint mit ihrem Bekenntnis zu Heimat und Vaterland und es als heilige Pflicht ansieht, Wache zu halten in der deutschen Westmark bis zum Jahre 1935 — endgültiger Vereinigung mit dem deutschen Mutterlande.

Damit aber schon jetzt engste Beziehungen mit unserm schönen Vaterlande angeknüpft werden, so werden wohl die Jogen. „Deutschlandfahrten“ als Höhepunkte angesprochen werden können. 1924 wagten es zehn Jungens und Mädels unter meiner Führung zum ersten Male; Thüringen mit der Wartburg — Weimar und Jena war das Ziel. Und es gelang! 1925 waren es schon 25; auch dieses Mal war das Ziel Thüringen! In diesem Jahre sind es bereits 120, die an den deutschen Rhein ziehen und über ein Duzend, deren Reiseziel Bremen—Helgoland—Hamburg und Friedrichsruh ist. Wenn wir in solchen Massen „Deutschlandfahrer“ aufgebracht haben, trotz des so überaus schlechten Frankenstandes, so nur deshalb, weil eine reichsdeutsche Schule, nämlich das Bismarckgymnasium Magdeburg, uns, der bedrohten Saarjugend, in engster Schicksalsverbundenheit eine freiwillig gesammelte Summe zur Verfügung gestellt hat, die uns solche Deutschlandfahrten in diesem Jahr in solch' stattlicher Anzahl ermöglicht.

Aber trotz dieser hochherzigen Spende wären diese Fahrten unmöglich, wenn nicht die Jugend selbst bei allem kärglichen Verdienst als Lehrling, Geselle, junger Angestellter und Schüler, bewußt des inneren Wertes solcher Fahrten, gespart hätte, um ihre nationale Engverbundenheit auch durch die Tat wahr zu machen. So werden diese Jugendgruppen still und zielstrebig weiterarbeiten zu ihrem Teil bis zum Erlösungstage — hoffentlich vor 1935, dem Abstimmungsjahr! — um das wahr zu machen, was sie sich im Alltag zurufen:

Treudeutsch — allewege!

Walter Würk.



**Buchkultur**  
nur durch  
**Buchbesitz!**

Den Besitz des guten  
Buches ermöglicht die

**Deutsche Buch-Gemeinschaft,**

indem sie es verbilligt!

Prospektmaterial durch die Zentrale: BERLIN SW 61,  
Teltower Straße 29.

Zweigstellen:

Breslau, Danzig, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, Wien.  
Ständige Buchausstellung! Unverbindlicher Besuch!

**300 000 Mitglieder.**

Benutzen Sie zur Besichtigung der Stadt

**Höchstendbachs**

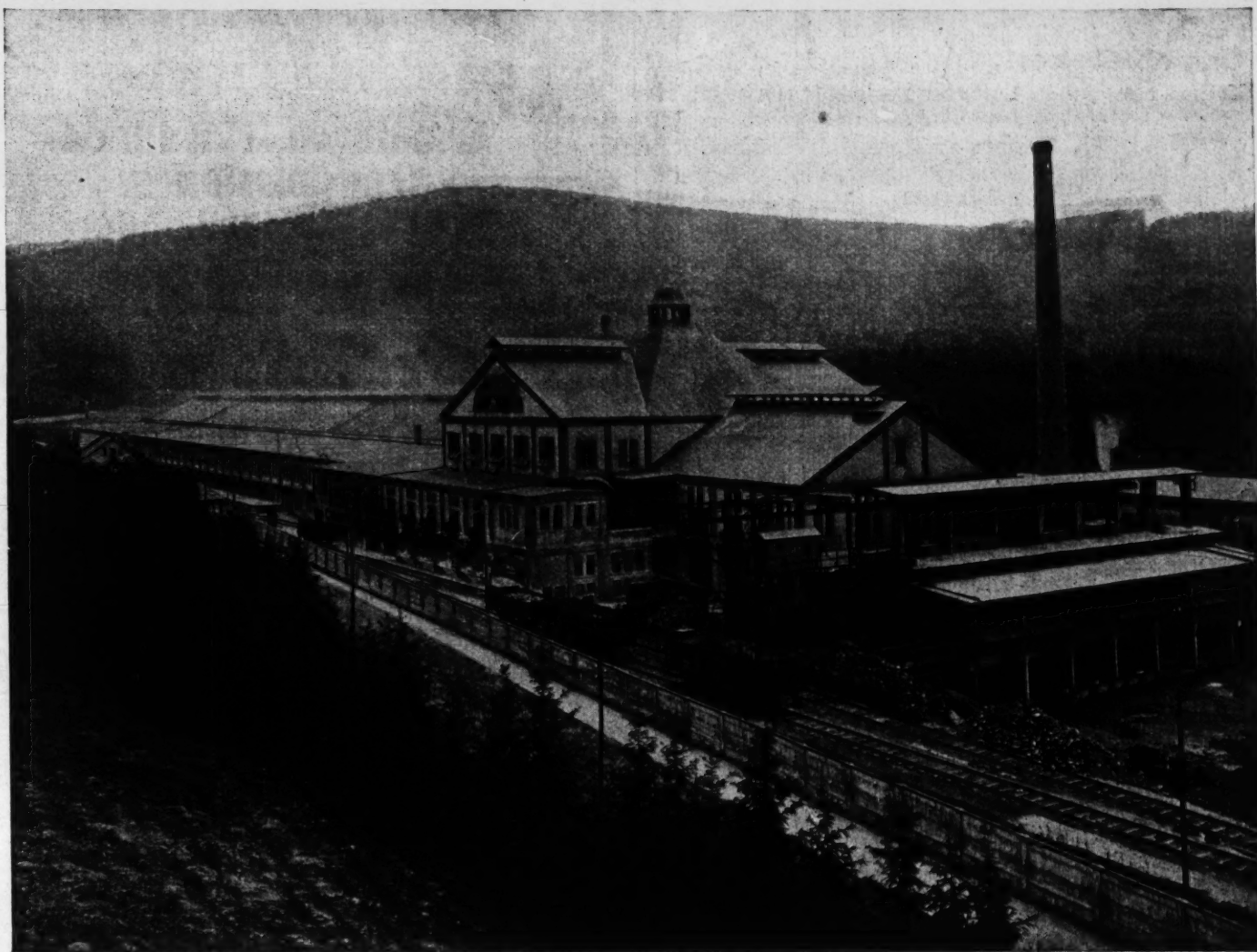
**Rölnner-Fremden-Rundfahrt-Wagen**

(hellgrüne Wagen)

Den Vorzeigern dieses Festprogramms  
wird ein besonderer Rabatt gewährt.

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreisliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein E. V., Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 94, Fernsprech-Anschluß: Amt Hasenheide 3243. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin RW. 7, Nr. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse O, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein E. V.“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten. — Für den Gesamteinhalt verantwortlich: Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein E. V.“, Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW. 11.





## **Vereinigte Vopelius'sche und Wentzel'sche Glashütten G. m. b. H., Sulzbach/Saar.**



Die in dem obigen Bilde  
wiedergegebene Anlage in St. Ingbert wurde  
im Jahre 1918 vollendet. Nachdem dort zunächst jahrelang  
Fensterglas nach dem Mundblasverfahren hergestellt wurde, erwies es sich im  
Jahre 1925 als unabwendbar, zu der maschinellen Herstellung überzugehen. Der Betrieb wurde  
innerhalb der kurzen Zeit von vier Monaten vollständig umgebaut. Er erzeugt  
heute Fensterglas nur noch maschinell nach dem Fourcault-  
Verfahren in einer Qualität, die sämtlichen  
Ansprüchen gerecht wird.





## Schenck & Remm

Inh. Ph. Remm

Saarbrücken, Metzger Straße 10

Telefon 248 .: Postscheckkonto Köln 4844

### Tiefbau

**Spezial: Gas-, Wasser-  
leitungs- und Kanalbau**

**Verlegung von Erdkabeln**

## Restaurant Bürgerkeller

Köln

Schildergasse 112

Telefon Anno 7878

Ausschank erstklassiger  
bestgepflegter Spezialbiere

Pilsner Urquell, Apostelnbräu Köln  
Münchner Löwenbräu, Bestbekannte Küche

**Mittagessen von 1.00 — 1.50 Mk.  
Abendessen billige Preise.**

Mitglied des Saarvereins.

## SCHNEIDER & NEUNZIG

Köln

Neußer Straße 24 Telefon: Mosel 3866



Anfertigung sämtlicher Drucksachen

für Behörden, Handel, Industrie und

Privat in feinsten Ausführung



**Buch- u. Akzidenzdruckerei**

## Adolf Strohm

Neunkirchen - Saar

Fr.-Eberl-Straße 7-9 (am Bahnhof)



**Armaturen, Maschinen  
Transmissionen  
Artikel für Fabrikbedarf**



Telephon 150. Telegramm-Adresse Adolf Strohm, Neun-  
kirchensaar. Bankverbindung: Gebr. Rösching, Neun-  
kirchen-Saar, Postscheckkonto: Saarbrücken Nr. 2358

## RUDOLF-SAAL

Köln, Hahnenstraße 36

in unmittelbarer Nähe des Opernhauses

Besitzer: Heinrich Feith

Fernruf Anno 1179

**Vornehm ausgestatteter Festsaal**

sowie Vereinszimmer

den verehrlichen Vereinen für  
Festlichkeiten und Kommerse  
jeder Art bestens empfohlen.

## Was ist Finol?

Apotheker Schuh's Finol

ist ein wunderbares neues

## RHEUMAMITTEL

bei Rheuma, Ischias und  
Hexenschuss.

Erfolg in einigen Stunden.

**Vollständige Unschädlich-  
keit auf Magen und Herz.**

Man verlange den Ratgeber für Kranke



Zu haben in den Apotheken, wo nicht, direkt  
durch den Hersteller

**Apotheker Schuh (Saarländer)  
Köln, Moselstrasse 52.**



# Wo

*gehen wir nach der Kund-  
gebung in der Messehalle hin?*

Zum

## Bahnhof Deutz

**1 Minute von der Halle**

entfernt, außerhalb der Sperre.

★

Für Festteilnehmer ermäßigte Preise

♦♦♦♦ Mark 1,00 – 1,50 ♦♦♦♦

★

**Warme Küche bis 11 Uhr abends**

**Wicküler Elberfelder Pilsener,**

**Spatenbräu, ff. Weine u. Liköre**

Paul Matthey, Bahnhofsrestaurant.

## Hotel Minerva, Köln

Johannisstrasse 24-28 : Fernruf: Anno 5757  
direkt am Hauptbahnhof

**Das Haus vornehmer Behaglichkeit**

Jedes Zimmer mit fließendem kalten  
u. warmen Wasser u. Staatstelephon

**Gemütliches Bierrestaurant**

**Vornehmes Weinrestaurant**

Treffpunkt der Mitglieder der Saarvereine

## Gebr. Ries

### Saarbrücken 1

Hohenzollernstr. 9

Deutsche  
Qualitäts-Möbel  
aller Art

★

**Größtes Möbelhaus  
Südwest-Deutschlands**

## Mittagstisch

reichlich und gut von 1 Mk. an  
mit Dessert. Kein Trinkzwang

— Von 12–3 Uhr —

Zimmer zu civilen Preisen

## Rheinische Kochschule

Auf dem Berlich 18 an der Breitenstr.

## August Metzger

**Saarbrücken 1**

Altrenommierte  
Bezugsquelle für

**Uhren, Gold- u. Silberwaren**

Eigene Reparaturwerkstätte

Gegründet 1859

*Jeder Saartfreund im Reich lese die*

## Saarbrücker Zeitung

..... beste .....  
**Unterrichtung über alle Saargebietstragen.**

★

Das Bild der Heimat für jeden Saardeutschen in  
der Fremde spiegeln am getreuesten:

**Saarkalender 1927** Herausgeber A. Zühlke Preis M. 2,—

**Sitte und Brauch im Saargebiet**

von Dr. D. Zewe / Preis M. 3,—

**Sang von der Saar** von Ph. Stilz / Preis M. 3,—

**Die Sagen des Saarbrücker und Birkenfelder  
Landes** von Dr. K. Lohmeyer / Preis M. 3 50

**Unsere Saarheimat im Wandel der Zeiten**

von C. Zimmer / Preis M. 5,—

**Land und Leute an der Saar**

von W. Martin / Preis M. 3,—

**Das Saargebiet in Wort und Bild** / Preis M. 1,—

**s' Saarbrücker Herz** Mundartdichtungen von Fr. Schön  
Preis M. 2,—

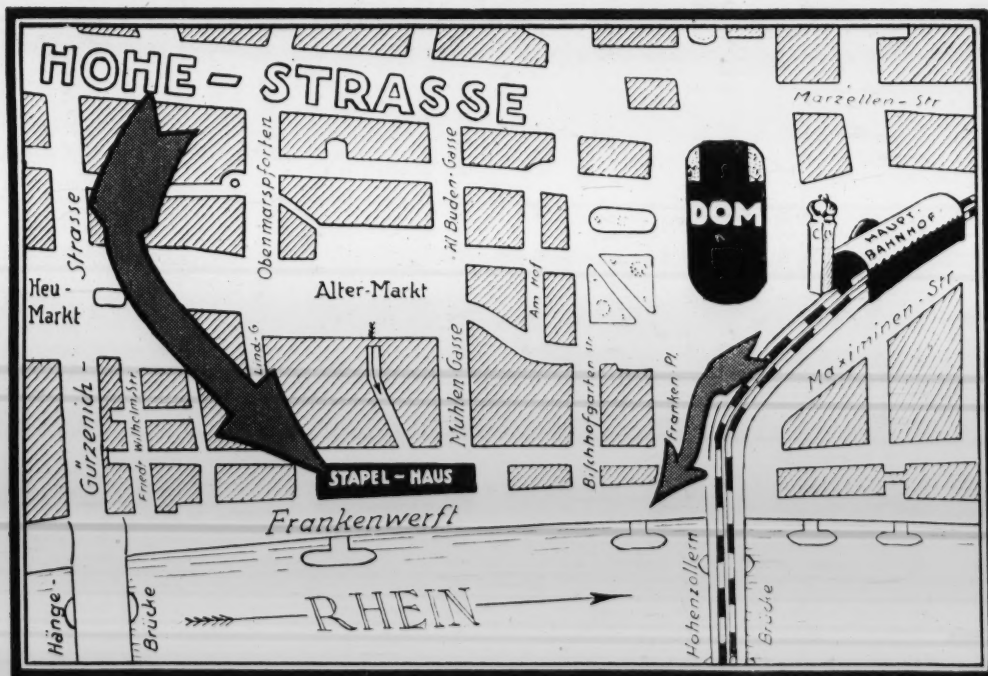
**Der Pillierjakob** von St. Johann-Saarbrücken

von C. Hermann / Preis M. 2,—

**Verlag Gebr. Hoter A.-G. Saarbrücken**



# Stapelhaus



# Stapelhaus